

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando:
Berechnung 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
wöchentlich 25 Pf., frei ins Haus.

Vorwärts

Die Interims-Gebühr
Betragt für die sechsgehaltene Kolonelle
über deren Raum 50 Pf., für
politische und gewerkschaftliche Vereins-
und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf.,
„Kleine Anzeigen“, das erste (seit-
gedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere
Wort 10 Pf., Stellengruppe und Stellen-
stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf.,
jedes weitere Wort 5 Pf., Worte über
15 Buchstaben zählen für zwei Worte.

Berliner Volksblatt.
Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Sonnabend, den 26. Februar 1910.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Der entlarvte Zentrums-Verrat.

Der schändliche Verrat des Zentrums in der Wahlrechts-
frage ist jetzt von seinen eigenen Spießgesellen aufgedeckt
worden. Ausgerechnet die „Deutsche Tageszeitung“, die
seit langem die Partei der Schwarzen mit ausdringlichen
Lobes- und Liebesbezeugungen bedeckt, ist es, die dem
Zentrum diesen Verrat erweist. Dadurch gewinnt das
Zeugnis an Beweiskraft, denn es ist sicherlich nicht durch
Feindschaft gegen das Zentrum gefärbt. Bei den warmen
Gefühlen des Herrn Hertel für die ultramontanen
Reaktionäre ist sogar anzunehmen, daß er hinter-
her die Wirkung der Notiz bedauern wird, wenn-
gleich sie der Verteidigung gegen einen Angriff dient. Der An-
griff richtete sich gegen die konservativen Mitglieder in der
Wahlrechtskommission des Landtages, die für die Wahlmänner-
wahlen die geheime Wahl zugestanden haben, und gegen die
„Deutsche Tageszeitung“, die für diese Taktik allerlei Rech-
fertigungsgründe gefunden hat. Es gibt in Deutschland Leute,
die im Punkte der öffentlichen Wahl noch konservativer
als die Konservativen selbst sind, und das sind die
großindustriellen Scharfmacher. Die „Rheinisch-Westf. Ztg.“
erklärte am Mittwoch, daß „die ganze Industrie des
Westens“, d. h. die Kohlen- und Eisenbarone, gegen die
geheime Wahl seien, auch wenn das indirekte Verfahren mit
ihr verbunden wird. Von gleicher Entscheidung sind die
scharfmacherischen „Hamburgischen Nachrichten“. Diese Differenz
zwischen Kraut- und Schlotjunkttern erklärt sich daraus,
daß die Wirkung der geheimen Wahl auf ihre parla-
mentarischen Vertretungen nicht die gleiche ist. Die
Krautjunker haben von den geheimen Wahlmännerwahlen so
gut wie nichts zu befürchten, wenn das indirekte Wahlver-
fahren und die öffentliche Abstimmung der Wahlmänner selbst
bestehen bleiben. Sie wissen, daß die Sozialdemokraten und
Liberale in der Domäne der Konservativen, auf dem platten
Lande in den meisten Fällen keine unabhängigen Wahlmänner
aufstellen können, so daß dort die oppositionell gesinnten Wähler
auf einfache und geräuschlose Weise glatt mundtot gemacht
und ihres Wahlrechts faktisch beraubt werden. Anders aber steht
es in den Wahlkreisen, in denen die Freikonservativen und
Rechtsnationalen vom Schläge Schmiedings, die
parlamentarischen Vertreter der Schlotjunker und Scharf-
macher, bisher ihre Mandate fanden. Schon unter
dem jetzigen Wahlrecht ist die Sozialdemokratie im
Ruhrevier der Herren gefährlich geworden. Hier giebt
es ein industrielles Proletariat auch auf dem Lande,
das allmählich in gewerkschaftlicher und politischer Organi-
sation so viel Kraft und Selbstbewußtsein gesammelt hat, daß
es durch die Schlingen des indirekten Verfahrens nicht mehr
zu fesseln ist. Um so mehr muß den Schlotjunkttern daran
gelegen sein, daß sie wenigstens die große Schaar der unteren
und mittleren Beamten und ihre technischen und kaufmännischen
Angestellten durch die öffentliche Abstimmung fest in der Hand
behalten. Deshalb die gereizten Proteste ihrer Presse gegen
das konservativ-merikale Kompromiß. Die „Hamburgischen Nach-
richten“ sprechen höchst unwirksam von konservativer Kom-
promißlosigkeit, von einem plötzlichen Umfalle der Konservativen,
der im eigenen Lager verwirrend gewirkt zu haben scheint
und sie vermischen an dem ihnen sonst so sehr sympathischen
Händlerblatt die logische Konsequenz, die es sonst auszeichne.

Dagegen wendete sich nun am Donnerstagabend die
„Deutsche Tageszeitung“ mit den folgenden Ausführungen:

„Die Hamburger Nachrichten“ übersetzen völlig, daß über
die geheime Wahl bereits in der ersten Lesung der Kommission
entschieden war. Gegen den Widerspruch der Konservativen hat
sich die Mehrheit der Kommission dafür erklärt. Diesen
Widerspruch haben die Konservativen mit
voller und unzweideutiger Entschiedenheit
aufrechterhalten. Die Hamburger Nachrichten“ beachten
ferner nicht, daß es sich um keine endgültige, sondern nur um
eine vorläufige Abstimmung, und zwar in der ersten Lesung der
Kommission handelt. Es ist eine alte parlamentarische Regel,
daß man bei solchen vorläufigen Beschlüssen in der Kommission
das betreffende Gesetz möglichst ungeschädlich zu gestalten
sucht. Man will noch kein endgültiges Gesetz schaffen, sondern
nur die Grundlage zu weiteren Verhandlungen und Ent-
scheidungen. Soweit wir unterrichtet sind, halten die konser-
vativen Mitglieder der Wahlrechtskommission eine Abänderung des
Wahlrechtes überhaupt nicht für zweckmäßig und nicht für nötig.
Trotzdem arbeiten sie an dem Entwurfe mit, um ihn möglichst
ungefährlich zu gestalten. Es war ihnen nicht möglich, die
öffentliche Wahl aufrechtzuerhalten. Was hätten sie nun er-
reicht, wenn sie, lediglich um den Widerstand gegen die geheime
Wahl nochmals zu markieren, — um etwas anderes hätte es sich
tatsächlich nicht gehandelt, — gegen den kombinierten Antrag
gestimmt hätten? Sie hätten dann weder die öffent-
liche Wahl gerettet, noch die indirekte. Der Ent-
wurf wäre also erheblich verschlechtert worden. Deshalb
war es nach unserer persönlichen Anschauung von den konser-
vativen Kommissionsmitgliedern durchaus verständlich und auch
verständlich, daß sie in dem jetzigen Stadium der Verhand-
lungen den kombinierten Antrag unterstützten und ihm zum
Siege verhelfen.“

Also Hertel, der es wissen muß, sagt hier klar und
unzweideutig: Es war den Konservativen nicht möglich, die
öffentliche Wahl aufrecht zu erhalten! Wenn sie, lediglich um
den Widerstand gegen die öffentliche Wahl nochmals zu
markieren, gegen den kombinierten Antrag gestimmt hätten,

so hätten sie weder die öffentliche Wahl gerettet noch die
indirekte!

Damit ist von konservativer Seite schlagend alles
bestätigt, was wir hier gegen die Wahlrechtsverräterei
des Zentrums geschrieben haben. Damit ist erwiesen,
daß die Konzeption der indirekten Wahl ein direktes
Geschenk an die Konservativen ist, die sich längst
dabei klar waren, daß sie die öffentliche Wahl
gegen die Mehrheit des Landtags nicht zu halten
vermochten! Damit ist aus konservativer Feder
autoritativ bezeugt, daß das Zentrum mit der
Akzeptierung der indirekten Wahl einen schmachvollen,
durch nichts gerechtfertigten und durch keinen Vor-
wand zu verhüllenden Verrat am Volksinteresse
begangen hat! Von ihren eigenen Bundesgenossen wird das
heuchlerische Gerede, womit die Merikalen ihren Streich wider
die direkte Wahl zu decken suchten, zerseht und zerstört!

Die wahren Gründe, die das Zentrum zu dieser Ver-
werfung der einzigen winzigen Verbesserung bedrogen, die
die Regierungsvorlage enthielt, sind denn auch in der Tat
ganz andere. Diese angebliche Volkspartei, die in Wirklich-
keit die Partei der katholischen Junker, Großbauern und
Bourgeois ist, will die indirekte Wahl aufrechterhalten, weil
sie von ihr Vorteile verspricht. Sie handelt hier von dem-
selben Standpunkt aus, wie die ihr in so vieler Hinsicht ver-
wandten Konservativen. Als in der Hauptsache agrarische
Partei hat sie ihre sichersten Gebiete in ländlichen Wahl-
kreisen. Deshalb ist sie ja auch ebenso erbitterte Feindin
einer gerechten Wahlkreiseinteilung wie die Partei der ost-
elbischen Junker. Und wie diese hofft sie durch das indirekte
Wahlverfahren die sozialdemokratische und liberale Oppo-
sition in den katholischen ländlichen Wahlkreisen niederhalten,
des Wahlrechts berauben zu können. In diesen ländlichen
Kreisen, so kalkulieren die Zentrumspolitiker, ist der religiöse
Fanatismus so groß — Beweise dafür lieferte neulich erst
wieder Mühlheim-Bipperfährd —, daß es den Sozialdemo-
kraten und Liberalen dort nicht möglich sein wird, unter ihren
Anhängern Leute zu finden, die es wagen können, als Wahl-
männer öffentlich aufzutreten. Die Abstimmung der Zen-
trumsvorteiler für das indirekte Wahlverfahren ist ein aus
faltblütiger Berechnung geborener, von engherzigsten Eigen-
interesse diktiert Streich, der ausgeprochenweise darauf
ausgeht, dem Zentrum lästige Gegnererschaft möglichst vom
Leibe zu halten. Und solchen selbstfüchtigen Erwägungen
ordnet diese Partei allemal ohne jede Skrupel ihre ange-
blichen Grundsätze unter.

Vom selben Kaliber ist der zweite Grund, der dem Zen-
trum seine verräterische Haltung diktiert hat. Es traf sich
für die Merikalen Politiker sehr glücklich, daß sich ihr engeres
Parteiinteresse hier völlig deckte mit den Wünschen der Kon-
servativen, daß sie durch diese Konzession an die Junker das
Zusammenarbeiten mit ihnen im Reich stützen und sich so in
der Stellung der Regierungs- und ausschlaggebenden Partei
befestigen konnten. Dieser eine Gesichtspunkt hat seit den
Tagen des Blocks die gesamte Zentrumspolitik bestimmt,
diesem Ziel, diesem Machtstreben der Zentrumsjunkerschaft und
Bourgeoisie, die gute Karriere für ihre Sprößlinge wollen,
werden unbedenklich die Interessen der Arbeiterschaft und
kleinen Leute geopfert. Bei der Reichsfinanzreform wie
jetzt bei der Wahlrechtsvorlage!

Die Genarrten und Verratenen hofft diese Partei der
unerhörtesten Demagogie über den Verrat am Wahlrecht durch
die Vorpiegelung hinwegtäuschen zu können, daß sie ihnen
das geheime Wahlrecht erobert habe! Die „Deutsche Tages-
zeitung“ hat — ungenollt — den Schwindel dieser
Behauptung aufgedeckt. Ihr beweiskräftiges Zeugnis ist für
die Aufklärung der Zentrumswähler von bleibendem Wert!

Der Wahlrechtskampf.

Die neue Rundgebung in Frankfurt a. M.

Ueber diese Demonstration, von der wir schon gestern
kurz Meldung machten, wird jetzt nach gemeldet:

Eine große Massenrundgebung soll am nächsten Sonntag
mittags 12 Uhr erfolgen. Vertreter des Sozialdemo-
kratischen Vereins, der Demokraten, Fortschrittler,
Nationalsozialen und Neudemokraten und des Ver-
eins für Frauenstimmrecht hielten zu diesem Zweck eine
gemeinsame Besprechung ab und beschlossen, eine
öffentliche Versammlung unter freiem Himmel
auf der Hundswiese abzuhalten. Sollte die Eigentümerin des
Platzes nicht einwilligen, so ist der Frankfurter Stadt-
wald in Aussicht genommen. Es werden acht Redner sprechen
und eine gemeinsame Resolution zur Annahme bringen
lassen. — Die Organisation erlassen einen gemeinsamen Auf-
ruf, in dem es u. a. heißt:

„Die Versammlung richtet sich in erster Linie gegen die drei
Grundübel des elendesten aller Wahlsysteme, Dreiklassenwahl,
öffentliche Stimmenabgabe und Entrechtung der Städte- und In-
dustriegebiete. Es gilt öffentlich zu zeigen, daß der überhaupt
größte Teil der bürgerlichen Bevölkerung die Forderungen des
allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts mit allem
Nachdruck erhebt. Diese gemeinsame Versammlung muß sich zu
einer wichtigen Rundgebung gestalten, wie sie die Koalition noch
nicht gesehen hat.“

Am Freitag früh hatten die Vertreter der Parteien eine Be-
sprechung mit dem Polizeipräsidenten, in der eine

definitive Aussprache über die geplante Rundgebung stattfand. Die
Vereinbarungen gehen dahin, daß die Polizei gegen eine ge-
meinsame Protestversammlung unter freiem
Himmel auf der Hundswiese nichts einzunehmen haben wird,
daß die Demonstrierenden dagegen von einem ge-
meinsamen Demonstrationsschutz vor und nach den
Versammlungen absehen werden. Sie werden sich in
kleineren Gruppen auf mehreren Wegen heimbegeben.

Die Wahlrechtsvorlage in den Stadtvertretungen.

Die Stadtverordnetenversammlung in Magde-
burg lehnte am Donnerstagabend in mehrstündiger, zum Teil
erregter Geschäftsordnungsdebatte in namentlicher Abstimmung mit
83 gegen 23 Stimmen die Erörterung der von den So-
zialdemokraten und den Freisinnigen gestellten
Wahlrechtsanträge ab, weil es sich dabei um eine poli-
tische Angelegenheit handele. Der Stadtverordnetenvor-
sitzer, Kommerzienrat Vaensch, hatte für den Fall zustimmender
Entscheidung seinen Rücktritt in Aussicht gestellt. Vom Magistrat
wurde zu der Frage nicht Stellung genommen.

In Kassel und Altona wurde ebenfalls die Beratung
ähnlicher Anträge abgelehnt, weil die Stadtverordnetenver-
sammlung sich mit politischen Fragen nicht beschäftigen dürfe, die
Wahlrechtsfrage aber eine politische sei.

Die Magdeburger Stadtväter und die Polizeitalen.

Bei der Beratung des Polizeitalens brachten am Donnerstag
in der Stadtverordnetenversammlung in Magde-
burg die sozialdemokratischen Stadtverordneten
das Vorgehen der Polizei am Wahlrechtssonntag
zur Sprache. Sie forderten, daß sich die Versammlung energisch
gegen das provokatorische Verhalten der Schutzleute erkläre. Der
nationalliberale Justizrat Stern nannte die Straßendemonstra-
tion ein törichtes Unterfangen. Es gäbe kein Recht
auf die Straße. Der Beweis gegen dies Recht werde nötigen-
falls mit eiserner Faust und blutiger Schrift geführt
werden. In einer Beschlußfassung führte die im weiteren
Verlauf zum Teil sehr heftige Debatte nicht.

Das Reichsvereinsgesetz und die russische
Grenze.

Im Dorfe Gehsen, Kreis Johannisburg in Ostpreußen,
wenige Kilometer von der russischen Grenze, hatten die neuen
Steuern im Juli vorigen Jahres nicht nur die Arbeiterschaft, sondern
auch einige Besitzer und Gewerbetreibende zur Opposition aufgerufen.
Sie setzten sich mit unseren Genossen in Verbindung und arrangierten
im Garten eines Wälders eine Versammlung unter freiem
Himmel zu Sonntag, den 8. August v. J. Der Amtsdorfsicher
erteilte die Genehmigung; aber der Referent, der zu spät benachrichtigt
war, konnte nicht mehr rechtzeitig eintreffen. Deshalb wurde
nach kurzer Tagung die sehr friedlich verlaufene Versam-
mlung geschlossen und eine Versammlung zu Sonntag
darauf, am 15. August auf demselben Grundstück abgehalten be-
schlossen. Am 13. August traf auch hierzu die christliche Genehmi-
gung vom Amtsdorfsicher ein. Aber schon 24 Stunden darauf brachte
der Amtsdorfsicher dem Einberufer persönlich eine Verfügung, wo-
nach die Versammlung verboten wurde, da Gefahr vorhanden
sei, daß die öffentliche Sicherheit gefährdet werde. Wie und wo-
durch diese Gefahr nun auf einmal über Nacht entstanden war und
wer sie entdeckt hatte, darüber erhielt der vertumbete Einberufer
keine Auskunft.

Der Referent, Genosse Binde aus Königsberg,
der nicht mehr abbestellt werden konnte, klärte die Erschienenen
darüber auf, wie es in Preußen gar nichts Neues ist, daß plötzlich
die ländlichen Polizeibehörden Gefahren befürchten, wenn irgendwo
sozialdemokratische Versammlungen abgehalten werden sollen. Eine
Anzahl Aufnahmen in den sozialdemokratischen Verein war die Ant-
wort auf die Maßnahme.

Der Einberufer der Versammlung wollte nun aber doch er-
fahren, inwiefern denn nun durch Versammlungen, wie die am
8. August abgehaltene, Gefahr für die öffentliche Sicherheit bestehen
solte. Er beschwerte sich am 20. August wegen des Verbots der
Versammlung durch den Amtsdorfsicher bei dem Landrat. Darauf
erhielt der Beschwerdeführer am 4. November, also nach elf
Wochen, diesen Bescheid:

Der Landrat.
J. N. 14858. A.

Ihre Beschwerde vom 20. August dieses Jahres gegen den
Herrn Amtsdorfsicher in Gehsen muß ich als unbegründet zurück-
weisen. Der Herr Amtsdorfsicher war nicht nur berechtigt, sondern
verpflichtet, die Abhaltung der angelegten öffentlichen sozialdemo-
kratischen Versammlung zu verbieten, weil die Gefährdung der
öffentlichen Sicherheit durch eine solche Versammlung dort mit
Recht zu befürchten war. Diese gesetzliche Voraus-
setzung allein genügt, um das Verbot zu rech-
fertigen.
Vollrett.

Dem Einberufer genigte diese Voraussetzung natürlich nicht. Er
erhob gegen den Bescheid des Landrats Beschwerde bei dem Be-
glaubigungspräsidenten in Allenstein. Darin berief er sich unter
anderem auf ein Urteil des Oberverwaltungsgerichts, Bd. 45 S. 451
der Entscheidungen, wonach die Behauptung solch einer Gefahr durch
Tatsachen belegt sein muß, aus denen sich nach vernünftigem
Erkennen eine nahe Gefahr ergibt. Hallose Kombinationen wie im
angeführten Bescheide genügen nicht.

Nach Verlauf von wiederum elf Wochen, am 20. Januar, sollte
seine Reugier befriedigt werden. In dieser Zeit war es nun zwar
nicht gelungen, irgend welche Tatsachen herbeizuschaffen, welche die

Johannisburg, den 1. November 1909.

Voraussetzung einer Gefahr für die öffentliche Sicherheit zu begründen imstande waren, aber — was man nicht beweisen kann, das kombiniert man. So auch im Bescheid des Regierungspräsidenten von Allenstein, welcher ein wichtiges Dokument für den Scharf sinn der preussischen Bureaucratie in der Befehlsauslegung bedeutet. Das hochinteressante wertvolle Schriftstück lautet wörtlich:

Der Regierungspräsident. Allenstein den 18. Januar 1910. J. No. I B. 20.

Ihre gegen den Bescheid des Landrates in Johannisburg vom 1. November 1909 (A. 14838) eingelegte weitere Beschwerde vom 7. November 1909 betreffend Verweigerung der polizeilichen Genehmigung zur Veranstaltung einer öffentlichen Versammlung unter freiem Himmel in Wehlen am Sonntag den 15. August 1909 wird als unbegründet zurückgewiesen.

Die Genehmigung ist von dem zuständigen Amtsvorsteher mit der Begründung verweigert worden, daß die Abhaltung der Versammlung eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit befürchten lasse. Nach den angestellten Ermittlungen haben in der Tat Umstände vorliegen, die diese Befürchtung des Amtsvorstehers gerechtfertigt erscheinen lassen.

Von ihm eingezogene Erläuterungen hatten nämlich ergeben, daß zu der Versammlung auch die Bewohner der jenseits der Grenze gelegenen polnischen Dörfer Wingenia, Walski, Wylowo und Wroczkowo erscheinen wollten und daß in der Versammlung, obwohl die Genehmigung dazu nicht eingeholt war, auch polnisch gesprochen werden sollte. Auch wenn der Gebrauch der polnischen Sprache nicht beabsichtigt gewesen sein sollte, so hätten die der deutschen Sprache unkundigen russisch-polnischen Grenzbevölkerung unweifelhaft versucht, die polnische Sprache zur Geltung zu bringen. Ihre Entfernung aus der Versammlung hätte dann bei dem Charakter jener Bevölkerung mit ebenso großer Wahrscheinlichkeit zu Unruhen geführt, wie die etwaige Auflösung der Versammlung wegen unerlaubten Gebrauchs der polnischen Sprache. Diese Sprache war um so größer, als Hebräer und Prügeln zwischen den national-polnisch gesinnten russischen Polen und den deutsch-national empfindenden Masuren in Wehlen und Umgebung an sich schon nichts Seltenes sind. Da sich in Wehlen und dem benachbarten Drottowen zu jener Zeit zahlreiche unruhig-polnische Saisonarbeiter aufhielten, die zweifellos ihren polnischen Landesleuten beigegeben hätten, so wäre das russisch-polnische Element bei den zu befürchtenden Ausschreitungen voraussichtlich auch in Betracht zu ziehen gewesen.

Aber auch wenn die Versammlung von den russischen Polen nicht besucht worden wäre, würde der ausgesprochen sozialdemokratische Charakter der geplanten Versammlung, zu der drei sozialdemokratische Redner aus Königsberg angemeldet waren, aller Voraussicht nach den Anstößen der eingetragenen Bevölkerung hervorgerufen haben, die in ihrer überwältigenden Mehrzahl den Zielen der Sozialdemokratie durchaus abgeneigt ist. Bereits bei einer eingelegten Beschwerde in Wehlen abgelehnt, wegen unbedingten Gebrauchs der polnischen Sprache aufgelösten sozialdemokratischen Versammlung hätte sich der königstreuen ländlichen Bevölkerung eine Erregung bemächtigt, die im Wiederholungsfalle wahrscheinlich zu Streitigkeiten und Schlägereien und zu einer Gefährdung der öffentlichen Sicherheit geführt haben würde. Der Amtsvorsteher war daher umso mehr berechtigt schon aus diesem Grunde die Genehmigung zur Abhaltung der Versammlung unter freiem Himmel zu verweigern, als nach einem Urteil des Oberverwaltungsgerichts vom 18. Oktober 1909 — Ministerialblatt der inneren Verwaltung S. 29 — die Befürchtung, eine sozialdemokratische Versammlung könne zur Gefährdung der öffentlichen Sicherheit führen, schon dann als keine entfernte zu erachten ist, wenn die Versammlung wie hier innerhalb einer den Bestrebungen und Zielen der Sozialdemokratie abgeneigten ländlichen Bevölkerung stattfinden soll.

v. Hellmann.  
Hierzu ist folgendes zu bemerken: Es ist natürlich niemand eingeklinkt, so widersinnig zu handeln und die Bewohner jenseits der russischen Grenze zur Versammlung einzuladen, abgesehen davon, daß diese polnisch-russischen Nachbarn auch nicht die geringste Neigung verspüren, Versammlungen zu besuchen, die sich mit rein preussischen Angelegenheiten befassen. Es konnte auch weiterhin nicht im entferntesten damit gerechnet werden, daß in der Versammlung polnisch gesprochen werde. Denn der Referent kann weder polnisch reden, noch versteht er das geringste von der polnischen Sprache.

Es ist auch nicht wahr, daß zu jener Zeit sich zahlreiche russisch-polnische Saisonarbeiter in jener Gegend aufhielten. Vollständig aus der Luft gegriffen ist ferner die Behauptung, es seien drei sozialdemokratische Redner aus Königsberg zu dieser Versammlung angemeldet gewesen. Vollständig unwahr und aus den Fingern gezogen ist ferner die im Bescheid des Regierungspräsidenten enthaltene Behauptung, die die Woche vorher an derselben Stelle abgehaltene Versammlung sei wegen unbedingten Gebrauchs der polnischen Sprache polizeilich aufgelöst worden, und es hätte sich der königstreuen Bevölkerung eine Erregung bemächtigt. Im Gegenteil, jene Versammlung löste sich nach ganz kurzer Dauer ganz von selbst auf, weil kein Referent erschienen war. Eine Vertretung der Polizei hat sich dort überhaupt nicht bemerkbar gemacht. Alles ging friedlich auseinander.

Niemand hat von einer Erregung gegen die Sozialdemokratie etwas gemerkt. Wahr ist es aber, daß der größte Teil der Dorfbewohner und nicht allein die Arbeiter, über die neuen Steuern erregt waren und daß gerade Angehörige des Mittelstandes darauf gedrungen hatten, einmal im Dorfe eine sozialdemokratische Versammlung abzuhalten. Ein Mollerbesitzer hatte die Versammlung arrangiert, ein Kaufmann hatte sie angemeldet und ein Wäckermeister sein Grundstück dazu hergegeben. Und das waren bisher keine Sozialdemokraten. Auch nicht der geringste Mißton herrschte unter den zahlreich erschienenen der ersten Versammlung. Einzig war alles in der Verurteilung der Finanzreform.

Demnach ist der, der die Erläuterungen eingezogen hat, nicht sehr geschickt vorgegangen und ist ordentlich hincingelegt worden. Aber auch im übrigen ist der Bescheid des Regierungspräsidenten ziemlich weltfremd. Es existiert nur ein Urteil des Oberverwaltungsgerichts vom Jahre 1908 für den Herrn Regierungspräsidenten, nicht aber das Reichsvereinsgesetz vom 10. April 1908.

Sehr bedauerlich ist es, daß der Beschwerdeführer die Frist zur Klage vor dem Verwaltungsgericht verstreichen lassen mußte und man sich nun mit diesem ganz unhaltbaren, widerspruchsvollen Bescheid, der sich nicht mal auf wahre Tatsachen stützen kann, zufrieden geben muß. Aber vielleicht dient dieser Bescheid des Regierungspräsidenten dazu, der Öffentlichkeit zu beweisen, wie Befehle willkürlich ausgelegt und gehandhabt werden von denen, die von der Sozialdemokratie verlangen, sie solle die Befehle respektieren. Und gerade jetzt bei Gelegenheit des Wahlrechtskampfes gibt man uns händelnd den Rat, wir sollen doch die Genehmigung von Umzügen und Abhaltung von Versammlungen unter freiem Himmel nachsuchen, wenn wir unsere politischen Rechte vertreten wollen.

Der geschilderte Fall ist ein klassisches Beispiel dafür, wie „einfach“ das ist.

## Der Kampf gegen die Lords.

London, 23. Februar. (Fig. Ver.) Die Thronrede und die Rede des Premierministers haben die politische Situation in England gänzlich verändert. Der Entscheidungskampf gegen die Lords rückt in die Ferne und das liberale Ministerium ist gründlich diskreditiert. Mit jedem Tage wird dies deutlicher. Was der Populärismus des Ministeriums den Hals gebrochen hat, ist der schmähliche Verstoß

gegen den Premierminister an der demokratisch gesinnten Wählerschaft begangen hat. Die liberalen Radikalen sind wütend, und die Iren und die Arbeiterpartei weigern sich, in einen Kampf zu ziehen, der keine Entscheidung bringen kann. Die eigenen Parteigenossen sprechen sich am schärfsten gegen die Minister aus und rufen ihnen, abzutreten.

Das ist leicht zu verstehen. Diese liberalen Parlamentsmitglieder sind eben aus ihren Wahlkreisen gekommen, die sie durch das liberale Aktionsprogramm gegen die Lords gewonnen haben, und finden nun gleich am ersten Tage, daß die liberalen Parteiführer ihr Wort gebrochen haben. „Ich schäme mich“, sagte gestern ein bekannter Liberaler im Parlament, „unter diesen Umständen vor meine Wähler zu treten.“ Die irischen Nationalisten sind natürlich auch mit dem Vorgehen der Regierung nicht einverstanden. Sie hatten gehofft, daß der Premierminister vor das Parlament treten würde, ausgerüstet mit der Macht, durch dieses Parlament die Stellung der Lords, die die Selbstverwaltung Irlands verhindert, zu brechen, und setzen jetzt, daß sie betrogen worden sind, daß der Kampf gegen die Lords nur ein Scheinkampf sein soll, durch den das liberale Ministerium am Ruder gehalten wird. Die Arbeiterpartei wiederum, die einzige Partei, die die Abschaffung des Oberhauses fordert, kann sich selbstverständlich mit den liberalen Halbheiten nicht zufrieden geben. So hat denn die Regierung wieder bei den Liberalen, noch bei den Parteien, die sie in der Frage der Einschränkung des Vetos der Lords unterstützen konnten, einen festen Halt und schwebt zwischen Tod und Leben.

Was wird aus diesem Kampfe, den der Premierminister plant, werden? Man wird in einigen Wochen eine Resolution annehmen, die sich scharf gegen die Lords ausspricht, und die Lords werden die Regierung austreten. Man kennt den Wert der liberalen Resolutionen: Wahnwörter. Alsdann wird man zur Vetobill schreiten, vorausgesetzt, daß sich die Minister bis dahin über den Inhalt der Vorlage einig werden. Unter den jetzigen Verhältnissen, das heißt, ohne daß die Regierung Garantien hat, hat die Vetobill nicht die geringste Aussicht, angenommen zu werden. Die Lords werden sie in derselben fatalen Weise verwerfen, wie sie das Budget verworfen haben. Schon plant das Oberhaus einen Gegenschlag für den Fall, daß die Liberalen nach der Verwerfung der Vetobill an das Land appellieren sollten. Sie wollen sich selbst reformieren, um den Wählern ihren guten reformatorischen Willen zu beweisen. Die ganze leichte liberale Politik führt für jeden vernünftig denkenden Menschen zur Niederlage und Zerstörung der Bewegung gegen das Oberhaus.

Das Schlimmste an der Sache ist, daß diese Regierung schwer zu Fall gebracht werden kann. Keine Partei wünscht eine sofortige Neuwahl. Die kolossalen Anstrengungen der letzten Wahl haben alle Parteien bis aufs Äußerste erschöpft; sogar die Konservativen sollen in finanzieller Verlegenheit sein. Das wird dieser Regierung noch eine Gnadenfrist geben. Aber der Verrat wird den Liberalen teuer zu stehen kommen. „Also dafür haben wir uns maßregeln und hochtöten lassen“, hört man von allen Seiten; „nun gibt es außer den Sozialisten und den paar radikalen Linkliberalen überhaupt keine Partei mehr, für die wir stimmen können!“ Der großen Hoffnung auf eine baldige Befreiung von dem Alpdruck des feindlichen Oberhauses ist eine furchtbare Erbitterung gegen die für den Verrat verantwortlichen Minister gefolgt.

### Eine schwache Mehrheit.

Die Debatte im Unterhause über den von Austen Chamberlain beantragten Zusatz zur Adresse, der den Schutz des Reiches für die Regierung eine halbe Niederlage, indem sich ihre Majorität auf 31 Stimmen verminderte. Die Debatte nahm folgenden Verlauf:

Walpole wies auf die Wichtigkeit der Tarifreform als ein Mittel gegen die Arbeitslosigkeit hin, nämlich insofern, als durch die Tarifreform die produktive Tätigkeit Englands gesteigert würde. Weil er davon fest überzeugt sei, habe er im Sinne der Tarifreform einen Druck auf das Land ausgeübt. Auch glaube er bestimmt, daß mit der Zeit das Beispiel, das die britischen Kolonien und die anderen zivilisierten Länder gegeben hätten, schließlich auch von England befolgt werden würde. Minister Runciman erklärte, die Opposition habe das Wort grausam getauscht, indem sie den Glauben erweckte, daß die Tarifreform allem Übel ein Ende mache. England erkreise sich noch immer des Besten Gedächtnis. Er fürchte nur, daß die Annahme der Tarifreform in England in dem Augenblick erfolgen werde, wo Deutschland und Amerika sich dem Freihandel zuwenden würden. Die Tarifreform werde die Preise in die Höhe treiben, die Produktionskosten steigern und den britischen Erzeugnissen auf neutralen Märkten nachteilig sein. Auf die im Vorgehen der Opposition liegende Aufforderung, den englischen Handel zu gefährden und die Beziehungen mit den Kolonien zu stören, antworteten die Liberalen mit einem entschiedenen Nein. Hierauf nahm Lloyd George die Herausforderung Austen Chamberlains auf und verteidigte nachdrücklich die verschiedenen von ihm während der Wahlen gemachten Ausführungen über finanzielle Fragen. Er wiederholte, daß England den ausgedehntesten Welthandel, die größte Ausfuhr fertiger Waren und das größte Frachtgeschäft habe. Auch sei in England der Lohn höher, die Arbeitszeit länger als in irgend-einem anderen Lande, während die Preise für Lebensmittel und Lebensbedürfnisse billiger seien.

Nach weiterer Debatte wurde der von Chamberlain eingebrachte Zusatztrag zugunsten der Tarifreform mit 285 gegen 254 Stimmen abgelehnt. Die Nationalisten enthielten sich der Abstimmung, die Mitglieder der Arbeiterpartei stimmten für die Regierung.

Nur die Stimmen der Arbeiterpartei haben also diesmal, wo es um den Freihandel ging, die Regierung gerettet. Die Opposition nahm das Abstimmungsergebnis mit Begreiflichem Jubel auf.

Die Stimmhaltung der Iren kommentiert ihr Dubliner Parteiorgan folgendermaßen: Die Nationalisten hätten sich der Abstimmung über den Zusatztrag zugunsten der Tarifreform enthalten, nicht aus Rücksicht auf die Regierung, sondern weil es nicht erwünscht sei, den Schwerpunkt für die nächsten Wahlen von den Lords auf die Tarifreform zu verlegen. Wenn die Regierung nicht mit möglicher Beschleunigung einen Vorschlag für die Beschränkung des Vetos der Lords mache und diesen zur Entscheidung bringe, werde die irische Partei eine heftige Oppositionspolitik gegen die Regierung beginnen.

Da auch zahlreiche Radikale immer entschiedener diese Forderung unterstützen, so wird die Position der Regierung immer schwächer und schon scheint die Regierung Abdrückungspläne zu hegen.

Aus London meldet ein Telegramm: Heute fanden zwei Ministerräte statt und die Lage scheint plötzlich eine Wendung zum Schlimmeren genommen zu haben. Was für eine neue Schwierigkeit entstanden ist, vorausgesetzt, daß dies überhaupt der Fall ist, ist unbekannt, unweifelhaft herrscht aber in den Hörsälen des Unterhauses eine sehr pessimistische Stimmung. Nachmittags war das — allerdings vollständig unbefüllte — Gericht im Umgang, daß die Regierung sich mit der Absicht trage, abzutreten.

Die unbekanntlichen Schwierigkeiten hervorgehoben sein, die zwischen den gemäßigten und den radikalen Mitgliedern des Kabinetts ausgebrochen sind. Fast scheint es, als würde die tobbringende Spaltung in

der liberalen Partei, auf deren Eintritt hier schon wiederholt hingewiesen worden ist, noch rascher eintreten, als ursprünglich vermutet werden konnte.

### Beendigung der Adressdebatten.

London, 23. Februar. Nachdem das Unterhaus ein Amendement zur Adresse auf die Thronrede betreffend Einführung von Schutzzöllen zur Förderung der heimischen Industrie mit 228 gegen 185 Stimmen abgelehnt hatte, wurde die Adresse einstimmig angenommen und sodann das Haus auf den 28. dieses Monats vertagt.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 25. Februar 1910.

### Gahnenkampf um die Bauernseele.

Aus dem Reichstag. 25. Februar. Als einen Gahnenkampf um die Bauernseele bezeichnete der Abg. Gothein treffend ein amüsanter Duell, das sich heute in der zweiten Lesung des Budgets für das Reichsamts des Innern zwischen dem nationalliberalen Abg. Wachorst de Wente und dem konservativen Dr. Diederich Hahn entspann. Die beiden Kämpfer sprangen aufeinander los als Vertreter des Bundes der Landwirte einerseits, des neugegründeten Bauernbundes andererseits. Dann wurde aber auch noch von freisinniger und sozialdemokratischer Seite den beiden Gahnenkämpfern in kräftigen Tönen zum Tanze aufgespielt.

Ehe es dazu kam, erging sich noch der Stöckerling Behrens in einer Verherrlichung der amtlichen Sozialpolitik mit gleichzeitiger Bekämpfung der Sozialdemokratie, während Herr Roeren vom Zentrum sein Stedenpferd: die Bekämpfung der Ungracht in Literatur und Kunst — dem Hause vorritt.

Dann folgte Herr Wachorst de Wente mit einem Angriff auf den Bund der Landwirte und Herrn Dr. Hahn ein, um ihnen die Fehde heimzuzahlen, die in der Provinz Hannover vom Bund der Landwirte gegen die Nationalliberalen seit einiger Zeit geführt wird. Er enthielt da manche erbauenden Dinge über Dr. Hahn, hielt es aber für angebracht, die agrarische Zuerlässigkeit seiner eigenen Partei durch ein Wort des früheren Zentrumsvorstandes nach dem agrarischen Hochschurtzoll des Jahres 1902 den Römernanteil gehabt.

Dr. Diederich Hahn, der sich mit seiner bewährten Vorsicht nach Herrn Wachorst hatte in die Rednerliste eintragen lassen, trotzdem er eigentlich vor ihm hätte sprechen müssen, packte nun seinerseits gegen die Nationalliberalen aus, denen er vortraf: manche von ihnen seien mit Hilfe der braunen und blauen Wappen des Bundes der Landwirte in den Reichstag gewählt worden! Weil sie jetzt nicht mehr unbedingt nach der Weise des Bundes tanzen wollen, suchte er sie als „Bundesgenossen der Sozialdemokratie“ der Mißachtung aller Patrioten preiszugeben. Dabei unterließ er es natürlich nicht, auch einige Unterschätzungen und Verdächtigungen gegen die Sozialdemokratie wegen der Strakenumzüge nach der Methode eines Lockspitzels beizuschleudern.

Ihm erwiderte zunächst der freisinnige Gothein, der das Treiben der Agrarier im Zirkus Busch und die gesamte Junkerpolitik einer scharfen Kritik unterzog.

Dann rechnete Genosse David mit dem Gahnenkräh ab. Er erinnerte daran, daß dieser Feind sozialdemokratischer Straßendemonstrationen sich dadurch zuerst in der Öffentlichkeit bemerkbar machte, daß er Demonstrationen zur Guldigung vor Bismarck veranstaltete und durch diese Lafaiendienste sich den Namen Bismarck Hahn erwarb. David legte die Bauernfeindlichkeit der junkerlichen Agrarpolitik an verschiedenen Beispielen dar und wies darauf hin, daß gerade die Zölle auf Futtermittel es hindern, daß die deutschen Bauern durch intensivere Viehzucht wie in Dänemark den deutschen Markt völlig mit Vieh versorgen können. Der jetzige Zustand nütze nicht den Bauern, wirke nur auf die Hebung der Grundrente, also auf die Verelendung der Großgrundbesitzer hin und verelende die gesamte selbstarbeitende Bevölkerung Deutschlands. David flocht in seine wirksamen Ausführungen auch die Mitteilung ein, wie der Schnapsbottich der Sozialdemokratie jetzt schon einen Rißgang des Branntweinmonopols herbeigeführt habe, während die hochadligen Schnapsbrenner charakteristischerweise sich so sehr der Günst der Regierung erfreuten, daß nicht weniger als 7 Geheimräte bei einer ihrer Zusammenkünfte umherfahrenzogen.

Nach einer Flut persönlicher Bemerkungen vertagte sich das Haus bis Dienstag. Zunächst steht die Präsidentschaftswahl auf der Tagesordnung.

### Das vornehme Parlament.

Die Mehrheit des preussischen Abgeordnetenhauses hat am Freitag wieder eine Probe ihrer Vornehmheit und ihrer edlen Kampfesweise abgelegt. Ein Redner nach dem anderen wurde vorgeschickt, um die Sozialdemokratie zu bekämpfen, und als dann unsere Genossen an der Reihe gewesen wären, da schritt man ihnen einfach die Antwort ab! Zwar gelang es unserem Genossen Hirsch, wenigstens einige der insamsen Verdächtigungen in Form einer Bemerkung zur Geschäftsordnung zurückzuweisen, aber der Vizepräsident Dr. Porsh duldete nicht, daß der Vertreter der Angegriffenen auch nur annähernd das sagte, was zu sagen war, er unterbrach ihn wiederholt und erteilte ihm, als er es wagte, einen Verleumder beim richtigen Namen zu nennen, den obligaten Ordnungsruf. Die Landtagsmehrheit wird selbstverständlich über ihren „Sieg“ triumphieren.

Den Anfang im Reigen der Sozialistenhölzer machte Abg. Stroffer, der konservative Befürworter der Prügelstrafe, der wie gewöhnlich mit gefälschten Zitaten operierte. Natürlich wurden ihm seine Fälschungen von unserer Seite sofort nachgewiesen, so daß er sich darauf zurückziehen mußte, daß ihm ein falscher Zeitungsbericht in die Hand gedrückt war. Etwas mehr Fleiß müssen die Sozialistenhölzer denn doch schon anwenden, wenn sie sich nicht fortgesetzt blamieren wollen.

Nach Stroffer kam Herr v. Jedlich zu Wort, der in echt scharfmaderischer Manier den Verleumdern den Fingerzeig gab: etwaige Befürworter eines politischen Generalstreiks als Hoch- und Landesverräter anzulagen! Und hat Herr v. Jedlich durch seine Rede eine große Freude bereitet. Weniger dürfte sich Herr Cassel über sie freuen haben, mit dessen gestrigen Angriffen gegen die Sozialdemokratie Jedlich sich völlig identifiziert! Wir haben den „Freisinnigen“ Cassel also richtig eingeschätzt.

Zu allem Ueberflus wurde noch vom Zentrum der Abgeordnete Gronowski, der mit unserer Hilfe in den Landtag gewählt ist, nachdem er sich auf das Reichstagswahlrecht für Preußen und die Neueinteilung der Wahlkreise durch Unterschrift ver-

pflichtet hat, auf die Sozialdemokratie losgelassen, und auch der konservative Vertreter von Teltow-Weeslow, Herr Hammer, stammelte einige Worte gegen uns; kurz und gut: die ganze Gesellschaft war wieder einmal ein Herz und eine Seele.

Was sonst noch gesagt wurde, bezog sich auf die übliche Auseinandersetzung über die nord-schleswigsche Frage und auf ein Gemälde zwischen Zentrum und Nationalliberalen.

Am Sonnabend werden weitere Kapitel des Etats des Ministerium des Innern beraten.

### Kreuzzeitungs-Christentum.

Das Blatt der Hammerstein-Epigonon seit christliche Halle, weil unser Breslauer Parteiblatt, die „Volkswacht“, einen Bericht über die hier am letzten Sonntag im Zirkus Busch abgehaltene Massenversammlung der Orthodoxen evangelischen Bekenntnisses sowie über die sich an diese Versammlung anschließende Straßendemonstration veröffentlicht und die Frage aufgeworfen hat, weshalb denn die konservative Presse für diesen „Straßentummel“ kein Wort des Tadelns finde. Besonders hat folgender Satz der „Volkswacht“ das bekannte Feingefühl des agrarischen Blattes empört: „Den Herren ist es natürlich im Staate der Rechts-gleichheit erlaubt. Schade, daß unsere Genossen im voraus nichts wußten. Sie hätten gewiß auch einen Redner gestellt und sich an der Demonstration aktiv beteiligt. Der Redner konnte ja über das Thema sprechen: „In welche Wählerklasse würde der Preußenstaat Jesus, den Zimmermannssohn, versetzt haben?“

Mit dem ganzen Aufgebot der ihm von seinem früheren Chefredakteur als Erbe hinterlassenen Sittlichkeit schreibt das ehrsame Junkerorgan:

„Aus dieser unerhörten, kaum noch zu übertreffenden Leistung kann man ersehen, was heute die Sozialdemokratie der christlichen Bevölkerung bieten zu dürfen glaubt. In der freisinnigen Presse, die jetzt mit der sozialdemokratischen Partei in unverantwortlicher Weise liebäugelt, sucht man Verurteilungen solcher Heißeisbrüche vergebens.“

Warum diese alberne gekünstelte Entrüstung? Wenn man der „Volkswacht“ einen Vorwurf machen kann, so doch nur den, daß sie die Qualität der preussischen Wahlrechtsvorlage überläßt hat, denn nach deren Bestimmungen würde Jesus überhaupt nicht haben wählen können, schon deshalb nicht, weil er keinen festen Wohnsitz hatte, sondern bekanntlich immer im Lande herumreiste, ohne irgendwo sechs Monate lang festen Aufenthalt zu nehmen.

Und was die Bemerkung der „Kreuzzeitung“ anbelangt, der Vergleich der „Volkswacht“ sei ganz „unerhört“, so irrt sie sich in ihrer ostelbischen Lokalborniertheit. Mehrfach und zu verschiedenen Zeiten ist schon, wenn von den herrschenden Klassen den Unbemittelten das Wahlrecht vorenthalten wurde, darauf hingewiesen worden, daß, wenn die Armut ein Grund der politischen Rechtlosigkeit sei, auch Jesus und seine Apostel nicht wahlberechtigt gewesen wären. So schrieb z. B. schon im Jahre 1789 ein gewisser Camille Desmoulins, von dem auch die „Kreuzztg.“ schon gehört haben dürfte, als die französische Nationalversammlung das Wahlrecht dekretierte:

„Um die ganze Unsinngkeit des Dekrets einzusehen, genügt es, zu wissen, daß ein Rousseau, ein Corneille, ein Rabelais nicht wählbar gewesen wären. Und Ihr, Ihr verächtlichen Priester, Ihr schurkischen und kopflösen Sengen, seht Ihr denn nicht, daß auch Euer Gott nicht wählbar gewesen wäre? Euren Jesus Christus, aus dem Ihr auf der Kanzel einen Gott macht, verweist Ihr auf die Tribüne unter das „gemeine Volk“. Euer Gott war ein Prophet; er hätte kein Altbürger sein können! Wählt doch wenigstens die Armut, die er geahelt hat. Was schreit Ihr und das Wort „Altbürger“ so oft in die Chöre? Es sind die Altbürger, welche die Felder urbar machen, während die Adligen und Priester nur Schmarobergewächse sind, ähnlich jenem Baum im Evangelium, der keine Früchte trug und den man ins Feuer warf.“

Solche Bloßstellung ihrer sogenannten „christlichen Gesinnung“ mag der „Kreuzztg.“ und ihrer agrarischen Gefolgschaft unangenehm sein, da sie deutlich zeigt, in welcher starren Gegenlage ihr dogmatischer Fettersinn zu den Lehren des Urchristentums steht; aber die Tatsache, daß der „Glaube“ der Kreuzzeitungsorthodoxen die Wahrheit nicht verdrängt, berechtigt das Blatt nicht, wahre Feststellungen als „Mohheitsausbrüche“ zu bezeichnen. Wenn der ehrfamen „Kreuzztg.“ solche Wahrheiten nicht passen, mag sie nachweisen, daß Jesus, Petrus, Johannes usw. im Preußenstaat Wähler erster Klasse sein würden.

### Wer ist „Germanicus“?

Im Preussischen Abgeordnetenhaus hatte Minister v. Nolte scharfe Angriffe des Zentrumsabgeordneten Bell und des konservativen Abgeordneten v. Pappenheim zu erdulden, weil er die Broschüre „Fürst Bülow und seine Zeit“ empfohlen hat, deren Verfasser sich selbstbewußt „Germanicus“ nennt. Wer ist dieser rätselhafte Argentinier? „Germanicus“ glaubt diese Frage beantworten zu können. Der edle Patriot heißt nach ihrer Aussage Dr. Stephan Reumann und ist stellvertretender Chefredakteur der — „Täglichen Rundschau“.

Das erklärt alles. Herr Reumann ist bekannt als Fabrikant von schönen Broschüren im Reichsverbandstil, in denen er allerlei gegen die Sozialdemokratie gerichtete, aus reaktionären Blättern herausgeschliffene Verleumdungsnotizen zusammenklebt. Damit hat er bei den Reaktionen viel Anklang gefunden; nun er diese Arbeitsmethode aber, wenn auch nur in sehr verdünnter Maße, auf die Politik des Zentrums und der Pappenheimer anwendet, schreiben diese über die Verdächtigungen des sonst von ihnen so sehr gelobten Kleisterjournalisten.

### Ministertwischen in Hessen.

Der heilige Finanzminister Dr. Gnoth ist von seinem Amt zurückgetreten. Die Ursache des Rücktritts ist in der schlechten heiligen Finanzlage zu suchen. Freiherr v. Dohl hatte in der ersten Kammer Vorschläge zur Sanierung der Finanzen gemacht, die für die Regierung unannehmbar sind. Es stellte sich aber heraus, daß hinter den Vorschlägen Dohls die ganze Erste Kammer sowie von der zweiten Kammer Nationalliberalen, Zentrum und Bauernbündler standen. Sonach war nicht zu erwarten, daß sich für die Vorschläge der Regierung eine Mehrheit finden werde.

### Kollektiven des Reichs.

Der Rückweis der Einnahmen des Reichs an Zölle, Steuern und Gebühren für die Zeit vom 1. April 1909 bis zum Schlusse des Jahres 1910 ergibt gegenüber dem gleichen Zeitraum des Jahres 1908/09 eine Mehreinnahme von rund 215 Millionen Mark. Den hauptsächlichsten Anteil an diesem Mehr haben die alten Zölle, welche im Rechnungsjahre 1908 um mehr als 120 Millionen hinter dem Voranschlag zurückblieben, diesmal aber den Voranschlag gerade erreichen dürfen. Daneben werden die 85 Millionen Mark, mit welchem der Nachtragsetat von 1909 die neuen Zölle und Steuern einschätzt, zweifellos erreicht werden. Endlich haben die im letzten

Sommer eingetretene Boreinfuhr- und Nachverkuerung namhafte Beträge zur Reichskasse geliefert.

Die Abführungen an den Witwen- und Waisenversicherungs-fonds werden sich jedoch, soweit es sich bisher übersehen läßt, auf einen Betrag von wenigen Millionen Mark beschränken.

### Wachsende Defizite im Bremer Staatshaushalt.

Die Millionen-Zehlbeträge im Staatsbudget scheinen auch im kleinen Bremen üblich zu werden. Die vorläufige Zusammenstellung des Budgets für 1910 ergibt einen Zehlbetrag von 3 555 445 M. gegenüber 3 123 124 M. im Voranschlag des Jahres 1909. Die Finanzlage hat sich also abermals verschlechtert. Die Gesamtsumme der außerordentlichen und ordentlichen Einnahmen, die schon im vorigen Jahre zur Bedeckung der außerordentlichen Ausgaben nicht ganz ausreichten, blieb diesmal sogar schon hinter der Gesamtsumme der ordentlichen Ausgaben um 625 419 M. zurück, so daß für die außerordentlichen Ausgaben im Betrage von 2 932 035 M. überhaupt keine Deckung vorhanden ist. Das Verhältnis der Einnahmen zu den Ausgaben wird sich allerdings bei der Budgetberatung noch etwas günstiger gestalten; es kann aber schon jetzt gesagt werden, daß der Zehlbetrag des festgestellten Budgets wesentlich größer sein wird als im Rechnungsjahre 1909.

### Liberalen Reformatoren der Sozialdemokratie.

Man schreibt uns aus Baden: Der Chef der nationalliberalen Kammerfraktion Badens, Ober-Schulrat Reumann, sprach am Mittwoch in Lahr über die politische Lage. Dabei bemerkte er, wie der Lehrer „Anzeiger“ (Nr. 88) berichtet, das Großblodabkommen der letzten Landtagswahl als eine taktische Vereinbarung, welche zwei Richtungen bezweckte. Zum einen sollte eine radikal-konservative Mehrheit hintangehalten, zum andern die Sozialdemokratie zur praktischen Arbeit herangezogen und so ihre zahlreichen Anhänger dem Staatsgedanken und Vaterland wieder zurückgewonnen werden. Das sei eine wohlgeleitete, nationale Tat. Es leiste jetzt die Sozialdemokratie in der badischen Kammer lehrbare Arbeit und sie sei auf dem besten Wege, eine innere Aenderung zum Anschluß an den Staatsgedanken zu vollziehen. Die Vertreter der Sozialdemokratie im badischen Landtag seien andere Leute als die Sozialisten, die im Reichstag ihre Theorien entwickeln.

Eine ähnliche Anspielung auf die bürgerliche Entwicklung der badischen Sozialdemokratie in der Umarmung ihrer Großblod-partner machte in der zweiten Kammer der nationalliberalen Abgeord. Müller bei der Landtagsdebatte. Er lobte die bereitwillige Unterstützung der Landwirtschaft durch unsere Genossen des Landtages und verurteilte die Haltung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, indem er schloß: „Gott bewahre uns vor einer solchen Sozialdemokratie, wie sie im Reichstage sitzt!“

Unsere badische Kammerfraktion hat diese Ausführungen anscheinend einer Erwiderung und Abweisung nicht wert gehalten.

### Aus dem badischen Landtage.

Die Volksschule beschäftigte die Zweite Kammer die ganze vorige Woche, nachdem schon in der vorausgegangenen Woche eine wichtige Auseinandersetzung über die Lehrerseminare erfolgt war. Bekanntlich hat in dieser letzteren Hinsicht die Zweite Kammer einen Antrag der ganzen Linken angenommen, daß die Simultanisierung der Lehrerseminare, die bis jetzt nur auf dem Papier steht, praktisch durchgeführt werde. Dagegen haben nur das Zentrum und die paar Konservativen gestimmt, während die Regierung sich darüber ausschwig, welche Stellung sie zu dem Beschluß zu nehmen gedenke. Von allen Rednern der Linken, besonders von den sozialdemokratischen Rednern, war betont worden, daß es doch ein Umling sei, die Lehrer auf konfessionell gerichteten Seminaren auszubilden, während die Volksschule selbst in Baden gesetlich und faktisch simultan sei.

Daß bei diesem Umling aber die Feinde und zweifelhaften Freunde der Volksschule immer noch auf ihre Rechnung kommen, beweist die Volksschuldebatte der letzten Woche. Denn in den badischen Volksschulen wird Religionsunterricht erteilt, und zwar von den Lehrern, und das Zentrum wie die Konservativen verteidigen mit aller Zähigkeit, daß gerade dieser Zustand fortbestehen solle. Ja, sie wußten mit großem Geschick die Nationalliberalen zu der Erklärung zu nötigen, wie sie sich die Trennung von Staat und Kirche in Bezug auf die Volksschule vorstellen. Und alle Schattierungen der Nationalliberalen gaben dann durch ihre Vorgesetzten die Erklärung ab, daß sie die Religion nicht aus der Volksschule verbannt wissen wollen. Nur möchten sie, daß nicht die Lehrer, sondern die Geistlichen den Religionsunterricht erteilen. An sich könnte ja das Zentrum ganz zufrieden sein, weil damit die Geistlichen auf diese Weise in die Lehrerkollegien selbst hineinkämen — ein Experiment, das sich für die Lehrer wie für die Schule als gleich unheilvoll erweisen würde —, aber die guten Leute wissen, daß gerade die Erteilung des Religionsunterrichts durch die Lehrer die praktische Durchführung der Seminarsimultanisierung nur schwer möglich mache. Damit wird einmal die Weisheit der Lehrerschaft erheblich beeinträchtigt, und zum zweiten wird ein gewisser Zwiespalt der Lehrerschaft erhalten, wodurch auch der ganze Unterricht im Sinne der „christlichen“ Eiferer tiefgreifend beeinträchtigt wird. Natürlich waren die schwarzen Herren unerkennbar befriedigt über die Erklärung der Nationalliberalen, daß sie die konsequente Durchführung der Trennung von Kirche und Staat nicht mitmachen würden.

Die sozialdemokratische Fraktion hat scharf und entschieden ihre Stellung kundgegeben. Der Vorsitzende der Fraktion, der Genosse Geib, hat in großen Zügen die Auffassung der Partei kundgegeben, daß sie unter völliger Anerkennung der freien Betätigung religiöser Uebergengungen ihre Forderung aus dem Lehrplan der Volksschule sowie deren Ausbau zu einer wirklichen Bildungsanstalt für das Volk und deshalb ihre Verstaatlichung fordere. Als dann auch die Demokraten die Forderung des Religionsunterrichts aus der Schule in anerkennendster Weise ablehnten, gingen die Zentrumsredner dazu über, diese Forderungen als Religionsfeindschaft hinzustellen und den Sozialdemokraten zu beschreiben, daß, wie bei einer kirchlichen Gesellenheit durch den Genossen Frank dargelegt wurde, die Sozialdemokraten die Frage der Volksschule mit in den Vordergrund der Wahlagitiation gerückt haben, und daß das Volk sich im Sinne der Sozialdemokratie bei den Wahlen für die freie religionslose Volksschule entschieden habe. Nun sah Genosse Kolb, da Frank abwesend war, von seiner Stellung als Bericht-erstatter ab und nahm eine gründliche Abrechnung mit dem Zentrum vor. Er wandte sich vor allem gegen den vom Zentrum fortwährend betriebenen Schwindel, daß Religion und Kirche und Religion und Zentrum usw. völlig identische Begriffe wären. Am letzten Tage der Debatte vervollständigte der Genosse Kramer durch eine schlußgeformte, aber inhaltlich um so wirksamere Rede die Debatte. Er schilderte, was die Schule für das Volk sein könnte und wie wenig sie diese Aufgabe erfüllt, und zeigte, wie gerade die Nachgiebigkeit gegen die freitbare Kirche und deren Beeinflussung der Volksschule die Hauptschuld an den schweren Versäumnissen trage.

### Aus Württemberg.

Der Kampf unserer preussischen Genossen um ein anständiges Landtagswahlrecht wird in Württemberg mit leidenschaftlichem Interesse verfolgt. Die Uebergangung, daß die Wahlrechtsfrage in Preußen eine deutsche Frage ist, ist allgemein. Die von der Polizei verübten Missetaten in Halle, Frankfurt a. M.

und Neumünster steigern noch den Abscheu gegen das preussische Junkerregiment. Wen die Reden des Herrn v. Weichmann Holtweg, des Januschauers und anderer Feinde des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts noch nicht aufgerüttelt haben, der ist durch den Polizeijubel gründlich geweckt worden.

Die „Reichsfinanzreform“, die Staatsstreiche des Oberburg, die preussische Wahlrechtsvorlage, die Herabwürdigung des Wahlrechts der süddeutschen Staaten durch den Reichsminister, die Polizeiatraden auf wehrlose Bürger — ahnen die Herren in Berlin denn gar nicht, was sie damit anrichten? Die Landtags-ersatzwahl in Freudenstadt kann als Gradmesser der Erbitterung dienen, die durch die preussische Regierungspraxis beim süddeutschen „Bundesbruder“ hervorgerufen wird. Freudenstadt ist ein fast rein ländlicher Bezirk. Industrie ist fast gar nicht vorhanden. Im Jahre 1895 zählte die Sozialdemokratie im Bezirk ganze 8 Stimmen, 1900: 125, 1906 stieg unsere Stimmenzahl auf 224, 1908 auf 1012. Bei der Ersatzwahl am Sonnabend zählten wir (wie schon kurz gemeldet Red.) 2145 Wähler. Unsere Stimmenzahl hat sich mehr als verdoppelt! Die Wirt. Volkspartei, die im Jahre 1906 den Wahlkreis halle, ging von 3176 auf 2210 Stimmen zurück. 525 Stimmen legte sich die national-liberale Partei zu, deren Stimmenzahl von 1289 auf 1814 stieg. Die nationalliberale Partei ist vorsichtiger gewesen in der Auswahl der Kandidaten. Daher die Verschönerung des Stimmverhältnisses innerhalb der beiden bürgerlichen Parteien.

Was der Wahl ihr Gepräge gibt, ist das gewaltige Anwachsen der sozialdemokratischen Stimmenzahl. In Freudenstadt selber stieg unsere Stimmenzahl von 217 auf 700; die beiden bürgerlichen Parteien zusammengenommen zählten nur 683 Wähler. So im größten Ort des Wahlkreises; eine ganz ähnliche Entwicklung ist auch in einer großen Zahl abgelegener Schmarwaldhöfchen zu verzeichnen.

In der Stichwahl wird die nationalliberale Partei die Volkspartei zum „Siege“ verhehlen. Wenn sie kann. Doch mag der Wahltag zum Schluß sein, wie er will, der ungeheure Eindruck, den das rapide Wachstum unserer Partei macht, läßt sich nicht verhehlen.

### Frankreich.

#### Für Pressefreiheit.

Paris, 25. Februar. Der Ausschuss des Pariser Presse-syndikats hat beschlossen, gegen den von der Deputiertenkammer angenommenen Antrag, wonach eine Veröffentlichung bildlicher Darstellungen von Verbrechern und Verbrechen mit beträchtlichen Geldbußen bestraft werden soll, beim Justizminister und Senat Einspruch zu erheben mit der Begründung, daß ein solches Gesetz eine schwere Bedrohung der Pressefreiheit bedeuten würde.

#### Die Altersrenten.

Paris, 25. Februar. Halbamtlich verlautet, die Regierung sei geneigt, der Senatskommission bezüglich der Altersrenten einen Vermittlungsvorschlag zu unterbreiten, nach dem den ihre Mittellosigkeit nachweisenden Landleuten ebenso wie den Industriearbeitern eine Anfangsrente von 100 Frank bewilligt werden könnte.

### Schweiz.

#### Der zweite sozialdemokratische Minister in Basel.

Basel, 22. Februar. (Fig. Ver.) Im Kanton Baselstadt beansprucht nun, wie eine Parteiverammlung beschlossen hat, die Sozialdemokratie den freitretenden Regierungsratsmitglied und es wurde gleichzeitig Genosse Dr. Blocher als sozialdemokratischer Kandidat aufgestellt.

Der gegenwärtige eine sozialdemokratische Vertreter in der Basler Regierung ist bekanntlich Genosse Wulfschleger.

### Italien.

#### Genosse Graziadei gewählt.

Rom, 23. Februar. (Fig. Ver.) Trotz der energischen Gegenagitiation der bürgerlichen Parteien hat Genosse Graziadei bei der Ersatzwahl vom vorigen Sonntag in Imola mit 3610 gegen 3020 Stimmen den Sieg davongetragen. Gewählt haben 81 Prozent der Wahlberechtigten. Bei den letzten Wahlen von 1909 war Costa mit 3305 Stimmen ohne Gegenkandidaten gewählt worden.

### Türkei.

#### Die Grenzämpfe.

Saloniki, 25. Februar. Nach amtlichen Meldungen von der bulgarischen Grenze dauerte das Feuergefecht zwischen den bulgarischen und türkischen Grenzposten bis gestern, wobei auf türkischer Seite weitere sechs Mann gefallen sind und neun Mann verwundet wurden. Bulgarische Landleute arbeiten unter Aufsicht bulgarischer Offiziere an Erdwerken. Ein gefallener türkischer Unteroffizier wurde von bulgarischen Soldaten geborgen, welche dann die Herausgabe der Leiche verweigerten.

Konstantinopel, 25. Februar. Wie verlautet, wurde der türkische Gesandte in Athen beauftragt, sich bei den Ereignissen in Griechenland vollkommen neutral zu verhalten und im Falle von Konserenzen der Gesandten der Großmächte die Sporie sofort über die Dispositionen der Mächte zu unterrichten.

### Amerika.

#### Der Milchkrieg.

New York, 23. Februar. Acht Direktoren der Consolidated Milk Exchange sind unter Anklage gestellt worden, weil sie sich an einem Ring zur Beschränkung des Milchhandels beteiligt haben.

### Soziales.

#### Berufsgenossenschaft eine Behörde?

Der frühere Staatssekretär v. Boetticher hat im Reichstag wiederholt Darlegungen unserer Genossen gegenüber, die Berufsgenossenschaften bilden einen Staat im Staate und würden gar als „Behörden“ betrachtet, erwidert, daß das unmöglich sei, die Berufsgenossenschaft sei keine Behörde, sondern lediglich ein durch Gesetz geschaffener Verband von Unternehmern zu dem in den Unfallgesetzen angegebenen Zweck. Die „Baugewerkszeitung“ macht in ihrer letzten Nummer von einem Urteil des Charlottenburger Amtsgerichts Mitteilung, das die Berufsgenossenschaft als Behörde und ihre Beamten als Beamte im Sinne des § 196 des Strafgesetzbuchs anerkannt hat. In dem Fall handelt es sich um Verleumdung eines bei der Baugewerks-Berufsgenossenschaft angestellten technischen Aufsicht- und Rechnungsbeamten durch einen Zimmergesellen. Die Entscheidung geht uneres Erachtens ebenso wie eine frühere des Kammergerichts fehl. Sie zeigt aber die Richtigkeit der Behauptung, daß die Arbeitgeber in dem Zusammenschluß als Berufsgenossenschaft eine privilegierte, zum mindesten Beamten und Behörde ähnliche Stellung durch die Versicherungs-gesetzgebung erhalten haben. Desto notwendiger ist eine gleichmäßige Organisation der Arbeiter in die Organisation der Berufsgenossenschaften.

# Gewerkschaftliches.

## „Aufforderung zum Selbstmord.“

Das Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften kommt in seiner letzten Nummer auf die Herausgabe zweier Broschüren von christlicher Seite über den Streik in Badisch-Rheinfelden, die badische Fabrikinspektion und die christlichen Gewerkschaften zu sprechen und rollt dabei noch einmal das Verhalten des Gewerbeinspektors Dr. Wittmann auf. Dieser badische Beamte hat die Wahrheitsliebe diverser zentrumschriftlicher Gewerkschaftsführer kennen gelernt und deshalb „jeden Verkehr mit den christlichen Gewerkschaften abgebrochen.“ Die Gewerbeinspektion will einen Verkehr erst wieder aufnehmen, „nachdem ihr für eine einwandfreie Geschäftsführung Gewähr geleistet worden ist.“ Wittmann gibt dafür folgende Gründe an:

„Da die wiederholten bewussten Unwahrheiten des christlichen Gewerkschaftsführers Engel und der Schuh und Weiskand, den er bei anderen Beamten der christlichen Gewerkschaften, beim christlichen Metallarbeiterverband und beim Vorstand des Gesamtverbandes gefunden hat, der Argwohn begründet, daß Zweideutigkeiten, Unwahrheiten und Entstellung der Wahrheit von den leitenden Organen der christlichen Gewerkschaften als erlaubte Gewerkschaftstatistik zur Hervorrufung und Austragung von Arbeiterbewegungen angesehen werden.“

Das christliche Zentralblatt will sich nun dahinter verstecken, daß Dr. Wittmann „die gekennzeichneten Insinuationen“ nicht als Behauptung aufstelle, sondern nur von „Argwohn“ rede, und deshalb es unmöglich sei, den Gewerbeinspektor vor den Strafrichtern zu ziehen, wo es ihm „zweifellos schlecht ergehen“ würde.

Das ist ja wieder eine gar zu plumpe Schiebung. Hat doch Dr. Wittmann klar und ohne jede Klausel von „bewussten Unwahrheiten des christlichen Gewerkschaftsführers Engel“ usw. gesprochen. Klagt Engel unter diesen Umständen nicht, so weiß jeder Mann, was er davon zu halten hat.

Nach dieser Richtung hin außerordentlich charakteristisch ist ja auch, daß nach dem Bericht im christlichen Zentralblatt selbst die christlichen Gewerkschaftsführer Schiffer, Wieser und Stegerwald bei einer Verhandlung die von Dr. Wittmann diktierten Friedensbedingungen im „Fall Engel“ akzeptiert haben, obgleich der christlichen Schilderung zufolge Dr. Wittmann „ein geradezu empörendes Benehmen hervorgekehrt und bald jeder zweite von ihm gesprochene Satz „eine Drohung“ dargestellt habe. Trotzdem pater peccavisti! Da war aber noch so ein „christlicher“ Sekretär, Theden-Mannheim, der dem Landeskommissar Traub eine „befriedigende“ Erklärung abgeben sollte, die in der verlangten Form nach der christlichen Darstellung für die Christen eine „niederdrückende Demütigung“ bedeutet hätte. Eine Forderung der verlangten Erklärung wurde vom Gewerbeinspektor abgelehnt.

Nun sind die Musterchristen, die ja sonst über die angebliche „Kautsky-Moral“ der Sozialdemokraten „nicht Worte gegen die Jungheiden“ finden können, dem Dr. Wittmann sinnesfeind. Das Verlangen des Gewerbeinspektors soll einem „Triumph“ der Sozialdemokraten und einer „Aufforderung zum Selbstmord“ an die christlichen Gewerkschaften gleichgekommen sein. Schlimm allerdings für die „Christen“, wenn eine wahrheitsgemäße Darstellung solche Wirkungen hat.

### Berlin und Umgegend.

#### Gelber Schwindel.

In verschiedenen Teilen der Stadt klingelte dieser Tage ein Mann von zirka 40 Jahren an einer Wohnung und fragte die öffnende Frau, ob ihr Mann zu sprechen sei. Als die Frau vernahm, tat er sehr enttäuscht und meinte: „Dann könnten Sie doch das Krankenbuch bezahlen.“ Das alte Buch sei voll, das neue koste mit dem Beitrag für Februar 1,15 M. Der Eid gelang meistens. Die Frauen waren durch das sichere Auftreten des Mannes verwirrt, gaben den geforderten Betrag, und nahmen dafür ein kleines Buch, nach dem Aussehen ein Krankenbuchs, in Empfang. Bei genauerem Hinsehen war es ein Buch der Zentral-Unterstützungskasse des gelben Arbeitshundes, S. B. Berlin. Der Kassierer hatte natürlich recht schnell sein Fortkommen gesucht, um anderwärts denselben Eid zu versuchen. Man wisse den Schwindlern mit den gelben Hundsbüchern die Türe und veranlasse eventuell ihre Verhaftung.

### Tariffbewegung der Bürsten- und Pinselmacher.

Die Bürsten- und Pinselmacher Berlins, für die bisher nur lose Abmachungen bestanden haben, trachten seit einiger Zeit mit Eifer danach, eine bestimmte tarifliche Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen herbeizuführen. Sie haben Ende des vergangenen Jahres einen Tarifentwurf ausgearbeitet, der sich sowohl auf die Lohn- wie die Arbeitszeit und die übrigen Arbeitsbedingungen bezieht. Der Tarif ist dem Obermeister der Bürstenmacherinnung mit der höflichen Anfrage zugestellt worden, ob der Innungsvorstand geneigt sei, über den Abschluß eines Tarifvertrages zu verhandeln.

Am Mittwoch fand nun bei Breuß in der Holzmarktstraße eine Brandenburger Versammlung der Bürsten- und Pinselmacher statt, in der die Stellung der Unternehmer zu dem überreichten Tarif auf der Tagesordnung stand. Der Brandenburger Mann Wiese, der den Bericht gab, verlas das Antwortschreiben des Obermeisters. Es besagt, daß der Innungsvorstand nur mit dem Gesellenausschuß über die Lohn- und Arbeitsbedingungen verhandeln könne. Es wäre eine Ausnahme, wenn er mit der Branchenkommission verhandelte. Der Gesellenausschuß sei wohl nicht zu umgehen. Diese nicht direkt ablehnende aber auch nicht zustimmende Antwort konnte die Branchenkommission selbstverständlich ebenso wenig wie die Versammlung befriedigen. Die Meinung ging dahin, daß auf jeden Fall mit den Vertretern der Organisation verhandelt und der Tarif mit ihnen abgeschlossen werden müsse. Wenn der Gesellenausschuß auch an den Verhandlungen teilnehmen sollte, so hätte man nichts dagegen einzuwenden. Ferner wurde hervorgehoben, daß auch die außerhalb der Innung stehenden Unternehmer zu den Verhandlungen herangezogen werden müssen. Es soll alles aufgegeben werden, um zu einer tariflichen Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu gelangen. Die Branchenleitung wird sich in diesem Sinne nochmals an die Innung wenden. Es ist ihr im übrigen freie Hand gelassen, zu tun, was zur Förderung der Bewegung notwendig ist. — Der eingereichte Tarifentwurf enthält, neben dem sehr sorgfältig ausgearbeiteten Akkordtarif, in der Hauptsache noch folgende Forderungen: Die Arbeitszeit beträgt 62 Stunden wöchentlich, Montags und Sonnabends 8, die übrigen Tage 9 Stunden. Als Mindestlohn für einen Vollarbeiter sollen 27 M. die Woche gezahlt werden. Rüsttägige Arbeiter haben, ihren Leistungen entsprechend, einen höheren Lohn zu erhalten. Im Stundenlohn sollen 55—60 Pf. berechnet werden. Für die Schleif-, Dreh- und Maschinenbürstenarbeiter sieht der Entwurf einen Stundenlohn von 65 Pf. und einen Wochenlohn von mindestens 30 M. vor. Daran schließt sich eine Reihe allgemeiner Bestimmungen wie die, daß Ueberstunden nicht gemacht werden dürfen, daß an

den Vorabend der großen Feste um 2 Uhr Feierabend sein soll, daß bei schlechtem Geschäftsgang, um Entlassungen zu vermeiden, die Arbeitszeit verkürzt werden soll usw. Als Gültigkeitsdauer wird ein Jahr vorgeschlagen. Zur Schlichtung von Streitigkeiten soll eine gemeinsame Kommission von Arbeitgeber und Arbeitnehmer mit einem unparteiischen Vorsitzenden eingesetzt werden.

Zu Beginn der Versammlung hatte Schlemminger einen lehrreichen Vortrag über: Die Entwicklung der Tarifverträge in der Holzindustrie gehalten, der lebhaften Beifall fand.

### Lohnbewegung in der Kostümbbranche.

Die Schneiderinnen bei der Firma Herrn. Engel, Landsberger Straße 86—88, sowie bei der Firma Gebr. Oppler, Rauerstr. 81, haben Lohnforderungen gestellt. Es ist nicht ausgeschlossen, daß es zum Streik kommt.

**Achtung, Töpfer!** Hiermit heben wir die Sperre über die Firma Weizer, Straßl u. Co., Inhaber Straßl, SW., Kommandantenstraße 16, auf, da selbige sich verpflichtet hat, wieder den Tarif zu zahlen und nur Verhandlungscollegen zu beschäftigen.

**Achtung, Kunstfänger!** Am Freitagmittag (25. Februar) haben die gesamten bei der Firma Gebr. Kriesede, Brih, Chausseestraße, beschäftigten Stämper, Schleifer, Räder und Transportarbeiter die Arbeit eingestellt, weil es die Firmenleitung ablehnte, mit einer Kommission der Arbeiter wegen Abänderung des Lohn- und Arbeitsverhältnisses zu verhandeln. Wir ersuchen Zugang streng fernzuhalten, und bitten arbeiterfreundliche Blätter um Abdruck.

### Deutsches Reich.

#### Das Ende einer gelben Herrlichkeit.

Nachdem die Direktion der Egelstor-Fahrradwerke in Brandenburg a. H. den gelben Verein nicht mehr protegiert und erklärt hat, die Koalitionsfreiheit ihrer Angestellten nicht anzutasten, liegt die gelbe Herrlichkeit auch schon in Scherben. Schon am nächsten Tage traten 121 Arbeiter aus dem gelben Werkverein aus. Nachdem auch noch die Funktionäre des Vereins die gelbe Fahne verließen hatten, erklärte der Rest der Mitglieder in einer am nächsten Tage einberufenen Versammlung seinen Austritt. Das war ein schnelles Sterben des mühsam hochgepöppelten gelben Gebildes. Friede seiner Asche!

Im Lebiuschen „Bund“ wird auch eine kleine Leichenrede gehalten und eine Färberei gerührt über „die neuesten sozialdemokratische Wohlthaten“. Nach am Grabe wird sodann die Öffnung aufgeplagt, daß an Stelle des begrabenen gelben Werkvereins eine gelbe Zentralorganisation für Brandenburg entstehen möge, der dort bestehende gelbe Arbeiterbund brauche nur ausgebaut zu werden. Glückauf zum neuen Baul!

### Praktiken des Mannheimer Industriellen-Nachweises.

In der Margarinefabrik Söllint zu Mannheim kam ein Vorarbeiter mit seinem Meister in Konflikt, der zu Täuschlichkeiten ausartete. Der Vorarbeiter wurde entlassen. Als er beim Industriellen-Arbeitsnachweis um Arbeit anfragte, wurde er vom Leiter des Arbeitsnachweises aufgefordert, bei seinem früheren Arbeitgeber wegen dieses Vorfalles Abbitte zu leisten. Das zu tun lehnte der Mann ab, weil ihm bitter unrecht geschähe sei. Darauf erklärte Dr. Noebius: „Dann kann ich Sie nicht vermitteln! Sie müssen die Konsequenzen tragen!“

Das ist der erzieherische Einfluß, den nach Ansicht der Unternehmer ihre Arbeitsnachweise auf die Arbeiter ausüben sollen. Sie machen sich damit ein Recht an, das ihnen im Rahmen des freien Arbeitsvertrages keineswegs zusteht. Der Arbeiter bedarf dieser unternehmerlichen Fürsorge und Erziehung nicht. Polizei und Justiz sorgen schon in ausreichendem Maße für sein Wohlverhalten im Staate. Wäre der Arbeiter in diesem Falle strafrechtlich zu fassen, so hätte man das gewiß nicht veräumt, in die Wege zu leiten, ihm aber deshalb seiner Exzellenz völlig zu berauben, ist unerhört. Zu den vielseitigen Praktiken des Industriellen-Nachweises gesellt sich nun also noch die, daß er sich als eine Art Privat-Justizbehörde etabliert. Doch — mißliebige Arbeiter werden ja nicht gemeldet, so hat wenigstens die staatsanwaltschaftliche Untersuchung ergeben.

### Von den zentralen Verhandlungen im Holzgewerbe.

Wie schon mitgeteilt, sind neue Verhandlungen zwischen den Zentralvorständen in die Wege geleitet. Bei der verfahrenen Situation war es außerordentlich schwer, eine Basis zu finden, auf welcher weitere Verhandlungen überhaupt möglich sind. Der Vorstand des Arbeitgeberverbands verlangte bekanntlich die Anerkennung einer Verhandlungskommission, nachdem er das Schiedsgericht abgelehnt hatte. Diese Verhandlungskommission anzuerkennen, lag für den Holzarbeiterverband keine Veranlassung vor.

Es handelte sich nun darum, einen Weg für die Fortsetzung der Verhandlungen zu finden. Wurde dieser Weg nicht gefunden, so bedeutete dieses den endgültigen Abbruch der Verhandlungen und — den Ausbruch des Kampfes auf der ganzen Linie. Nach tagelangen Auseinandersetzungen kamen dann die Zentralvorstände dahin überein, daß die Verhandlungen auf den einzelnen Orten nicht unterbrochen werden dürfen. In den Orten, wo die Arbeitgeber den Eintritt in die Verhandlungen von der vorherigen Reduktion der Gehaltsforderungen abhängig machten, sind sie hier- von zurückgekommen. Die Vorstände vereinbarten ferner — wie wir bereits mitgeteilt haben —, daß, solange die Verhandlungen fortgesetzt werden, Streiks und Aussperrungen nicht stattfinden sollen. Diese Vereinbarung ist bisher von beiden Seiten eingehalten worden. Die Verhandlungen an den einzelnen Orten haben bisher ein nennenswertes Resultat nicht ergeben. Nur in zwei Städten ist es zur endgültigen Einigung gekommen. Vereinzelt wurde darum, daß die Ortsverhandlungen unter Aufsicht der Zentralvorstände in Berlin fortgesetzt werden sollten. Seit dem 14. Februar sind nun Vertreter der Ortsparteien in Berlin anwesend und verhandeln in der Weise, daß den Vertretern der einzelnen Orte je ein Abgeordneter der Zentralvorstände zugeteilt wurde. Wie wir hören, ist über die allgemeinen Vertragsbestimmungen betreffend Ueberstunden, Montagearbeit, Schlichtungskommission, Arbeit an Maschinen usw. für eine ganze Anzahl Städte eine Einigung erzielt. In einer Reihe Städte ist es auch gelungen, eine Verständigung über die im Vertrage festzulegende Lohnnorm zu erzielen. Dagegen konnte bisher nur für eine geringe Anzahl Städte eine vollständige Einigung erzielt werden. Die meisten Schwierigkeiten bietet natürlich die Lohnfrage und die Verkürzung der Arbeitszeit, und da haben sich die Arbeitgeber bisher wenig entgegenkommend gezeigt.

Die Verhandlungen werden gegenwärtig noch fortgesetzt und läßt sich das Gesamtergebnat noch nicht übersehen. Die Vorstände hoffen, daß bis Mitte der kommenden Woche diese Verhandlungen zu Ende geführt werden können; erst dann läßt es sich übersehen, ob Aussicht vorhanden ist, den Frieden zu erhalten. Eine Gefahr für den Frieden liegt noch darin, daß die Städtevertreter des Arbeitgeberverbands beschließen haben, daß die endgültige Entscheidung von dem Ortsvorstandenden der in Frage kommenden Städte gemeinsam getroffen werden soll. Die Mitglieder des Holzarbeiterverbandes werden ihre Rüstungen fortsetzen, um allen Eventualitäten gewachsen zu sein.

Ohne Arbeitseinstellung erfolgreich beendet ist die Lohnbewegung der Schneider in Bayreuth. Ein von den Unternehmern angenommener Tarif bringt den Arbeitern Lohnserhöhungen von 8 bis 10 Proz. Boden- und Tagelöhner erhalten eine zehnprozentige Lohnserhöhung. Der bisher geltende und von den Arbeitern viel bekämpfte Doppeltarif ist beseitigt. Der neue Tarif tritt am 1. März in Kraft und gilt, was allerdings von den Arbeitern nur mit großem Widerwillen angenommen wurde, auf 3 Jahre. Zur Ueberwachung des Tarifs wird eine zu gleichen Teilen aus Arbeitern und Arbeitgebern zusammengesetzte Kommission eingesetzt. Der Abschluß dieser Lohnbewegung bedeutet einen Erfolg der Organisation.

### Ausland.

**Aussperrung der Schneider in der Schweiz.** In Bern, Basel, Aarau und St. Gallen haben die Schneidermeister die Gehilfen ausgesperrt oder gekündigt zu dem Zwecke, sie zum Abschluß eines für sie ungünstigen Generalstreiks für die ganze Schweiz zu zwingen. In Bern sind seit Montag 103 Gehilfen ausgesperrt, andere sind bereits abgereist. Es wiederholt sich mit dieser Aussperrung das bereits Ende 1908 verjagte Spiel, die Gehilfen dem Meisterwillen gefügig zu machen.

## Verfammlungen.

Zu dem Bericht über die Generalversammlung der Arbeiterbildungsschule erhalten wir folgende Zuschrift:

Der Notiz in der Nummer vom 15. cr. Ihres geschätzten Blattes gegenüber bitten wir um freundliche Aufnahme folgender Erklärung:

Der unterzeichnete Vorstand und Arbeiterausschuß der A. U. S. erklären es für sehr bedauerlich, wenn in den nach den Unterrichtsständen stattfindenden Nachschichten Kursleiter über politische und ähnliche Themen Vorträge halten. Es ist noch einem Kursleiterbeschuß auch Recht und Pflicht des Vorstandes, dafür zu sorgen, daß derartige nicht vorkommen.

Wenn andererseits in privaten Gesprächen Meinungen über „gesellschaftswissenschaftliche“ Stoffe ausgetauscht werden, so kann vom Vorstände aus dagegen nichts erfolgen; nur sind die Studierenden ständig gebeten worden, möglichst auch private Meinungsäußerungen über derartige Gebiete zu unterlassen.

Hörer, die Mißstände der erstenannten Art zu rügen haben, sind dringend gebeten, Beschwerden an den Vorstand oder Ausschuß gelangen zu lassen, da ohne eine vorliegende Beschwerde nichts gegen den betreffenden Kursleiter unternommen werden kann.

Hochachtungsvoll

Der Vorstand der A. U. S.

J. A.: Erich Voenn, cand. med., 1. Vorsitzender.

Der Arbeiterausschuß der A. U. S.

J. A.: Ernst Schmidt, 1. Vorsitzender.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Aus den französischen Parlamenten.

Paris, 25. Februar. (B. L. W.) In der heutigen Senats-sitzung richtete Ciceron, der Senator von Guadeloupe, eine Interpellation an die Regierung, über die Ereignisse auf der Insel Guadeloupe, die vermutlich schlimmer seien, als die offiziellen Berichte sie darstellen, und kritisierte die Haltung der Kolonialbeamten. Kolonialminister Trouillot antwortete, er habe seit gestern außer einer Mitteilung, daß der Gouverneur der Insel eine Proklamation erlassen habe, in der die Streikenden zur Wiederaufnahme der Arbeit aufgefordert werden und in der ihnen gerechte Prüfung ihrer Wünsche zugestanden wird, keine amtlichen Nachrichten erhalten. Er hoffe, daß die Ordnung weniger bedroht sei, als man fürchte, und protestierte gegen den allgemeinen Vorwurf, den man den Kolonialbeamten machen wolle. Daraus wurde eine Tagesordnung, in der der Regierung das Vertrauen ausgesprochen wird, angenommen.

Paris, 25. Februar. (B. L. W.) Deputiertenkammer. Die Kammer trat heute in die Verhandlung über das Finanzgesetz ein und nahm eine Erhöhung der Automobilsteuer an. Nach kurzer Diskussion bewilligte die Kammer sodann die Bestimmungen, wonach für ein- und zweifache Automobile von Ausländern, die sich in Frankreich aufhalten, eine 50 Frank festgesetzte Steuer, und zwar für einen Zeitraum von 360 Tagen, erhoben wird. Die Steuer für Automobile mit mehr als zwei Sitze beträgt für denselben Zeitraum 90 Frank. Außerdem soll eine Steuer, die je nach der Motorleistung des Automobils abgestuft ist, und zwischen 5 Frank und 15 Frank für die Pferdekraft variiert, entrichtet werden. — Im weiteren Verlaufe der Sitzung brachte Debrun ein Amendement ein, wonach jede fremde Arbeiter, der nur während eines Teiles des Jahres in Frankreich arbeitet, verpflichtet ist, eine Kopfsteuer zu entrichten. Jeder fremde Gewerbetreibende soll während des ersten Jahres seines Aufenthalts in Frankreich seine direkten Steuern binnen 14 Tagen nach Veröffentlichung des Steuerregisters entrichten. Doumer erklärte, die ganze Kammer werde das gerechte Prinzip dieses Amendements billigen.

### Der stüchtige Dalai Lama.

Peking, 25. Februar. (B. L. W.) Durch ein kaiserliches Dekret ist der Dalai Lama wegen der Flucht aus Thassa unter Auerkennung der geistlichen Vorrechte seines Amtes entsetzt worden. Die Wahl des Nachfolgers ist bereits angeordnet.

London, 25. Februar. Die das Reutersche Bureau aus Datsifiling meldet, ist der Dalai Lama gestern in Kalimpong eingetroffen, und hat seine Reise nach Darjiling fortgesetzt.

### Ein Spionageprozeß.

Leipzig, 25. Februar. (B. L. W.) Das Reichsgericht verurteilte den Kaufmann Weiffel aus Angerburg in Ostpreußen wegen Vergehens gegen § 3 des Spionagegesetzes und versuchte Vergehens gegen § 3 desselben Gesetzes in Verbindung wegen Vergehens gegen § 333 des Reichsstrafgesetzbuchs (Verletzung militärischer Personen) zu 4 Jahren Zuchthaus und acht Jahren Ehrverlust. Der Angeklagte hatte angeblich militärische Gegenstände verraten, die im Interesse des Reiches geheimzuhalten sind.

### Verurteilter Kardinalbischof.

Reims, 25. Februar. (B. L. W.) In dem Schadenerschprozesse, den der Schullehrerverband von Frankreich gegen den Kardinalbischof von Reims, Mgr. Luçon angestrengt hatte, fällt heute nachmittags das Zivilgericht seinen Urteilspruch. Der Kardinalbischof wurde zu 500 Frank Schadenersch verurteilt. Der Schullehrerverband hatte bekanntlich eine Entschädigung von 5000 Frank verlangt.

### Hochwasser in Belgien.

Brüssel, 25. Februar. (B. L. W.) Aus Lüttich und Namur laufen neuerdings beunruhigende Nachrichten über rapides Steigen der Maas und ihren Nebenflüssen ein. Es ist nunmehr das sechste Mal im Laufe dieses Winters, daß diese Flüsse aus ihren Ufern treten. Die Sambr überflutet bereits ihre Ufer und ein Städtchen in Namur steht vollständig unter Wasser. Infolge des neuen heftigen Regens befürchtet man ernstlichen Schaden. Die Schifffahrt auf der Maas mußte eingestellt werden, wodurch besonders die Kohlenausfuhr nach Frankreich schwer geschädigt wird.

Reichstag.

44. Sitzung vom Freitag, den 25. Februar, mittags 12 Uhr.

Am Bundesratsstisch: Dr. Delbrück. Die zweite Beratung des Etats für das Reichsamt des Innern

nebst den dazu gestellten Resolutionen wird fortgesetzt. Abg. Behrens (Wirtsh. Sp.): Kollege Hoch sagte gestern, bei der Börse zeige sich die Ausbeutung der Volksmassen in klarster Form. Als man aber hier die Börsenspekulation beschränken wollte, versagten die Sozialdemokraten (Sehr richtig! rechts), ebenso haben sie bei der Finanzreform der Besteuerung der Börse nicht zugestimmt. Das Arbeitsmittel der Sozialdemokratie ist die gesellschaftliche Produktion; die Verstaatlichung der Eisenbahnen liegt, wie Sie selbst zugestehen, auf diesem Wege, aber da schlagen Sie wieder über Unfreiheit der Arbeiter. Wir glauben nicht daran, daß es bei einer gesellschaftlichen Produktion besser wird, vor allem nicht für den Arbeiter. (Sehr richtig! rechts.) Wenn Herr Hoch gestern sagte, daß sogar die am besten gestellten Arbeiter langsam verbürgern müssen, so ist das doch eine starke Uebertreibung. Gätten wirklich alle sozialpolitischen Maßnahmen keinen besseren Erfolg gehabt, so wäre das traurig; dann hätten übrigens auch die sozialdemokratischen Reden den Arbeitern nichts genützt. Uebertrieben ist es auch, wenn die Sozialdemokraten behaupten, die Regierung hänge vom Zentralverband der Industriellen ab. Es ist auch nicht richtig, daß die Regierung auf Arbeiterkongressen nicht ebenso gut erscheint wie auf Kongressen der Unternehmerverbände und im Landwirtschaftsrat; auf dem Kongress der christlich-nationalen Arbeiter in Berlin war sowohl der jetzige Reichsminister als der Staatssekretär des Innern erschienen. Aber dafür wurden wir von den Sozialdemokraten verhöhnt; statt dessen sollten die Sozialdemokraten sich bessern und es uns gleich tun. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Für die Privatbeamten wünschen wir möglichst rasch eine Verbesserung; es ist nicht richtig, daß die bürgerlichen Parteien das nicht ernstlich wollen, wie gestern Herr Hoch behauptete. Wenn wir die Vorlage haben werden, werden gerade die Sozialdemokraten Schwierigkeiten erheben. (Sehr richtig! rechts.) Redner begründet dann die von seiner Partei eingebrachte Resolution, welche die Bekämpfung der Schmutz- und Schundliteratur verlangt. Zum Schluß bittet er um eine Regelung der rechtlichen Lage der Gärtner. (Dravo! rechts.)

Staatssekretär Dr. Delbrück:

Die weit der Kampf gegen die Schmutzliteratur durch Aenderung der Gesetzgebung zu führen ist, wird gegenwärtig noch ermogelt. Fast noch wichtiger ist eine Organisation der polizeilichen Ueberwachung der Schmutzliteratur. Um eine internationale Ueberwachung herbeizuführen, wird im Laufe dieses Jahres in Paris ein internationaler Kongress stattfinden. Die schwierige Frage der Regelung der rechtlichen Stellung der Gärtner werde ich fördern, soweit das in meinen Kräften steht.

Abg. v. Liebert (Sp.):

Die jedes Jahr in der Halle der Wiederholungen wiederkehrende Resolution der Sozialdemokraten über eine Beschränkung der Arbeitszeit in der Glasindustrie nimmt auf die Bedürfnisse der Industrie keine Rücksicht. Die hier nicht vertretenen Glasindustriellen haben mich gebeten, hier für sie einzutreten. Die Glasarbeiter haben genug Zeit zur Erholung; in der Umgebung der Glashütten sind die Jagden häufig von Glasarbeitern gepachtet, die genügend Zeit haben, auf die Jagd zu gehen. (Hört! hört! rechts.) Die Gefahren beim Arbeiten in den Glashütten sind nicht größer als in anderen Betrieben. Die Unfälle werden meistens durch das eigene Verschulden der Arbeiter herbeigeführt. Die Löhne sind gestiegen, die Zahl der Arbeiter hat sich vermehrt. Ein Vorgehen des Bundesrats gegen die Glashütten ist nicht notwendig, da die Berichte der Gewerbeaufsichtsbeamten feststellen, daß die gesundheitlichen Gefahren in der Glasindustrie nicht größer sind als in anderen Industrien. Leider werden die Schutzvorschriften von den leichtsinnigen Arbeitern häufig nicht beachtet. Wird am Sonntag nicht gearbeitet, so würden die Arbeiter 1/2 ihres Wochenlohnes verlieren, wird die Nachtarbeit verboten, so verlieren die Arbeiter 1/2 ihres Lohnes. Das werden die Arbeiter selbst nicht wollen. Würde der Antrag Gesetz, so müßte die Verleihschaft um die Hälfte vermehrt werden. Das würde eine große Mehrbelastung für die Industrie herbeiführen zu ihrem und der Arbeiter Ruin. Schon jetzt leidet die deutsche Tafelglasindustrie schwer unter der Konkurrenz des Auslandes, so daß sie keine Mehrbelastung er-

Kleines feuilleton.

Der Flora-Sachverständige. Man muß es den Bodemännern lassen, sie verstehen sich zwar nicht auf die Methode, eine objektive Untersuchung anzustellen, aber auf die andere, die Welt zu täuschen. Sie handeln offenbar nach dem Grundsatz: sind wir schon selber reingefallen, so ist es unsere Pflicht, auch die anderen reinsinken zu lassen.

In den „amtlichen Berichten“ war schon vor Wochen die offenkundige Unwahrheit zu lesen: „Inzwischen hat sich auch die völlige Unzuverlässigkeit der Juristen aus Southampton, deren Prüfung auf ihre Ursachen und Urheber von Deutschland aus unmöglich ist, ergeben... Keineswegs brauchen wir uns aber noch darum zu kümmern, nachdem die Gutachten der Sachverständigen diese Zeugnisse für die Autorschaft des alten Lucas als falsch erwiesen haben.“ Man traute seinen Augen nicht, als man das las. Denn in Wahrheit war durch nichts, rein gar nichts die Unzuverlässigkeit der englischen Juristen erwiesen. Und als unmöglich hatte sich nur das Verfahren des Herrn Pöffe erwiesen, einen Mann zu produzieren, der englischer und auch andererseits sich eines ablenkenden Mundes erfreut.

Wenden die Sachverständigen oder richtiger: ein Sachverständiger: Professor Raehmann, der in seinem Gutachten „bewiesen“ hatte, daß die Bemalung der Florabüste Techniken und Farben aufweise, die für die Renaissancezeit charakteristisch seien und in neuerer Zeit nicht mehr vorkämen. Wir hatten logisch darauf hingewiesen, daß damit gar nichts bewiesen sei, da Lucas nachweisbar sich aller Techniken bedient habe. Aber das Kaiser-Friedrich-Museum war über diesen Sachverständigen hochentzückt und läßt ihn jetzt in öffentlichen Vorträgen paradiere. Berlin hatte eine neue Sensation, die gratis jedermann verabreicht wurde, der im R.-F.-Museum seine Visitenkarte präsentierte.

Herr Raehmann hat also seine Argumente öffentlich wiederholt und sich damit aufs ängstlichste klammert. Erstens weil er zu viel bewiesen hat. Denn nach ihm ist auch die Bemalung alt, die nach Prof. Nietzsch Gutachten 1890 noch nicht vorhanden war. Zweitens aber sind die angeblichen Renaissancefarben keineswegs auf diese Zeit beschränkt, vielmehr noch heute im Handel und auch die pseudo da resistance: die Drücke findet noch heute in der Färberei Verwendung.

Die Schlussfolgerungen des Prof. Raehmann sind also hin-fällig. Ob freilich die Drücke von Lucas herrührt oder den ge-wandten und in England mit Namen nachzuweisenden Restaurato-ren, die die Büste zuletzt hergerichtet haben, ist eine andere Frage. Vielleicht haben diese absichtlich altertümliche Farben verwendet — weil sie die Möglichkeit des Herrn Raehmann vorausahnten. Uebrigens hat ein „Kachmann“, der Wiener kunstgelehrte Theodor v. Primmel alle diese Dinge in der Wiener „N. Freien Presse“

tragen kann, wie sie der grundsätzliche Antrag der Sozialdemo-kraten auch zum Schaden der Arbeiter herbeiführen will. Dieser Antrag muß abgelehnt werden. Hier zeigt es sich wieder ein-mal, daß die bürgerlichen Parteien auch die Interessen der Arbeiter vertreten, während die Sozialdemokraten ein freventliches Spiel mit ihnen spielen. (Dravo! rechts.)

Abg. Koeren (Z.):

Die Unsitlichkeit unter der heranwachsenden Jugend hat einen bedenklichen Umfang angenommen; in der Hauptsache wird sie ver-anlaßt durch die Schmutzliteratur, durch unsittliche Bilder und Bücher, die die leicht erregbare Jugend zu sexuellen Verfehlungen und ge-heimen Kistern verleiten. Die schwere Gefahr, die der literarische Schmutz bedeutet, wird von keiner Seite mehr verkannt. Hat doch die liberale Bürgerchaft Hamburgs mit Mehrheit eine Resolution beschloffen, die eine neue Leg. Heinze ver-langt. Die „freie Stadt“ Hamburg steht gewiß nicht im Verdacht reaktionärer Verstellungen. In diesem Falle rührt der Antrag aber direkt von der liberalen Partei her, ist von einem liberalen Bürgerchaftsvertreter begründet worden. (Rebner verteidigt diese Begründung und erklärt sich vollkommen mit ihr einverstanden!) So notwendig eine Verschärfung der §§ 184 und 184a wäre, würden die schlimmsten Schäden sich doch schon beseitigen lassen, wenn der vorhandene § 184 scharf angewendet würde. Aber leider zeigen unsere Gerichte eine Vagheit und Jagdsuchtigkeit, die der Unsit-lichkeit geradezu Vorschub leisten. Auch unsere sonst so schneidigen Staatsanwälte sind hierin von kaum glaublicher Lässigkeit.

Bei der Leg. Heinze war trotz der Obstruktionstimmung das Haus sich einig darin, daß die öffentliche Anpreisung von Präservativen und Mitteln zur Verhinderung der Schwangerschaft verboten werden müsse. Jetzt ist das ganze Land geradezu übersättigt damit, in jedem Friseurladen, in jedem Drogerladen hängen die Plakate offen am Fenster, und die Reklame verfehlt ihre Wirkung nicht. Die Geburtsziffer ist in Deutschland rapide im Abnehmen.

Die sogenannten Altbilder werden von den Gerichten meistens freigegeben und dürfen an Personen jeden Alters verkauft werden. Ich habe solch freigegebene Bilder hier vorgelegt, und jeder, der sie gesehen hat, hat mir zugestimmt, daß es empörend sei, daß solche Sachen frei verbreitet werden können.

Bei vielen Gerichten ist es Brauch, in allen Fällen, wo es sich um eine Verletzung des § 184 handelt, dem Angeklagten zu gestatten, daß von ihm Künstler oder Literaten geladen und als sogenannte Sachverständige vernommen werden. Was solche Gutachten eigentlich sollen, ist mir nicht verständlich. Es handelt sich doch darum, ob das sittliche Volksempfinden verletzt worden ist, und zum Urteil darüber ist jeder sittlich fühlende Mensch berufen, einerlei, ob es sich um ein künstlerisches oder nichtkünstlerisches Nachwerk handelt. (Sehr wahr! im Zentrum.) In diesem Sinne haben sich auch Künstler wie Hans Thoma und Prof. Stud in München ausgesprochen. Die Zuziehung von Sachverständigen hat sich allgemach zu einem wahren Anflug ausgewachsen. Offen verkündigen Sachverständige den Grundsatze sexueller Jügellosigkeit, das Recht der erotischen Phantasie auf Befriedigung. Was helfen alle Gesetze, wenn fortge-geht auf Grund solcher Sachverständigenurteile ungeheuerliche Frei-sprechungen erfolgen? Gerade die, die eine Wiedereinbringung der Leg. Heinze fürchten, sollten gegen diesen Sachverständigenflug auf-treten. Die wahre Kunst hat nichts zu fürchten von Ueberehr-mregeln gegen Schmutz und Unsitlichkeit. Sollte aber auch wirklich hiebei oder jener Künstler unter solchen Maßnahmen zu leiden haben: die Gesundheit der deutschen Jugend ist wichtiger als die Kunst. (Dröhnender Beifall rechts und im Zentrum.)

Abg. Wachsmuth (natl.):

Die wüsten Hege des Bundes der Landwirte (Unruhe rechts, lebhafteste Zustimmung links) entblößen sich nicht, die Tatsachen auf den Kopf zu stellen. Die Wanderredner aus der Dessauer Straße machen die Nationalliberalen für alles verantwortlich, was es Liebes auf der Welt gibt, nächstens wohl auch für den Sündenfall. (Schall. Hrt.) Der Abg. Dietrich hat hier neulich den Grundsatze aufgestellt, man solle nicht auf Aeußerungen zurückgehen, die über zehn Jahre alt sind. Herr Dietrich sollte sich das merken. Man könnte sonst auch seinen Aeußerungen nachgehen und würde darunter unter anderem auch einen beim Viere gefallenen Anspruch finden, daß er, Herr Bach, hoffe, noch einmal der Reichsführer Bismarcks zu werden! (Stürmische, minutenlange Heiterkeit im ganzen Hause.) Der Bund der Landwirte mag früher seine Verdienste gehabt haben, (Hoh! rechts.) jetzt ist seine Agitation wieder so, wie sie der frühere Minister v. Hammerlein charakterisiert hat, nämlich gemein. (Reb. Just. links, Lärm rechts.) Die Agitation des Bundes der Landwirte ist derart verheerend, daß die Agitation der Sozialdemokraten im Vergleich dazu hoch anständig ist. (Rebhafteste Zustimmung links, wüthender Lärm rechts.) Wir verlangen von der Regierung, daß sie dem

längst dargelegt. Er schreibt wörtlich: „Durch den Nachweis von Orseille, einem Farbstoffe, der wie ohnedies längst bekannt, aus Flechten bereitet wurde und noch bereit wird, ist für die Ent-deckungzeit der Florabüste nichts bewiesen. Aber andere Tat-sachen, die noch nicht genug allgemein bekannt sind, haben für die Altersbestimmung der Flora beweisende Bedeutung. Hier gehört die wissenschaftliche Begutachtung der Stoffe, die bei der Öffnung der Büste vorgefunden worden sind. Ein Fachmann ersten Ranges, Cecil Smith vom Victoria- und Albert-Museum in London, hat diese Stoffe genauestens untersucht und für Ergänzungen aus den ersten Regierungsjahren der Königin Victoria erklärt.“

Das Kaiser-Friedrich-Museum hat eine große Portion von Ver-legenhypothesen verbraucht, von denen es selbst keine mehr aufrecht erhält. Auch der Verbrauch an wissenschaftlichen Renommees ist ein erheblicher und bedauerlicher. Ob Prof. Raehmann das letzte Opfer ist?

Theater.

Charlottenburger Schillertheater: „Egmont“ von Goethe. Die Aufführung verdient den rauschenden Beifall, mit dem das bis auf den letzten Platz gefüllte Haus am Schluß dankte. Herrn Paeschke's Egmont war eine Leistung, die an jeder ersten Bühne in Ehren bestanden hätte. Der Darsteller hat in den Jahren, seit er dem Schillertheater angehört, eine überraschende Entwicklung durchgemacht. Die Maniertheit, die seinem Spiele früher anhaftete, die Neigung zu gewissen stereotypen Effekten in Ton, Gebärde und Haltung ist allmählich bis auf die letzten Spuren ausgemergelt und überwunden; Körper und Organ zu voller Sammelkraft und Freiheit fortgebildet. Die so er-worbenen Mittel gehören sicher jeder Intention. Das Wesen des Goethischen Egmont — sonjonne Lebensfreude spielender Leichtigkeit im Bunde mit kühner Kraft und Fassung, kam ohne Zwang, natürlich — selbstverständlich, im Wilde, das der Schau-spieler entwarf, zum Ausdruck. Man hätte, welchen Zauber diese harmonische Persönlichkeit bei allen ihr als politischem Charakter anhaftenden Fehlern auf die Umgebung ausüben mußte. Die An-nut im Glanz und die dem Tode trogende, am Gedanken des großen Freiheitskampfes sich erhebende Würde des Gefürzten und Ein-gelerkerten verschmolzen hier so überzeugend zu einem Ganzen, daß man die Traumapotheke die dem sorglosen Zauderer zum Freiheitshelden stempelt, kaum mehr als dichterische Uebertreibung empfand. Von den kleineren Rollen verdienen namentlich Patzegg's Alva, Verhards Dracien, Hedwig's Panth's Regentin und Johann Wolf in der Figur von Märchens Mutter Erwähnung. Das Märchen des talentvollen Frankens Eise Baum-bach wurde nach meinem Empfinden durch einige Duettschritte, ein allzu starkes Dehnen und Unterstreichen beeinträchtigt. Die treffliche Inszenierung der großen Rollenspiele im ersten Akt und die De-klarationen bildeten einen farbigen stimmungsvollen Hintergrund.

Deutschen Bauernbund sich objektiv gegenüberstellt, daß sie unserer Bewegung keine Hindernisse in den Weg legt. Viele sind unter uns, die den Anschluß nach rechts nicht ganz verlieren möchten, aber on canaille lassen wir uns nicht behandeln, und wir werden zu kämpfen wissen für unseren politischen Einfluß und für unsere politische Würde. Und damit: adieu, meine Herren! (Reb-haftester Beifall bei den Liberalen, Lärm und Lachen rechts.)

Abg. Dr. Hahn (L.):

Wenn ich diese Rede höre, so habe ich gemischte Gefühle, denn ich bin gewissermaßen daran schuld, daß der Redner hier im Reichs-tage sitzt. (Heiterkeit rechts.) Genau so, wie ich daran schuld bin, daß Dr. Böhm hier sitzt. (Lachen links.) Herr Wachsmuth, der sich sogar mit mir hat fotografieren lassen, (Stürmische Heiterkeit.) hat mir draußen in der Agitation vorgeworfen, ich läge dem Zentrum zu Füßen. Ich fragte ihn: warum? Da sagte er, ich ginge im Reichstage sehr häufig mit Herrn Erzberger zusammen spazieren. (Große Heiterkeit.)

Redner verteidigt die Pöhl-Rufe im Zirkus Busch: Mit Recht habe man über die Strahledemonstrationen Pöhl gerufen, (Lautes Lachen bei den Sozialdemokraten) zumal die Führer sich ver-trieben. (Lautes Lachen bei den Sozialdemokraten.) Ueber die neueste Entwidlung der Nationalliberalen sagen selbst alte National-liberale: Pöhl! (Sehr richtig! rechts.) In Wilhelm-Wipperführer haben die Nationalliberalen die Parole ausgegeben: keine Stimme dem Zentrum! (Hört! hört! rechts und im Zentr.) Ich gratuliere Ihnen zu dieser Entwidlung. (Lautes Gelächter links.) Das kann ja bei den nächsten Wahlen schon werden! (Heiterkeit.) Die Nationalliberalen haben oft genug die Nation und auch den Liberalismus im Stich gelassen. (Sehr wahr! rechts.) Das Zusammengehen mit der Sozialdemokratie ist der Tod des Liberalismus. Wenn schon einmal geschimpft wird, dann vertritt die Sozialdemokratie dies viel besser. (Rebhafteste Zustimmung rechts und im Zentrum.) Bei den letzten Wahlen haben wir 84 Nationalliberalen zum Mandat verholfen. Wachen Lappen haben wir dafür hergegeben. (Stürmische Heiter-keit.) Ob wir das noch in Zukunft werden tun können, das ist mehr als zweifelhaft. Wir sehen der Zukunft mit gutem Gewissen entgegen. (Rebhaftester Beifall rechts.)

Abg. Gohsain (fr. Sp.):

Zur Sache hat der Vordredner sicher nicht gesprochen. Das Niveau, auf dem seine Ausführungen sich bewegten, war ein pro-fessorales — allerdings das des Professors Suchland. (Sehr gut! links.) In den Dahnentamp um die Bauernseelen (Große Heiterkeit) will ich mich nicht einmischen. — Das Wahlergebnis hat in weit höherem Maße unter der Mangelhaftigkeit der Urnen ge-litten als der Staatssekretär zugeben will. In meinem Wahlkreis zum Beispiel ist mit der Ligarrenliste und der Suppenterrine fürchterlicher Unflug getrieben worden.

Reinlich, lächerlich und geradezu sinnlos ist die Furcht der Regierung davor, daß Sozialdemokraten irgendwie in autoritäre Kontrollen-urum-Stellungen kommen. Ganz im Gegenteil sollte man sich über jeden Sozialdemokraten freuen, der zur praktischen Arbeit gezwungen ist und daher um so weniger Zeit zum Agitieren hat.

Man sagt, Kollege Spahn habe seit Jahren einen Kartellgeset-entwurf fertig im Schubkasten liegen. Weiter Herr Kollege Spahn, so lassen Sie sich doch erweichen und öffnen Sie Ihren wunderbaren Schreibtisch! (Große Heiterkeit.) Nach unserer Meinung gibt es nur ein Mittel gegen die Schäden der Kartelle, und das ist die freie Konkurrenz. Hier kann auch der Staat in seiner Eigenschaft als Werkzeigentümer eingreifen, aber! beim Maß z. B. und anderswo sehen wir das Gegenteil. (Sehr richtig! links.)

Die Nationalliberalen tragen selbst die Schuld, daß Dr. Hahn hier sitzt. Hoffentlich kommt das nicht wieder vor. (Heiterkeit.) Die braunen Lappen, mit denen der Bund der Landwirte national-liberale Wahlen unterstützte, stammen vom Kaliberlauf (Widerpruch rechts); die kleinen Landwirte, die Mitglieder sind, zahlen sie doch nicht! (Zuruf rechts: Vetter rechnen!) Ich rechne schon sehr gut, aber Ihnen ist es unangenehm, daß ich Ihnen Dinge nachrede, die Sie schon gern im Dunkeln lassen. (Sehr gut! bei den Freisinnigen.) Der Ton, der sich bei den erstklassigen Wählern im Zirkus Busch gezeigt hat, beweist, wie weit diese Herren von Bildung entfernt sind; einen ähnlich rohen Ton habe ich in Volksversammlungen nirgends getroffen, außer in antisemitischen Kreisen. (Zuruf rechts: Und in liberalen!) Wenn bei uns einmal eine Entgleisung vorkommt, verurteilen wir das. Sie aber spenden tosenden Beifall. Und je gemeiner geschimpft wird, um so größer ist der Beifall. (Zustimmung bei den Freisinnigen.) Edel-mann und Junker sind keineswegs identische Begriffe, der Junker ist eine besondere Art, und die gelehrten Junker sind noch schlimmer

Humor und Satire.

Aufbruch!

Und der Herr Staatsanwalt öffnet seine Redepalte: „Aufbruch!“ sagt er, „ich plädiere Zuchthaus.“ sagt er. „Diese Tiere nagen an der Erde Wurzeln, und der Thron geht lachend purzeln, welches kein Verbrechen ist. Außerdem und überdies ist der Rädelbeldinquant als ein Redakteur bekannt, der mit aufgeregtem Schwung lästert die Vegetation. In dem Zuge schob die Nase er mit wüthiger Empfindung; dieses Zeichen spricht für sich und ist rothenfährlich. Endlich, als der prächtige Schuhmann diesem niederknirschigen Schmutzmann diesen Stolz vom Deese schor, kam sein Widerstand hervor: wackeln tat er mit dem Ohr. Darum Zuchthaus. Denn das Töten ist uns leider hier verbot.“ Sagt er, und der Kaiser jodelt ihm, als er den Speech gequaddelt, und die große Futterla-ke klappert zu.

Hans Kautz.

Notizen.

— Björnson, den ein großes Wiener Blatt bereits vor 14 Tagen hatte sterben lassen, um nur nicht mit seinem Nekrologe zu spät zu kommen, hat sich in wunderbarer Weise erholt. Nach Pariser Nachrichten ist sogar zu hoffen, daß der Dichter in einiger Zeit wieder literarisch tätig sein kann.

— Neues von den Kometen. Der Halleische Komet ist von Professor Wolf in Heidelberg am 9. Februar bereits mit bloßen Auge gesehen worden, zum ersten Male in dieser Erscheinung. Von dem Johannesburger Kometen werden jetzt bessere Beobachtungen bekannt. Sollte der Komet eine ähnliche Helligkeit vor der größten Annäherung an die Sonne wie nachher, so wäre er schon im November entdeckt worden. Damals war er unter sonst sehr günstigen Beobachtungsbedingungen, denn er ging erst 2 1/2 Stunden nach der Sonne unter. Wolf in Heidelberg hat den Kometen photographiert. Damals besaß der Komet am 31. Januar eine Schweiflänge von 120 Millionen Kilometer.

als die geborenen. (Heiterkeit und Sehr gut! Bei den Freisinnigen.) Die Junker treiben die schlimmste Demagogie und schüren allgemeine Interessen vor, wenn sie ihre eigenen Interessen wollen. (Abg. Reich: Das zu sagen, ist sehr vornehm.) ... abzurufen ist es, sich mit Allgemein-Interessen zu drapieren, um Portemonnaie-Interessen wahrzunehmen. (Lebhafte Zustimmung links.) Die Junker hat der Freiheit von Stein schon vor mehr als hundert Jahren gekennzeichnet als die Klasse von Leuten, welche alle Rechte haben wollen, sich aber immer drücken, wenn es sich darum handelt, die Lasten für den Staat zu tragen. Es ist an der Zeit, daß das deutsche Volk der Herrschaft dieser Leute ein Ende bereitet. (Lebhafte Bravo! bei den Freisinnigen.)

Abg. Dr. David (Soz.):

Der Abg. Noeren hat sich heute über sein Lieblings Thema verbreitet. Er meinte, wir seien alle einig im Kampfe gegen unrichtige Schriften und Bilder. Gewiß. Aber er täuscht sich, wenn er glaubt, wir seien auch einig mit ihm in der Auffassung, was unrichtig in Bild und Schrift sei. Seine Begriffe von dem, was unrichtig auf diesem Gebiete ist, sind ganz andere als die unseren, und wenn er über die Richtigkeit der Staatsanwälte sagt, so macht uns das erst recht vorsichtig. Wie finden die Staatsanwälte keineswegs lässig. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Das sittliche Empfinden des Herrn Noeren ist nicht das allgemeine. Wenn das gerechte Gefühl von Südbatären schon Anstand nimmt an den entsetzlichen Verbrechen von Schulmördern, so ist das ein krankhaftes Empfinden (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten), von dem das sittliche Volksempfinden nicht weiß. Wir wollen das Schöne unbesungen betrachten und uns nicht in die Empfindung jemandes verlegen, der durch ein Kilo in ein Damenbad geht. (Heiterkeit und Sehr gut! links.)

Herr von Liebert hat gegen unseren Antrag gesprochen, der die Arbeitsverhältnisse in den Glashütten

bessern will. Er meinte, mit solchen Anträgen treibe die Sozialdemokratie ein freies Spiel. Auf die Arbeiter machen solche Worte keinen Eindruck. (Sehr wahr! bei den Soz.) Die Arbeiter wissen, daß unsere Entwürfe den Erfahrungen und den Wünschen der Arbeiter selbst entsprechen. Auch Herr Karstens irrt, wenn er meint, wir hätten die hygienischen Forderungen fallen gelassen, weil sie in dem Entwürfe nicht wieder stehen; sie sind deshalb in den Antrag nicht aufgenommen, weil sie gegenwärtig im Bundesrat zur Erwägung liegen.

Der Staatssekretär warf uns vor, wir wollten mit unseren Anträgen in einem jähen Sprunge zu ganz neuen Verhältnissen kommen. Deshalb könne man auch mit uns nicht arbeiten. Wenn Herr Willow solche Behauptungen tat, so billigte man ihm mildernde Umstände zu, denn er wählte von diesen Dingen nichts und hatte nie einen sozialdemokratischen Antrag in der Hand gehabt. (Heiterkeit.) Wenn aber der Staatssekretär im Reichsamt des Innern sich dieses Urteils zu eigen macht, so müssen wir ihn doch auffordern, sich unsere Anträge näher anzusehen. Dann wird er finden, daß wir keineswegs mit einem jähen Sprunge in ideale Zukunftsverhältnisse wollen, sondern daß wir nur Dinge fordern, die

heute schon durchführbar

sind. Aber der Staatssekretär Dr. Delbück nennt eben „utopisch“ und „unausführbar“, was die preussische Regierung nicht ausführen will. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) So haben wir die Einrichtung von Baukontrollleuten verlangt, die in einzelnen Bundesstaaten schon besteht. Aber die preussische Regierung will sie nicht, und deshalb sagt der Staatssekretär: die Sozialdemokratie verlangt zu viel, mit der kann man nicht arbeiten!

Sehr gewundert hat es mich, daß Herr Wehrens es für richtig hielt, in dieser Sache an die Seite des Staatssekretärs zu springen.

### Die Krise und die freien Gewerkschaften.

Ihm geht es offenbar auch zu schnell mit den sozialpolitischen Anträgen, und er muß die preussische Regierung noch darin bestärken, nur ja recht langsam vorzugehen. Das ist eine eigenartige Methode, den Arbeiterinteressen zu dienen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Herr Wehrens hat noch weiter eine wunderbare Logik zutage gefördert. Anknüpfend an die Behauptungen des Abg. Hoch über die Not der Arbeiter meinte er, damit gäben wir ja zu, daß die vierzigjährige Tätigkeit der Sozialdemokratie nichts erreicht habe. Eine seltsame Logik! Die sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaften haben in ihrer vierzigjährigen Tätigkeit Erfolge zu verzeichnen, die zumhoh über denen der christlichen Organisationsen stehen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Unsere Erfolge liegen in der Gesetzgebung und sind in den Akten dieses Hauses verzeichnet. Daß gleichzeitig durch die agrarische Wirtschaftspolitik die Lebensmittel auf der ganzen Linie ungeheuer in die Höhe getrieben sind, ist eine Sache für sich. Diese Wirtschaftspolitik hat in der Tat einen großen Teil der für die Arbeiter erreichten Erfolge wieder zunichte gemacht. Und Herr Wehrens und seine Leute haben wieder dazu beigetragen. Sie sind mit schuld, daß die höheren Geldlöhne nicht gleichbedeutend sind mit besserer Ernährung. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Der Staatssekretär wies weiter darauf hin, daß Deutschland die Krise leichter überstanden habe als andere Länder. Wenn es der Fall ist, so hätte er auch daraus etwas lernen können, ein großes Verdienst daran gebührt nämlich den gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen! (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Im Jahre 1908 haben die freien Gewerkschaften, die sie so gern „sozialdemokratisch“ nennen, an Arbeitslosenunterstützung 8,13 Millionen Mark ausgezahlt! In dieser einen Zahl haben Sie schon die ungeheuer segensreiche Wirkung der Gewerkschaften, zumal in den Zeiten der Krise. Weiter haben die Gewerkschaften an arbeitsunfähige Kranke in diesem Jahre noch einmal 8 470 000 M. gezahlt, und das Bild wird noch lehrreicher, wenn Sie noch die fast zwei Millionen hinzusetzen, die als Reiseunterstützung an Arbeitslose ausgezahlt sind. Zusammen sind in diesem einen Jahre somit an Arbeitslose

18 500 000 M.

gezahlt! Dieser Tatsache gegenüber müssen alle Anklagen und jede Kritik der gewerkschaftlichen Organisationen platt zu Boden fallen (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten) und die Regierung sollte etwas mehr Respekt vor der Tätigkeit der sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung bekommen und ihre Anträge nicht in der Weise zu diskreditieren suchen, wie es der Staatssekretär getan hat. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Der Staatssekretär hat dann behauptet,

die Wirtschaftspolitik,

die die Regierung getrieben vom Bund der Landwirte, eingeschlagen habe, habe uns keine Schwierigkeiten bei den Handelsverträgen gemacht. Ich wundere mich über diese Behauptung zu einer Zeit, wo tagtäglich Schwierigkeiten auf diesem Gebiete erwachsen. Jetzt ist ja gerade das Abkommen mit Kanada aktuell, und die „Deutsche Tageszeitung“ hat einen sehr scharfen Artikel dagegen gebracht! Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Eine Folge dieser agrarisch-schutzpolitischen Wirtschaftspolitik ist die

geradezu ungeheuerliche Steigerung der Bodenpreise.

Die preussische Statistik über die Domänenverpachtung gibt dafür unwiderlegliche Belege. 28 Domänen, die 1903 447 000 Mark brachten, brachten 1909 401 000 M., also 44 000 M. mehr; 27 Domänen, die 1902 582 000 M. brachten, brachten 1909 64 800 M. mehr. Also eine Steigerung um 12 Prozent! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Diese Wirtschaftspolitik, die angeblich im Interesse der Arbeitsbauern eingeschlagen ist, führt zur Vergrößerung der Grundbesitzer und zur Steigerung des arbeitslosen Einkommens aus dem Grundbesitz. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Was haben die Grundbesitzer von dieser Politik? Nichts, auch die neuen Käufer nicht, denn sie haben den Vorteil in dem höheren Kaufpreise bereits weggegeben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Von Kolleiten im Kreise der Großgrundbesitzer kann nicht die Rede sein, aber wirklich

### Kolleiten

sind vorhanden: die große Masse der nicht landwirtschaftlichen Bevölkerung, die unter der permanenten Brot- und Fleischsteuerung leiden muß! Wenn behauptet wird, es handle sich hier um eine Erbscheinung, die in der ganzen Welt anzutreffen sei, so ist das nicht richtig. Die einfache Tatsache, daß an jeder Grenze des Deutschen Reiches die Grenzdemokratie hindurchwandern, um billigeres Brot und Fleisch zu kaufen, wirt auch dieses Argument beiseite.

Am der deutschen Grenze

in der Nähe von Mey kostet das Pfund Schweinefleisch 1 M., in Frankreich 64 Pf. (Hört! hört! links.) Das Pfund Rindfleisch 64 bis 87 Pf., in Frankreich 56 bis 64 Pf., das Pfund Kalbfleisch 1 M., in Frankreich 72 Pf., das Pfund Speck 90 Pf., in Frankreich 48 Pf. (Lebhafte Hört! hört! links.) Diese außerordentlichen Differenzen weisen auf die Lebenshaltung der deutschen Bevölkerung verhängnisvoll ein. Ebenso sieht es mit den Brotpreisen. Ein Mann, der 12 Kinder hat, spart monatlich 18,44 M. bloß an Brot, wenn er sich sein Brot jenseits der deutschen Grenze kauft! (Hört! hört! bei den Soz.) Die agrarische Schutzpolitik ist für die Lebenshaltung des deutschen Volkes im höchsten Maße gefährlich und wirkt direkt kulturwidrig. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Die mühsam erzwungenen Lohnerhöhungen werden durch die Preis-erhöhungen der Lebensmittel mehr als weit gemacht. Bis weit in die Schichten des Mittelstandes erstreckt sich die Erhöhung der Lebenshaltung; darum sind ja auch überall die Beamtengehälter erhöht. Die kleinen Handwerker und Geschäftsleute erhalten keine Erhöhung ihrer Bezüge und diese Kreise leiden auf das allerchwerste unter der agrarischen Schutzpolitik.

Die Agrarier begründeten die Lohnerhöhung mit der Notwendigkeit der Erhöhung der

Landarbeiterlöhne!

Die Löhne sind erhöht, aber wie steht es mit den Landarbeiterlöhnen? Mein Parteikreis in Stadthagen hat hier oftmals Landarbeiterkontrakte vorgelegt, die eine deutliche Sprache reden. Ich habe hier einen Prospekt der Feldarbeiterzentrale. Da werden Landarbeiter offeriert zu 11 M. Wochenlohn bei zwölfstündiger Arbeitszeit einschließlich der Pausen! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Russische Wanderarbeiter werden offeriert für 6 M. Geld- und 3,20 M. Naturallohn. Also

Wochenlöhne von 9,20 Mark!

(Lebhafte Hört! hört! links.) Dabei wird der Lohn keineswegs sofort ausgezahlt, sondern 3 Mark wöchentlich werden zurück behalten für den Fall sogenannten Kontraktbruchs! Der wirkliche Kontraktbesitz ist zumeist der Großgrundbesitzer! (Sehr richtig! links.) In einem anderen Kontrakt wird das Nachtlohn der Wanderarbeiter mit 25 Pfennig in Rechnung gestellt! Daß es einmal zum Bruch zwischen

### Großgrundbesitz und Kleingrundbesitz

kommen würde, war vorauszusehen. Der Bund der Landwirte spricht jetzt zwar oft von der „Interessengemeinschaft zwischen Groß und Klein in der Landwirtschaft“. Mit dieser historischen „Interessengemeinschaft“ ist eine eigene Sache. 1848 machten die süddeutschen Bauern mit Mistgabeln und Dreschflegeln ihren Junkern die Hölle heiß. (Heiterkeit links.) Die kleinen Bauern, die zugleich Arbeitgeber und Arbeitnehmer sind und die im Südwesten die Masse der Landbevölkerung bilden, teilen die reaktionäre Döbner-Gewinnung nicht. Daß der Bauernbund zuerst in den städtischen Anbaugebieten ins Leben trat, ist erklärlich. Dort sind viele südlische und westliche Bauern mit angeborenen demokratischen Instinkten eingewandert, die mit Ingrimm und Verachtung sich in Staat, Provinz, Kreis und Gemeinde beieinträchtigt sehen. Insofern die Gründung des Bauernbundes aus der Erkenntnis des Interessengegensatzes zwischen Großbesitz und Kleinbesitz entsprang, ist das ja ein bedeutendes und erfreuliches Symptom.

Es ist ein Versuch mit unanglühlichen Mitteln und eine Durchführung der öffentlichen Meinung, wenn Dr. Hahn sagt, die Konservativen hätten die Erbschaftsteuer bekämpft im Interesse der Kleinbauern. Selbst der preussische Finanzminister v. Rheinbaben hat hier im Reichstage nachgewiesen, daß die Erbschaftsteuer 95 Proz. der Kleinbauern überhaupt nicht getroffen hätte. (Sehr richtig! links.) Die Konservativen haben die Erbschaftsteuer nur abgelehnt, weil sie, wie es im Zirkus Busch hieß, ihre heiligsten Güter schützen wollten. Das ist richtig und dabei mögen die Konservativen bleiben.

„Die heiligsten Güter“

aber hat Herr v. Döbner treffend

„das große Portemonnaie“

genannt. (Sehr gut! links.) Professor Suchland hat im Zirkus Busch die Verabschiedung der Reichsfinanzreform eine „nationale Tat“ genannt, hat gesagt, das Deutsche Reich sei neugegründet worden. (Heiterkeit links.) 1870 hat sich also wiederholt! (Erneute Heiterkeit links.) Es ist schon einmal etwas als nationale „Tat“ bezeichnet worden, an dem auch wir Sozialdemokraten mitgewirkt haben und das auch die allerhöchste Stelle, der Kaiser gepriesen hat: Die Copirischen Handelsverträge! Sie sehen, daß der Begriff „nationale Tat“ veränderlich ist.

Dr. Hahn hat gemeint, die Bevölkerung jubele ihm zu, wenn er sie über die Reichsfinanzreform aufkläre. Bisher haben wir nur gesehen, daß je mehr die Bevölkerung von der Reichsfinanzreform erfährt, sie desto mehr sozialistische Stimmen abgibt! (Sehr richtig! links.) Dafür haben wir die zahlenmäßigen Beweise. Wenn Sie glauben, Ihrer Landreise sicher zu sein, so haben Landesherg-Soldat und auch Eisenbahngesetz, daß das nicht der Fall ist. (Sehr richtig! links.) Wenn Sie glauben, daß unsere auffällende Arbeit Ihnen nichts schadet, warum bieten Sie dann alles auf, um uns zu verhindern, Versammlungen abzuhalten und Flugblätter zu verteilen? (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Sie beweisen eben, daß Sie

ein sehr schlechtes Gewissen

haben! (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Gar Feins!) Wenn Sie es schon wagen, im Zirkus Busch so unrichtige Tatsachen über die Finanzreform in die Welt zu schleudern, wie mag es dann erst aussehen, wenn Sie unkontrolliert sich unter Ihren Leuten befinden! Sie werden ihnen das Ganze vom Himmel herunter erzählen. (Heiterkeit und Zustimmung links.) Das geht aber alles nur eine gewisse Zeit, einmal hört der Glaube des Volkes auf.

Wir haben heute von Dr. Hahn gehört, welche Hoffnungen er in seiner Jugend hatte. Er hoffte, einmal Reichsfinanzminister zu werden. (Heiterkeit links.) Nun, er ist nicht mehr weit davon. (Erneute Heiterkeit links.) Es läßt sich überhaupt darüber streiten, wer eigentlich heute den größeren Einfluß hat: Dr. Hahn mit dem Bund der Landwirte oder Herr v. Bethmann Hollweg. (Sehr gut! links.) Wenn man den Reichsminister im stillen Kämmerlein fragen wollte, wem eigentlich der größere Einfluß zuzuschreiben sei, ich glaube, er würde sagen: dem Bund der Landwirte. Dr. Hahn ist zwar nicht Reichsminister, aber er ist Kanzlermacher und Kanzlerkürzer. (Sehr richtig! links.) Die Herren auf der Rechten mögen ja die Minister! Ohne ihren Willen kann in Preußen niemand Minister und niemand Ministerpräsident werden. Im Zirkus Busch wurde gesagt, es sei eine Beleidigung für den Fürsten Bismarck, wenn man sage, er sei von den Konservativen gestützt worden. Da haben wir den seltenen Fall, daß sich jemand selber beleidigt, denn Fürst Bismarck hat das selber behauptet! (Heiterkeit und Sehr gut! links.) Was

das Schicksal des Herrn v. Bethmann Hollweg

sein wird, weiß ich nicht. Ich glaube aber nicht, daß viele Werten auf ein langes Bestehen in Amte abgesehen würden. (Heiterkeit links.) Im Zirkus Busch hat man Herrn v. Bethmann Hollweg mit Ernst Moritz Arndt verglichen. Vielleicht sollte dieser Vergleich eine Drohung sein, die Drohung nämlich, daß das Schicksal des Herrn v. Bethmann Hollweg daselbe sein wird wie das Ernst Moritz

Arndts, wenn er nicht mehr die Geschäfte der Junker besorgt. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wenn Herr v. Bethmann Hollweg nicht das Schicksal seines Amtsvorgängers teilen will, dann kann ich ihm raten, die Taktik zu befolgen, die die „Adlische Volkszeitung“ empfohlen hat. Sie hat geschrieben, so offen dürfe man das nicht machen, das sei nicht vorständig von einem Staatsmann, man müsse mit schlauen Leuten arbeiten! (Hört! hört! links.) Ich kann Herrn v. Bethmann Hollweg nur raten, in die Schule des Zentrums zu gehen und etwas von diesen Meistern der Taktik zu lernen.

Sehr interessant waren die Ausfälle des Herrn Dr. Hahn auf unsere Straßendemonstrationen.

Ausgerechnet Herr Dr. Hahn mußte diese Ausführungen machen, der seinerzeit die Straßendemonstrationen gegen den Fürsten Bismarck entzündet hat! Bismarck war auch das eine Vorbild für den künftigen Reichsfinanzminister. (Heiterkeit links.) Ich will nicht wünschen, daß Dr. Hahn einmal an gebrochenem Ehrgeiz stirbt, und ich hoffe, daß es ihm nicht so gehen wird wie seinem französischen Namensvetter, als er merken mußte, daß die Macht seiner Stimme doch nicht ausreichte. (Große Heiterkeit links.) Dr. Hahn hat bei dieser Gelegenheit gesagt, wir seien nur die Drahtzieher, wir blieben im sicheren Hinterhalt, um nicht mit den Schülern in Verbindung zu kommen. Diese Behauptung ist ebenso unrichtig wie albern; sie charakterisiert sich als eine Bemerkung, die alle unabhängigen Leute in diesem Hause beurteilen müßten. (Heiterkeit und Sehr gut! links.) In dem Vorwurf der Feigheit gegen uns hat Dr. Hahn zu allerletzt ein Recht.

Sie wollen dem

Kleinbauern

helfen durch eine künstliche Erhöhung der Preise. Der Weg ist ganz verkehrt. Wir wollen ihm helfen durch eine Verbilligung seiner Produktion. Wenden Sie nach Dänemark, wo keine Schutzzölle bestehen, wo aber die Futtermittel billig sind und die Landwirtschaft deshalb so leistungsfähig ist, daß sie auf dem zollfreien Londoner Markt jede Konkurrenz schlägt. (Hört! hört! links.) Die Folge einer künstlichen Verteuerung der Produktion ist eine Einschränkung des Konsums. Während der aufnahmefähige Markt sich ausdehnt, engen Sie ihn künstlich ein! Dazu kommt, daß die große Masse der nicht landwirtschaftlichen Bevölkerung dadurch, daß man sie zwingt, Hunderte von Millionen mehr auszugeben für Brot und Kartoffeln, nicht in der Lage ist, diese Summe auszugeben für bäuerliche Qualitätsproduktion, für Milch, Eier, Obst und Fleisch.

### Die sozialdemokratische Bauernpolitik

geht den umgekehrten Weg. Sie lehnt eine künstliche Preis-erhöhung ab, aber sie erstrebt

Verbilligung der Produktion und Hebung der Konsumkraft der breiten Massen des Volkes.

(Beifall bei den Sozialdemokraten.) Beim Schnaps haben wir Sie ja ins Verz getroffen. Bekanntlich hat unser Leipziger Parteitag den

Branntweinbottel

bekannt. Jetzt liegt die Statistik über den Branntweinverbrauch vom 1. Oktober 1909 bis 31. Januar 1910 vor. In diesen vier Monaten wurden umgekehrt 1907 bis 1908 854 000 Hektoliter Trinktbranntwein, 1908/09 803 000 Hektoliter und 1909/10 577 000 Hektoliter! (Lebhafte Bravo! bei den Sozialdemokraten.) Da haben Sie die Wirkung! Der Umsatz von Trinktbranntwein ist um 286 000 Hektoliter zurückgegangen, oder um 33,1 Proz.! Um ein volles Drittel haben wir den Schnapsgenuss eingeschränkt können! (Wiederholter Beifall bei den Sozialdemokraten.) Dafür müssen Sie uns eigentlich dankbar sein, wenn Ihnen wirklich die Gesundheit des Volkes und der Kulturfortschritt am Herzen liegt. Der Rückgang des Schnapsgenusses ist eine außerordentlich erfreuliche Erscheinung. (Sehr richtig! links und rechts.) Auch die Konservativen rufen Sehr richtig! woraus aber nicht geschlossen werden darf, daß dies die wahre Meinung der Rechten ist. Vor Inkrafttreten der neuen Steuer hielten die Brennerinteressenten im „Rheingold“ die bekannte Versammlung ab, wo Prof. Max Delbrück auftrat und ausführte, das Brennereigewerbe habe sich bisher auf dem Standpunkt gestellt, daß es nicht seine Aufgabe sei, für den Absatz von Trinktbranntwein einzutreten. Es habe das gewissermaßen unter seiner Würde gefaßt. Dieser Standpunkt müsse aber mit Rücksicht auf die neuen Steuern und auf die Abstinenzbewegung aufgegeben werden! (Lebhafte Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Schnapsbrenner seien entschlossen, international gegen die Abstinenten vorzugehen! (Erneute Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Eine neue Internationale! (Heiterkeit.)

### Die Schnapsinternationale,

geführt von den ostbaltischen Junkern! In jener Versammlung wurde auch eine Zentralkommission beschlossen, die alle Behauptungen der Abstinenten zu prüfen hat und durch die Presse dagegen wirken soll. Beifall war die Versammlung von den „Besten und Besten der Nation“. Zugewogen waren: Eine Erzherzogin, 8 Grafen, 4 Freiherren und 31 einfache Adlige. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ich meine:

das genügt!

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ruher bei einigen Garderegimentern scheint ein preussischer Adliger keine andere standesgemäße Beschäftigung zu haben als Schnapsbrenner zu sein. Auf dieser kulturverderbenden Versammlung, die den Kampf gegen die Abstinenzbewegung und für den Schnapsgenuss eröffnete, waren natürlich

auch die Herren von der Regierung vertreten.

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Es waren erschienen: Ministerialdirektor Dr. Thiel, Geh. Oberfinanzrat Joeden, Geh. Reg.-Rat Doenich, Geh. Reg.-Rat Hahn, Geh. Reg.-Rat Herr v. Falkenhansen, Geh. Oberreg.-Rat Prof. Dr. v. Verska und Reg.-Rat Dr. Appel. (Lebhafte Hört! hört! links.) Ich meine:

das genügt!

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Man sieht das Interesse der Regierung für dieses „Kulturwert“, und wir gönnen den Herren von der Regierung, daß sie den Ruhm mit den Schnapsbrennern teilen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Wir haben von jeher nicht nur durch Worte, sondern durch Taten bewiesen, daß wir das Wohl des Kleinbauern wollen: Wir sind immer eingetreten für die Hebung der Volks- und Fachbildung, für den Ausbau der Volksschule auf dem Lande, wir haben in den Landtagen alles bewilligt, was darauf abzielte, den Kleinbetrieb zu entwickeln und technisch zu veredeln, wir haben alles bewilligt zur Verbesserung der Landeskultur, des Ackerbaues, der Viehzucht, des Weinbaues, zur Entwicklung des Verkehrswehens auf dem Lande und zum Bau von Eisenbahnen. Bei der letzten Kulturdebatte haben wir beantragt, 60 Millionen Mark für Begehauten und Verbesserung des Landes auszugeben. Wir zeigen Ihnen also den Weg, wie man die Landwirtschaft und die Kleinbauern heben kann, ohne mit den allgemeinen Interessen der Ernährung der Bevölkerung in Gegensatz zu kommen und ohne die Entwicklung der Landwirtschaft zu hemmen.

Herr Dr. Hahn hat behauptet, wir wollen alles klein machen und an den Weinen herunterziehen. Ich nein, wir wollen, daß auch die Kleinbauern und die Landarbeiter in Zustände kommen, bei denen sie als Kulturmenschen existieren können. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Prof. Schmöller, den vielleicht auch Herr Dr. Hahn anerkennt, nennt die selbstbetrieuete Organisation des Arbeiterstandes den Ausdruck der weitestgehenden Tatsache, daß die Menschheit eine Kulturhöhe erreicht hat, in der auch die unteren Klassen nicht mehr den Schmel für den Druck der oberen abgeben wollen. Also nicht an den Weinen herunterziehen wollen wir die Weinen, sondern von dem Fußschmel heranziehen! Wir wollen sie von dem Druck befreien, unter dem sie niedergedrückt werden, damit sie sich als Weinen fühlen können. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Herr Gothein sagte, die deutsche Landwirtschaft könne unseren gesamten Bedarf nicht decken. In dieser Allgemeinheit gebe ich das zu, aber nicht, wenn er diese Neuerung auf den Viehbedarf

bezieht. Unsere Landwirtschaft ist sehr wohl imstande, den gesamten Bedarf an Schlachtvieh zu decken, wenn Sie nämlich die Schafzucht beibehalten, so daß die Landwirtschaft billige Futtermittel verwenden kann (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Unsere Bauernschaft kann dann sehr leicht zehnmal so viel Vieh stellen wie heute. Dänemark ist diesen Weg gegangen. Also dieses Problem ist zu lösen, denn die Steigerung des Viehstandes hängt nicht ab von der Fläche.

In diesem Zusammenhange will ich auch zurückgreifen auf das, was über

### die Konsumgenossenschaften

gesagt ist. Die Konsumgenossenschaft ist gerade im Interesse der Landwirtschaft zu fördern; denn durch sie erst wird das Problem gelöst, daß die Fleischpreise nicht in fortgesetzter Dissonanz zu den Viehpreisen stehen und auf dem Wege über Kommissionshändler und Schlächter noch weiter verteuert werden. In Dänemark und England ist das Problem gelöst. Die englische Großverkaufsgesellschaft der englischen Konsumvereine besitzt eigene Schiffe, die die Produkte der dänischen Bauern in die Lager der englischen Konsumgenossenschaften bringen. So daß sie ohne den verteuerten Zwischenhandel auf dem Tisch des englischen Arbeiters erscheinen. Auch in Deutschland haben wir Ansätze dazu. Aber diese Verbindung zwischen Konsumenten und Produzenten bedarf noch der Entwicklung. Die landwirtschaftlichen Genossenschaften in Sachsen erkennen das an; sie sagen in ihrem Bericht, daß von den Konsumvereinen für 60 Millionen Mark jährlich landwirtschaftliche Produkte gekauft werden, und sie fügen hinzu: „Diese Konsumgenossenschaften sind als sozialdemokratisch verfaßt, aber in geschäftlicher Hinsicht sind sie

„geradezu musterhaft geleitet“

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten), so daß unsere landwirtschaftlichen Genossenschaften noch viel von ihnen lernen können! (Erneutes Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Der große Konsumverein in Leipzig-Blasewitz, die Hamburger „Produktion“, die eine Schlächterei errichtet hat, wirken ebenfalls ausschlagend auf den Zwischenhandel. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Wir wollen auch den Bauern ein Einkommen gewähren, das ihnen eine menschenwürdige Existenz erlaubt, wie wir in der ganzen Arbeiterbewegung für eine anständige Bezahlung eintreten. Aber wir wollen in der Landwirtschaft keine künstliche Preisobergrenze durch Höhle usw., die nicht begründet ist durch die Bedürfnisse der Produktion. Im übrigen sind wir durchaus bereit mitzuwirken, damit unser Boden im wachsenden Maße kultiviert wird. Die Sozialdemokratie vertritt also nicht, wie Herr Desbret wieder einmal zu Unrecht behauptet hat, nur einseitig die Interessen einer einzelnen Klasse, sondern die Interessen der Gesamtheit der Arbeitenden, in welcher Stellung und auf welcher Stufe sie auch stehen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Feindschaft gegenüber stehen wir nur den Kapitalinteressenten, die von Zinsen und fremder Arbeit leben. Eine Existenz ohne Arbeit blühen wir niemand zu der arbeiten kann, und wir wollen

### für alle Arbeitenden die Möglichkeit einer menschenwürdigen Lebenshaltung.

(Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Deshalb sind wir keine Feinde der Bauernschaft, wohl aber die Großgrundbesitzer, die Grundrenteninteressenten, die fortgesetzt Bauernland zukaufen, um ihre großen Latifundien zu erweitern. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Das bedeutet nicht nur eine Unterdrückung der Bauernschaft, sondern auch einen schmerzlichen wirtschaftlichen Rückschlag in der Richtung, die die englische Landwirtschaft eingeschlagen hat. Wenn Sie, wie Graf Carmer sagt, die englischen Zustände in der Landwirtschaft nicht haben wollen, dann sorgen Sie dafür, daß wir eine lebensfähige Bauernschaft dorthin bekommen, wo heute die großen Herrenhöfe mit ihren Jagdgründen sind. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Dann müssen wir aber auch im Osten politische Zustände schaffen, in denen selbstbewußte Menschen leben können und wo nicht jeder, der sich als Persönlichkeit fühlt, mezzieht, wie heute Jehntauende. Statt dessen ziehen Sie Galizier und Polen ins Land, wie immer „national“, nur bedacht auf die „nationale“ Wohlfahrt! (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) In der Tat stehen Ihre Interessen der nationalen Wohlfahrt entgegen, und deshalb müssen wir Sie bekämpfen. Wir wollen nicht auf unserem Lande Hörige und Heloten der großen Grundbesitzer, sondern politisch freie Menschen, die sich

### keine Vormundschaft

gefallen zu lassen brauchen. So ist das Interesse der Landbevölkerung, der Kampf gegen das Junkertum identisch mit den Interessen der Arbeiterschaft, und ich bin überzeugt, daß der Tag kommen wird, wo auch die Masse der Landbauern zu dieser Einsicht kommen und mit uns gemeinsam diesem System ein Ende bereiten wird. (Lebhaftes Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Hierauf vertagt sich das Haus.

In einer persönlichen Bemerkung wendet sich

Abg. Bachorst de Wente (natl.) gegen die Ausführungen des Abg. Dr. Hahn: Wenn es sich darum handle, mit dem Zentrum Geschäfte zu machen, so sei Herr Hahn diesfalls wie ein Heiligerstiel. (Stürmische Heiterkeit links.)

Abg. Kretsch (l.) [persönlich] sucht die Spirituszentrale gegen den Abg. Gothein zu verteidigen.

Vizepräsident Dr. Spahn: Die Spirituszentrale ist nicht persönlich. (Große Heiterkeit.) Abg. Ledebour ruft: Kretsch ist doch ihr Direktor! — (Große Heiterkeit.)

Abg. Dr. Hahn (l.) verwahrt sich unter drausender Heiterkeit der Äußerung gegen den Ton des Abg. Bachorst de Wente.

Abg. Erzberger (B.) erklärt, daß Abg. Hahn niemals vor ihm Wädlinge gemacht habe. (Lustig: Geistige Wädlinge! Heiterkeit.)

Abg. Dr. Hahn: Die Bemerkung des Abg. Erzberger zeigt, was von der Glaubwürdigkeit des Abg. Bachorst de Wente zu halten ist.

Abg. Bachorst de Wente: Jetzt beruft sich Herr Hahn auf einen Zentrumsabgeordneten! Einmal wurde Herrn Hahn Unglaubwürdigkeit gerade durch einen Zentrumsabgeordneten (Abg. Szmulka) festgestellt! (Lebhaftes Hört! hört! links.)

Abg. Dr. Hahn (mit höchstem Gewicht auf den Tisch schlagend): Damals erinnerte sich ein Zentrumsabgeordneter an eine Unterredung mit mir, während ich mich nicht an diese Unterredung erinnerte! (Mit vor Wut sich überschlagender Stimme): Ist das Unglaubwürdigkeit, wenn man sich an eine Unterredung nicht erinnern kann? (Große Heiterkeit links.)

Nächste Sitzung: Dienstag, 1. März, nachmittags 1 Uhr: (Wahlrechtswahl, Fortsetzung der Beratung des Etats des Jahres.) Schluß 7¼ Uhr.

## Abgeordnetenhaus.

29. Sitzung: Freitag, den 26. Februar, mittags 12 Uhr.

Die zweite Beratung des Etats des Ministeriums des Innern wird fortgesetzt beim Titel „Ministergehalt“.

Abg. Kappenberg (Däne) führt Beschwerde über rigorose Handhabung des Vereinsgesetzes gegenüber der dänischen Bevölkerung in Schleswig-Holstein.

Abg. Dr. Schiffer (natl.) behauptet gegenüber dem Vorredner, daß die Regierung den Dänen weit entgegengekommen sei. Sehr bedauern müssen wir, daß der Staatssekretär des Auswärtigen v. Schoen sich in die Verhältnisse in Nordschleswig eingemischt und sogar erklärt hat, daß auch auf deutscher Seite in der Nordmark

aussichtslose Bestrebungen und unfruchtbarer und erbitterter Streit und Kampf stattgefunden hat. (Hört! hört! bei den Nationalliberalen.) Diese Neuerung hat in weiten Kreisen schärfstes Bedauern und größten Unwillen hervorgerufen.

Minister v. Rolffe: Wenn auch eine friedliche Entwicklung der Verhältnisse in der Nordmark für die Aufrechterhaltung freundschaftlicher Beziehungen mit unseren Nachbarn im Norden von Bedeutung ist, so besteht doch im Ministerium kein Zweifel darüber, daß die Sache in erster Linie eine Frage der inneren preussischen Politik ist. (Bravo! rechts.)

Abg. Stroffer (l.) betont gegenüber dem Abg. v. Rolffe, daß die scharfen Angriffe des Abg. v. Pappenheim gegen den Minister wegen der „Germanicus“-Wroschüre

### im Auftrage der ganzen Fraktion

erfolgt seien! Redner polemisiert des weiteren gegen den Abg. Liebnecht: Die Behauptung, daß auf den Polizeiwachen, z. B. auch in Breslau, gewissermaßen gewohnheitsmäßig gedrückt werde, muß ich auf das entschiedenste zurückweisen. Herr Liebnecht beklagt sich über den Schuß, den die Behörde den Arbeitwilligen angedeihen läßt. Wie sieht es aber mit der Streikmoral der Sozialdemokratie aus? Herr Kurt Eisner hat am 25. Oktober 1909 in der „Frankfurter Tagespost“ geschrieben:

„Koalitionszwang ist zwar noch nicht zwingendes Gesetz, aber er ist bereits ungeschriebenes Gesetz, er ist soziale Moral. Koalitionsrecht und Koalitionszwang sind dasselbe, aber es gibt überhaupt kein Koalitionsrecht. Wenn sich streikende Arbeiter gegen Arbeitwillige empören, so treibt sie dazu der wahrhaft staatsberhaltende Instinkt. . . Der Unternehmer sollte gefählich gezwungen werden, seine Fabrik zu schließen, wenn bei ihm auch nur ein Mann weniger als die Hälfte der Arbeiter nicht arbeiten will.“

Die Moral der Sozialdemokratie wird auch kraft beleuchtet durch ein von der wissenschaftlichen Autorität der Sozialdemokratie Karl Kautsky mit einem Vorwort versehenes Buch eines holländischen Sozialisten. Da heißt es:

„Nur innerhalb der Klassen kann auf dem Gebiete des Klassenkampfes noch von irgend einem „sittlichen Gebot“ die Rede sein. Der anderen Klasse gegenüber gilt das höchste sittliche Gebot ebenso wenig wie den Feinden gegenüber. Unrechtllichkeit gegenüber der feindlichen Klasse ist in den Augen der eigenen Klasse eine Tugend.“ (Hört! hört! rechts.)

Die Sozialdemokraten, von denen Herr Liebnecht sprach, finde auch ich wenig geschmackvoll und nicht in der Ordnung. Aber wie machen Sie es denn? Sie schicken einfach Scharen von Sozialdemokraten in gegnerische Versammlungen, um sie zu sprengen. (Widerstand bei den Sozialdemokraten.) Daß bei den Straßendemonstrationen in Frankfurt die Massen zuerst die Polizei mit Steinwürfen usw. angegriffen haben, haben auch das „Berliner Tageblatt“ und die „N. Z. am Mittag“ berichtet. Redner verliest eine Stelle aus dem „Berliner Tageblatt“. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Weiter lesen: Jetzt kommt das Interessanteste, daß die betreffenden Demonstrationen keine Sozialdemokraten waren!) Nebenfalls sieht fest, daß die Demonstranten, wohl vorbereitet auf einen Kampf, an den Umzügen teilgenommen haben. Wenn Sie allerdings wollen, daß die Straßendemonstrationen als harmloses Karrenspiel betrachtet werden (Weiterlekt rechts), so würde die Polizei ihnen ebenso wenig Schwierigkeiten machen wie den Umzügen beim Karneval. Das Recht auf die Straße, von dem Herr Liebnecht sprach, besteht weder in Frankreich noch in England. Bei uns sind solche Umzüge an die polizeiliche Genehmigung geknüpft, und wir erwarten, daß die Regierung dem bestehenden Gesetze unter allen Umständen Geltung verschaffen wird. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Auch gegen Sie bei den Wahlen 1907!) Als vor kurzem

### vor dem Dom in Berlin

eine große Menschenansammlung stattfand und der erste Vers eines Kirchenliedes gesungen wurde, hat ebenfalls ein Polizeileutnant darauf hingewiesen, daß das verboten sei, und die Menge ist ruhig auseinander gegangen. Wenn Sie das ebenso machen, wird es zu keinem Konflikt kommen. Es besteht eben ein großer Unterschied zwischen Ansammlungen einer patriotisch bewegten Masse bei ganz ausnahmsweisen Gelegenheiten und der Nabaumacherei bei den sozialdemokratischen Straßendemonstrationen. (Große Unruhe bei den Sozialdemokraten.) Unseren Schulgelehrten gebührt Dank und Anerkennung für ihre pflichttreue Haltung. (Bravo! rechts.) Die Mehrheit des Volkes will nichts wissen von dieser Aufspaltung der Massen, wie die Sozialdemokratie sie betreibt. Auf die von Ihnen an die Straße geführten und verführten Leute paßt das Wort Goethes, das Herr Liebnecht neulich zitierte: „Dann überlaßt Ihr sie der Pein, denn alle Schuld rächt sich auf Erden.“ (Sehr gut! rechts.) Die blutigen Straßendemonstrationen sind nichts anderes als ein Randverbrechen und Eingezieren zur Revolution. (Lebhaftes Bravo! rechts.)

### Abg. Freiherr v. Jellisch (fz.):

Der Herr Abg. v. Rolffe hat im Namen meiner ganzen Fraktion gesprochen, als er bedauerte, daß ein so wenig belangreicher, vereinzelter, wenn auch gewiß bedauerlicher Vorgang wie die Haltung des Ministers gegenüber der „Germanicus“-Wroschüre von den Konservativen und dem Zentrum zum Gegenstand eines so bronzierten gemeinsamen Vorstoßes gemacht wurde, namentlich gegenüber einem Minister, der auch gestern wieder bezugt hat, daß er in loyaler und ehrlischer Weise gewillt ist, den Grundsatz, daß die Regierung über den Parteien stehen soll, wirklich in die Tat umzusetzen.

### In bezug auf die Wahrscheinlichkeiten

Kann ich die ganz vortrefflichen Ausführungen des Abg. Cassel nur völlig unterschreiben. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ich möchte meiner Befriedigung darüber Ausdruck geben, daß der Herr Minister so nachdrücklich für die pflichttreuen Polizeibeamten hier eingetreten ist. (Bravo! rechts.) Herr Liebnecht hat sich erlaubt, von dieser Tribüne aus zu drohen, daß von den Straßendemonstrationen übergegangen werden wird zum politischen Massenstreik. Herr Stroffer hat bereits mit Recht gesagt, daß der politische Massenstreik die moderne Form der Revolution ist. (Sehr wahr! rechts; Zuruf bei den Sozialdemokraten: Gefährliches Mittel!) Sie sagen, gefährliches Mittel. Aber wie liegen die Dinge denn? Die Folge eines solchen Streiks wäre doch, daß ein schwerer wirtschaftlicher Kampf daraus entstehen würde. Es würde sich dabei die staatsberhaltende Kraft unserer starken Arbeiterorganisationen erweisen, und zahllose Arbeitermassen würden schließlich zum Hunger verurteilt. Der Hunger aber würde sie zur Gewalt treiben. (Sehr richtig! rechts.) Darum liegt in der Aufreizung zum politischen Massenstreik auch die Anregung zum Landes- und Hochoverrat. (Lebhaftes Bravo! rechts.) Gerade diesen Bestrebungen gegenüber sollten alle bürgerlichen Parteien einig zusammenstehen gegenüber dem gemeinsamen Feinde. (Bravo! rechts.)

### Abg. Gronowski (B.):

Mit dem letzten Appell des Herrn v. Jellisch sind wir durchaus einverstanden. Wie stimmt es aber mit diesem Zusammengehen der bürgerlichen Parteien zusammen, daß noch vorgestern im Kreise Gummertsch Nationalliberale beschloßen haben, in der Stichwahl nicht nur Stimmenthaltung zu üben gegenüber dem Zentrum, sondern für die Sozialdemokratie zu stimmen? (Hört! hört! im Zentrum.) Von einem gemeinsamen Vorstoß des Zentrums und der Konservativen gegen den Minister ist keine Rede gewesen. Der Anschlag des Herrn v. Pappenheim an die Ausführungen des Abgeordneten Bell erfolgte ohne jede Verabredung.

Die Herren Sozialdemokraten haben vorhin bestritten, daß ihre Parteigenossen gegnerische Versammlungen sprengen. Ich weiß nicht, ob die Sozialdemokraten in Berlin so harmlos sind; in Rheinland-Westfalen gehen die sozialdemokratischen Arbeiter jedenfalls nicht zum Klub der Harmlosen. (Heiterkeit.) Wie die Sozialdemokraten uns gegenüber dort vorgehen, beweist das „Hingblatt“, in dem Druck vorgeworfen wurde, er sei von den

Grubenbesitzern mit 90 000 M. bestochen worden. (Hört! hört! im Zentrum; Zuruf bei den Sozialdemokraten.) Es ist vor Gericht festgestellt worden, daß die Leitung des sozialdemokratischen Bergarbeiterverbandes von diesem Flugblatt Kenntnis gehabt und nicht die nötigen Schritte getan hat, um der Verbreitung dieser offenbaren Verleumdung Einhalt zu tun. (Hört! hört! im Zentrum; Widerspruch bei den Sozialdemokraten.)

Vizepräsident Dr. Borch bittet, den Redner nicht zu unterbrechen. (Abg. Leinert: Dann soll er wenigstens die Wahrheit sagen!) Für diesen Zwischenruf rufe ich den Herrn Abg. Leinert zur Ordnung. (Bravo! rechts.)

Abg. Gronowski (fortsetzend): Die Dortmunder „Arbeiterzeitung“ brachte beim Besuch des Kaisers auf der Hohenzollernburg, als das ganze Volk — auch die Arbeiter — sich freuten, einmal den Kaiser in Westfalen begrüßen zu können, einen Dekretartikel gemeinster Sorte. Redner verliest Stellen daraus: „Die Esenden grüßen Dich, Kaiser!“, „Die vaterlandslosen Wesellen grüßen Dich!“ (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Das sind ja Kaiserworte!) Nun, dann erinnere ich Sie an die Worte Webers auf dem Dresdener Parteitag: „Ich will der Todfeind dieser bürgerlichen Gesellschaft bleiben, so lange ich lebe, und mich bestreben, ihre Existenzbedingungen zu untergraben.“ Sie werden nicht sagen, daß das auch Kaiserworte waren. Und trotz dieser Hege gegen das deutsche Kaiserhaus haben die Nationalliberalen den revolutionären Sozialdemokraten in Dortmund zu vier Stadtverordnetenmandaten verholfen! (Hört! hört! rechts; Zuruf bei den Nationalliberalen.)

Es wird mir vorgeworfen, daß ich vor der letzten Wahl einen sozialdemokratischen Brief höflich beantwortet habe und mich verpflichtet, für die Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen und eine gerechte Wahlkreiseinteilung einzutreten. Das habe ich ganz freiwillig getan. (Lachen bei den Nationalliberalen.) Das Zentrum ist immer für die Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen eingetreten (Lachen bei den Sozialdemokraten), schon seit 1873 — und 1906 haben wir auch für eine Neueinteilung der Wahlkreise gestimmt. Wir werden durch die Angriffe der Sozialdemokraten nur noch mehr zusammengehoben, alle unnatürlichen Gebilde gegen uns gründlich zu zerstören. (Bravo! im Zentrum.)

Abg. Hammer (l.): Ich will mich in den Streit zwischen dem Zentrum und den Nationalliberalen nicht einmischen. Aber es ist tief betrübend, daß zwei monarchische Parteien sich fortgesetzt bekämpfen, weil sie sich nicht verstehen wollen. Der lachende Dritte dabei ist die Sozialdemokratie. (Sehr richtig! rechts.) Wir in den Vororten von Berlin machen es anders. Bei uns halten alle bürgerlichen Parteien zusammen gegen die Noten. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Und wir kommen doch hinein!)

Abg. Eder-Winsen (natl.): Die nationalliberale Parole in Rülheim-Gummertsch lautet nicht: Gegen das Zentrum, für die Sozialdemokratie! sondern: Freiheit der Stimmabgabe: dem Zentrum keine Stimme! (Stürmische Heiterkeit.) Im übrigen klangen die Parolen des Herrn Gronowski besonders im Munde des Vertreters einer Partei, die bei den letzten Reichstagswahlen 12 Sozialdemokraten zum Siege verholfen hat und einem Abgeordneten, der selbst nur mit Hilfe der Sozialdemokraten in den Landtag gewählt worden ist und sich schriftlich verpflichtet hat, für die Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen einzutreten. (Hört! hört! bei den Nationalliberalen.)

Daß das Kammergericht Straßendemonstrationen für geschlechtlich erklärt habe, wie Herr Liebnecht behauptet, ist eine Legende. Das Kammergericht hat nur entschieden, daß das Gesetz Straßlosigkeit für die Teilnehmer an Straßendemonstrationen sichert für den Fall, daß sich solche Demonstrationen innerhalb der öffentlichen Ordnung halten. Ich wundere mich, daß Herr Liebnecht als Jurist diesen Unterschied nicht erkannt hat. Die Demonstrationen werden an dem starken Gefüge des preussischen Staates zerfallen. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Hierauf wird ein Schlußantrag angenommen.

Abg. Hirsch-Berlin (Soz.): Durch den Schluß der Debatte ist es mir unmöglich gemacht worden, nachzuweisen, daß das Bital aus dem Buche „Der historische Materialismus“ von Gorter, womit Herr Stroffer die Sozialdemokratie vernichten zu können glaubte,

### gefälscht

ist. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Für die Herren, die ein Interesse daran haben, sich darüber zu informieren, wie die Stellen wirklich heißen, stelle ich hier das Werk selbst zur Verfügung.

Ferner ist es mir unmöglich gemacht worden, den Nachweis dafür zu erbringen, daß Herr Gronowski aus freien Stücken sich verpflichtet hat, für die Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen und für eine Neueinteilung der Wahlkreise einzutreten, lediglich deshalb, um mit unserer Hilfe in den Landtag einzuziehen. (Hört! hört! bei den Nationalliberalen.)

Es ist mir weiter unmöglich gemacht worden, die Angriffe, Verleumdungen und Verleumdungen zurückzuweisen, die gestern der Abg. Graf Rolffe gegen meine Partei geschleudert hat. (Unruhe rechts.)

Vizepräsident Dr. Borch: Sie können nicht im Rahmen einer Geschäftsordnungsbemerkung eine ganze Rede halten, die Ihnen durch den Schlußantrag verwehrt ist.

Abg. Hirsch: Das ist selbstverständlich nicht meine Absicht. Ich wollte nur feststellen, daß es und durch den Schluß der Debatte unmöglich gemacht worden ist, Angriffe, die gegen und gerichtet worden sind, von der Tribüne des Landtages herab zurückzuweisen. Es ist mir leider dadurch auch unmöglich gemacht, die Art und Weise zu schildern, in der Herr Cassel dem Proletariat im Augenblick des schwersten Kampfes in den Rücken fällt und damit den Gegnern des Reichstagswahlrechts Wasser auf ihre Mühle gibt.

Vizepräsident Dr. Borch: Auch das gehört nicht mehr zur Geschäftsordnung.

Abg. Gronowski: Gegenüber Herrn Hirsch erkläre ich nochmals, daß ich den Brief ganz freiwillig beantwortet habe. Ich glaube, es ist unter gebildeten Menschen Sitte, an einer solchen Erklärung nicht zu zweifeln. (Bravo! im Zentrum.)

Abg. Stroffer (l.): Herr Hirsch hat mir vorgeworfen, ich hätte aus dem Herrn Kautsky mit einem Vorwort versehenen Buche falsch zitiert. Ich habe wirklich vorgelassen noch einer in der „Schlesischen Zeitung“ erschienenen Uebersetzung und habe nicht gelesen, daß diese Uebersetzung irgend wo als falsch bezeichnet worden ist.

Abg. v. Rolffe (fz.): Ich bedauere, daß Herr Hirsch die eigentliche Tendenz meiner Ausführungen noch nicht begriffen zu haben scheint; sie ging dahin, ihn und seinen berechneten Herrn Genossen Dr. Liebnecht vor Vergnügen und Freude sprachlos zu machen. (Heiterkeit rechts.)

Abg. Hirsch (Soz.): Ich habe nicht etwa behauptet, daß Herr Stroffer das Bital gefälscht hat, sondern daß das Bital, das er verlesen hat, gefälscht ist. Ich wußte wohl, daß er das Buch, aus dem er zitierte, nie in der Hand gehabt hat. (Heiterkeit und sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Ich erwarte von seiner Rohalität, daß er bei der nächsten Gelegenheit hier auftritt und erklärt, daß er tatsächlich nicht richtig zitiert hat. Die Tendenz der Rede des Abg. v. Rolffe habe ich sehr wohl erkannt. Vergnügen hat uns seine Rede gewiß bereitet, aber seinen anderen Zweck und sprachlos zu machen, wird er nie erreichen. (Heiterkeit und sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Müller-Sagan (fz. Sp.): Herr Hirsch hat meinem Freunde Cassel, der heute beruflich verhindert ist, hier antworfend zu sein, den Vorwurf gemacht, er sei der Sozialdemokratie in den Rücken gefallen. Ich will nur konstatieren, daß wir der Sozialdemokratie nicht in den Rücken gefallen sind, sondern immer als schärfste Wächter ihr gegenübergestanden haben.

Der Titel „Kautskygehalt“ wird hierauf bewilligt. Hierauf vertagt das Haus die Weiterberatung des Etats auf Sonnabend 10 Uhr. Schluß 5¼ Uhr.



# A. WERTHEIM



## ROSENTHALER- u. ORANIEN-STRASSE

G. m. b. H.

### Besonderes Angebot für Sonnabend:

#### Papierwaren

Butterbrotpapier 23, 3 Roll. 65 Pf.  
 Toilettapapier 16, 3 Roll. 45 Pf.  
 Krepp-Toilettapapier 16 Pf.  
 Schrankpapier 25, 3 Rollen 70, Buch 40 Pf.  
 Papierservietten 100 Stück 75 Pf.  
 Papierläufer 3 Meter 30 Pf.  
 Globustinte 1 Liter 95 Pf.  
 Kaisertinte 1 Liter 68 Pf.  
 Leinenpapier 100 Bogen, 100 Umschläge 85 Pf.  
 Heideprinzess 25 Bogen, 25 Umschläge, gerippt, liniert 40 Pf.

#### Ein Waggon

### Steingut-Artikel

#### Ein Waggon

### Glaswaren imitiert Steinschliff

#### Ein Waggon

### Emaile-Geschirre

zu besonders billigen Preisen

#### Waschseife

Oberschal-Seife trocken, in Riegeln von 3 Pfund an 38 Pf.  
 Oberschal-Seife trocken, Stück 16 Pf.  
 Terpentin-, Elain-, Bernstein-Seife in Eimern mit 10 Pfund Inhalt 2.80  
 Säge-Seife Paket ca. 1 Pfund 42 Pf.  
 Schnitzelseife Paket ca. 1 Pfund 32 Pf.  
 Silberpulver Schachtel 20 Pf.  
 Silberseife Stück 15 Pf.  
 Waschblau 1/2 Pfund-Paket 20 Pf.  
 Stücken- u. Strahlenstärke 1 Pfund 27 Pf.

Auch Sonntags geöffnet von 7-10 und 12-3 Uhr.

## Central-Leihhaus nur allein Jägerstraße 71

Ecke Kanonierstraße.

### Hochelegante Monatsgarderoben, teils in prima Seide, zu sehr mäßigen Preisen.

Durch Ankauf von Gelegenheitsposten, welche billig erworben sind, sind wir in der Lage, Monatsanzüge, teils Maßgarderoben, Hochzeits- sowie Einsegnungs- und Knabenanzüge zu äußerst billigen Preisen abzugeben, und ist die Auswahl jetzt bei Beginn der Frühjahrssaison in den schönsten Mustern eine außergewöhnlich große.

### Moderne Frühjahrs-Paletots u. Anzüge teils in Monatsgarderobe 9, 10, 12, 15, 20, 25. jetzt für M.

#### Neue Armin-Hallen

Kommandanten-Straße 58-59. Amt IV. 10115.  
Saal für 300 bis 500 Personen  
Sonntag, den 18. März 1910, frei!  
Sonnabende u. Sonntage in diesem u. nächsten Jahre frei!

## Vom Arbeiter

zum Millionär

## zum Millionär

werden. Wir verkaufen von Millionären, Doktoren, Reichenden sowie feinsten Kavaliereu nur wenig getragene, in den ersten Werkstätten Deutschlands und des Auslandes, teils sogar auf Seide gearbeitete, an Stoff und Haltbarkeit unübertroffene

Serie I Serie II Serie III

Maß-Anzüge 8 M. 14 M. 18 M.

Maß-Paletots 6 M. 12 M. 16 M.

Gesellschafts-Anzüge werden billigst verliehen.

Kaufhaus für Monatsgarderoben

Große Frankfurter Straße 93.

Bitte im eigenen Interesse auf Hausnummer zu achten.

Streng reelles christl. Geschäft. Keine Fiktalen am Platz.

Abteilung II Neue Garderoben.

Eingetroffen sind:

## Muster-Coupons u. Reste

für Anzüge, Paletots, Kostüme usw.

direkt aus der Fabrik

Enorm billig! Meter 2, 3, 4, 5-Mark.

Nur Saison-Neuheiten!

Spezialhaus moderner Herren- und Damenstoffe.

Koch & Seeland Gesellschaft m. b. H.

BERLIN C., Roßstraße 2, Sonntags geöffnet.

Kleine Einrichtung  
15 M. Anzahl. 1.00-1.50 M.  
wöchentliche Abzahlung.

Mittel-Einrichtung  
15-20 M. Anzahl. 1.50-2 M.  
wöchentliche Abzahlung.

Bessere Einrichtung  
25-30 M. Anzahlung.

**S. Gottlieb**  
G. m. b. H.  
Rosenthalerstr. 54  
Für jedes Stück wird  
Garantie geleistet.

## Zur Einsegnung

empfehle mein reichhaltigen Lager in Konfirmanden-Anzügen

Durch besonders günstigen Einkauf bin ich in der Lage zu nachfolgend billigen Preisen zu verkaufen.

## Schwarze Kammgarn-Anzüge

beste Zutaten, Ia. Qualitäten

975 1250 1500

## Prüfungs-Anzüge blau Chevrot und blau Kammgarn

beste Stoffe, solideste Ausführung

1150 1650 1950

## Moderngemusterte Stoffe neuest. Fassons gute Qualitäten

875 1125 1450

## Julius Lindenbaum Nachf.

Inh. Walter Hampel

Große Frankfurter Straße, Ecke Fruchtstraße.



## Wirkliche Ersparnis in der Küche



## MAGGI'S Würze

Schutzmarke Kreuzstern

— Probefläschchen 10 Pf. —

Man verlange ausdrücklich MAGGI'S Würze, sie ist und bleibt die Beste!

Sehr ausgiebig, deshalb sparsam verwenden!

„MAGGI'S gute sparsame Küche“

1 Mk. wöchentliche Teilzahlungen  
liefere elegante, fertige

## Herren-Garderoben

Ersatz für Maß Anfertigung nach Maß  
Tadellose Ausführung

Julius Fabian, Schneidermeister.

Gr. Frankfurter Str. 37 II, Eingang Strausberger Platz.

II. Geschäft: Turmstr. 18 nur I. Etage, kein Laden.

Verantwortlicher Redakteur Richard Barth, Berlin. Für den Inseratenteil bezogen: Th. Glöck, Berlin, Druck u. Verlag: Vorwärts-Druckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Parlamentarisches.

Unruhe Sorge. — Todwunden. — Kürzung eines Kautschou- Riefengeschäftes.

Was geschieht mit den durch Streichungen im Etat ersparten Summen? Das war die schwierige Frage, mit der sich die Budgetkommission in ihrer Freitags-Sitzung beschäftigte.

Die ganze Sorge über den Ausgleich im Etat wird sich voraussichtlich als höchst überflüssig herausstellen, weil die neuen Steuern nicht so viel bringen dürften, wie angenommen wurde.

Für den Bau von drei großen Trodenböden in Wilhelmshaven sind bereits 16 Millionen Mark ausgegeben worden. Es werden nochmals 3 300 000 M. gefordert, weil die Seitenwände vom Meerwasser angegriffen sind und jetzt wasserdicht verbollet werden sollen.

Im Laufe der Debatte stellte sich heraus, daß ein Dack bereits entsprechend umgeändert ist, obgleich Gelder hierfür gar nicht bewilligt waren!

Kautschou.

das nicht als Kolonie, sondern als „Marinestation“ betrachtet wird, ist insofern nicht dem Kolonialamt, sondern dem Marineamt unterstellt.

Eine lange Debatte gab es beim Gehalt des Gouverneurs. Dieses beträgt jetzt: Gehalt 18 000 M., Kolonialzulage 22 000 M. und Repräsentationszulage 10 000 M.

Demgegenüber wurde von Zentrumseite ausgeführt, daß die Repräsentationskosten von 10 000 M. nicht angesetzt werden sollen; aber die Kolonialzulage sei viel zu hoch, wenn man bedenke, daß der Gouverneur freie Wohnung in der Stadt, außerdem noch eine freie Sommervilla auf dem Lande und von Staats wegen ein Automobil gestellt erhalte!

Gegenüber einem Vertreter des Marineamts, der gesagt hatte, daß die Werkschiffung eines Europäers bei den Chinesen sich nicht nach dem „Arif“, die jener gebe, führe Ledebour aus, daß der Kringselderstandpunkt für uns nicht maßgebend sein könne; wenn wir die Menschen nach ihrem Einkommen und Vermögen einschätzen würden, dann entsehe sofort die Frage: der wiederle Mann sei dann der Reichskanzler, der sein Wahlrecht in der dritten Wählerklasse ausüben müsse?

Bei der Abstimmung wurde der Antrag auf Bewilligung der höheren Summe mit 12 gegen 11 Stimmen abgelehnt. Die Mehrheit setzte sich zusammen aus: Zentrum, Sozialdemokraten und Freisinnigen mit Ausnahme eines Mitglieds. Für die höhere Summe stimmten Konservative, Nationalliberale, je ein Mitglied der Wirtschaftlichen und der Freisinnigen Vereinigung.

Dienstag: Beratung des Etats von Kautschou.

In der Wahlprüfungskommission des Reichstags wurde am Freitag die Nachprüfung für die Wahl des Abgeordneten Enders im 2. Meiningen Wahlkreis vollzogen. Bei dieser Wahl war ein Wahlaufruf von den Gemeindevorständen unterzeichnet worden. Der Reichstag hatte im Gegenzug zur früheren Praxis beschlossen, dies für unerheblich zu erachten, aber über einzelne unangelegliche Vorkommnisse Erhebungen anstellen zu lassen.

Ferner wurde die Wahl des Abgeordneten Schwarzhuber geprüft. Die Erhebungen haben ergeben, daß nicht, wie im Plenum von einer Seite angenommen worden war, ein System von Wahlfälschungen vorliegt. Allerdings ist eine Person wegen Wahlfälschung verurteilt worden, und in zwei anderen Fällen sind für Wähler von anderen Stimmen abgegeben worden. Aber die Kommission konnte daraus nicht schließen, daß systematische Wahlfälschungen vorgekommen seien. Infolgedessen beschloß die Kommission einstimmig, die Wahl unseres Genossen Schwarz für gültig zu erklären.

Preussischer Eisenbahnetat.

Die Budgetkommission des Preussischen Abgeordnetenhauses fehte am Donnerstagsabend die Beratung des Eisenbahnetats fort und behandelte zuerst die Ausgaben für

„Wohlfahrtszwecke“

im Betrage von rund 87 Millionen Mark. Unter diesem merkwürdigen Titel figurieren zunächst 50 Millionen Mark Pensionen, die auf Grund gesetzlicher Vorschriften gezahlt werden müssen! Ferner die gesetzlichen Beiträge für Kranen-, Invaliden- und Unfallversicherung, einschließlich der Verwaltungskosten! Auch eine Unterstützung bzw. Beihilfe an den Verein „Deutsche Volkshilfe“ zu Dzeditz in Oesterreich befindet sich darunter.

Vom Zentrum war ein Antrag gestellt: die Zuschüsse zur Pensionskasse für die Arbeiter der Klasse B zu erhöhen. Der Minister hatte viele schöne Worte für die Arbeiter übrig. Er rechnete auch aus, daß seit 1895 die Leistungen der Kasse gestiegen seien; im Jahre 1910 könne aber diesem Antrage nicht entsprochen werden; er erfordere 1 1/2 Millionen Mark! Die Arbeiter würden dafür dankbar sein, wenn diese Summe erst im Jahre 1911 in den Etat eingestellt würde!

Nachdem die Konservativen und Nationalliberalen sich gegen die Erhöhung ausgesprochen hatten, zog das Zentrum den Antrag, durch den 30 000 ältere Leute Vorteil gehabt hätten, zurük!

Damit sind die sozialdemokratischen Vorwürfe, daß die Eisenbahnverwaltung nicht genügend für die Arbeiter sorg, wieder einmal glänzend „widerlegt“!

Für Unterhaltung, Erneuerung und Ergänzung von Inventarien, baulichen Anlagen und Fahrzeugen sind rund 700 Millionen Mark Ausgabe vorgesehen. Darunter befinden sich an Löhnen für 74 558 Werkstättenarbeiter 95 1/2 Millionen Mark. Es sollen neu gebaut werden 560 Lokomotiven, 750 Personen- und 7900 Gepäck- und Güterwagen. Zur Unterhaltung der baulichen Anlagen sind 88 300 Arbeiter mit einem Lohnaufwand von 72 Millionen Mark nötig. Die übrigen Millionen werden für Materialien, Bahnhofsbauten usw. erforderlich. Bei Beratung dieser Ausgaben wurde eine Petition des Vereins zur Förderung der Verwendung des Holzschwellen-Oberbaues verhandelt, die größere Berücksichtigung der Holzschwellen gegenüber den Eisenschwellen verlangt. Die Regierung erklärte, daß ein abschließendes Urteil über die Brauchbarkeit oder Minderwertigkeit der einen oder der anderen Sorte noch nicht zu geben sei. Die Klage über Verbozung der Eisenschwellen sei nicht berechtigt; denn 1904 seien 37 Proz., 1905 33 Proz., 1906 32 Proz., 1907 33 Proz. und 1908 35 Proz. Eisenschwellen vorhanden gewesen. Die Petition wurde schließlich der Regierung als Material überwiesen.

Angeregt wurde die Verbesserung der Signalbeobachtung durch automatisch funktionierende Einrichtungen. Der Minister verspricht sich keine Verbesserung von automatisch funktionierenden, erblickt vielmehr eine große Gefahr darin, daß die Aufmerksamkeit des Lokomotivpersonals sich dadurch vermindere.

Vom Metallarbeiterverband war eine Petition eingereicht, in der verlangt wird: die Eisenbahnverwaltung solle mehr Mittel zur Erbauung von Waggons zur Verfügung stellen, damit die Arbeiter dauernd beschäftigt werden können. Die Petition wurde der Regierung als Material überwiesen, nachdem der Minister bekanntgegeben hatte, daß die Bestellungen nur bei preussischen Fabriken erfolgen und nur insoweit in andere Bundesstaaten gehen, als diese am preussischen Eisenbahnbetrieb beteiligt sind.

Aus der Partei.

Ein Parteitag der rumänischen Sozialdemokratie

tagte vom 18. bis 16. Februar zu Bukarest. Er war von 89 Delegierten besetzt — die Beschädigung und die Verhandlungen zeigten, daß der Sozialismus in Rumänien trotz der brutalen Verfolgungen der Arbeiterbewegung, trotz der niederträchtigen Auswühlungen der Führer und anderer ähnlicher Maßnahmen vorwärts kommt. Die bisherige sozialistische Vereinigung konnte in die Sozialdemokratische Partei umgewandelt werden. Genosse Georgej erstattete den Tätigkeitsbericht, der zu dem Schluß kam, daß alle Verfolgungen und Ausnahmegerichte die Bewegung nur gestärkt haben.

Sodann wurde ein Parteiprogramm angenommen, dessen theoretischer Teil im wesentlichen dem des Erfurter Programms der deutschen Sozialdemokratie entspricht. In der Debatte wurde die Judenfrage behandelt, die ja für Rumänien besonders brennend ist, da den Juden, die zum größten Teil Proletarier sind, als „Fremden“ das Bürgerrecht vorenthalten wird, so daß sie der absoluten Willkür der Regierung unterliegen. Es wurde beschlossen, daß die Sozialdemokratie Rumaniens die Vertreibung der Juden fordere, weil sie, wie die Sozialdemokratie aller Nationen, nicht nur gegen die Ausbeutung der Arbeiterklassen, sondern gegen jede Ausbeutung und Unterdrückung kämpft, sie richte sich nicht gegen eine Klasse, Partei, ein Geschlecht oder eine Rasse.

Dem theoretischen Teil des Programms schließt sich der praktische Teil an, der an der Spitze Abschaffung aller Gesetze fordert, die gegen das Streik- und Koalitionsrecht gerichtet sind; in Artikel 2 werden die Anerkennung der Gewerkschaften als juristische Personen und Tarifverträge verlangt.

Dem nächsten Parteitag soll ein Agrarprogramm vorgelegt werden. Einstimmig wurde ein neues Agitationsstatut für die Partei angenommen.

Das Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaften wurde einstimmig in der Weise geregelt, daß die Statutar Resolution angenommen wurde.

Beratungen über die Presse, Genossenschaften und Arbeiterheime beschlossen die Verhandlungen.

Der Deutsche Sozialdemokratische Vesellub zu Paris im eigenen Heim.

Nach 33-jährigem Verlassen ihrer Organisation bezogen unsere deutschen Genossen in Paris eigene Vereinsräume, bestehend aus einem 300 Personen fassenden großen Saal für ihre regelmäßigen Sonnabendversammlungen und einem kleineren für 50 Besucher, der ständig den Genossen als Unterrichtsraum, Lesesaal, Sitzungs- und Bibliothekszimmer dient. Die Räume sind geschmackvoll und zweckentsprechend eingerichtet. Ein Mitglied der Ordnerkommission ist abendtäglich zur Aufsichtstellung anwesend. Einen Arbeitsnachweis besitzt der Klub nicht. Die im Hause befindliche Restauration der sozialistischen Konsumgenossenschaft „Raffin Commune“ liefert gute Speisen und Getränke zu billigen Preisen. In Paris einzig dastehend ist die Abschaffung des Kringseldunwehens. Besuche von Mäulen und anderen Sehenswürdigkeiten finden jeden Sonntag unter Führung eines Sachverständigen statt; gefellige Zusammenkünfte und Ausflüge werden unternommen. Es ist jedem nach Paris kommenden Genossen zu empfehlen, sich an den Deutschen Sozialdemokratischen Vesellub, 49, rue de Brotagne, zu wenden.

Die Syndikalisten und die Partei.

Rom, 20. Februar.

Die Syndikalisten von Borgo S. Luca in der Provinz Ferrara haben dem Parteivorstand ein Schreiben übersandt, in dem sie ihren Eintritt in die Partei erklären. In dem Briefe heißt es, daß die Syndikalisten entschlossen seien, sich allen Parteibeschlüssen zu unterwerfen, ohne aber ihre theoretischen Grundzüge zu verleugnen. Der Eintritt würde gewünscht, weil die Syndikalisten die Uebergangung hätten, daß sie Wirken nur im Einklang mit dem der Partei von Nutzen sein könnte. Der Parteivorstand hat sich mit dem Schreiben beschäftigt, ist aber zu dem Schluß gekommen, daß der Eintritt in die Partei nicht gewährt werden könnte, nachdem der Parteitag von Florenz ausdrücklich die Grundzüge und Methoden des revolutionären Syndikalismus verworfen hätte.

Aus Industrie und Handel.

Aus der Kohlen- und Eisengroßindustrie.

In der Hauptversammlung des Stahlwerksverbandes am Donnerstag wurde über die Geschäftslage u. a. mitgeteilt:

In Halbzeug setzte sofort nach Eröffnung des Verkaufes für das zweite Viertel der Verkaufsleistung ein, so daß heute schon ein großer Teil des Inlandsbedarfes für diesen Zeitraum gedeckt ist. Der Absatz erfolgte in zufriedenstellender Weise. Der Auslandsmarkt ist weiter fest. In schwerem Eisenbahnmateriale sind nunmehr die Verträge mit allen deutschen Staatsbahnverwaltungen bis 1912 verlängert. Die Bedarfsmengen halten sich in sehr bescheidenen Grenzen. Der Auslandsmarkt in Signalschienen liegt nach wie vor günstig und weitere umfangreiche Aufträge wurden vereinbart. Das Grubenschienengeschäft hat von seiner Lebhaftigkeit nichts eingebüßt, namentlich ist das Auslandsgeschäft recht befriedigend. Der Eingang von Spezifikationen ist sehr gut und auch die Preise erhalten Aufbesserungen. In Mälenschienen hat sich entsprechend der kommenden Baujahre ebenfalls mehr Belegung gezeigt, sowohl das Inland als auch besonders das Ausland sind mit großen Anfragen

herangetreten, die meist zu Abschüssen bei festerer Preislage führten. Das Inlandsgeschäft von Formeisen hält sich in dem seitberigen Umfang. Der Eingang von Spezifikationen war fortgesetzt günstig. Obgleich die allgemeine Situation hier derart ist, daß sie eine Erhöhung der Preise gerechtfertigt hätte, wurde davon doch in Rücksicht auf die sehr niedrigen Zementpreise und im Interesse der Unterstützung der Verwendung von Formeisen zu Bauzwecken abgesehen.

Der Verkauf für das zweite Vierteljahr wurde demnach zu den seitherigen Preisen und Bedingungen freigegeben. Im Auslande hat die Festigkeit des Marktes bei anziehenden Preisen angehalten und der Spezifikationseingang ist befriedigend.

Ueber die Geschäftslage äußert sich der Generaldirektor der Laurahütte in einer am Donnerstag abgehaltenen Aufsichtsratsitzung folgendermaßen: Schon der Septemberverlauf blieb hauptsächlich infolge des ungünstigen Wasserstandes der Oder jurid und bereits im Oktober zeigten sich die ersten Anzeichen einer Ueberfüllung des Marktes. Da trotz aller Anstrengungen des Handels und mancher Preisnachlässe die Unterbringung der erhöhten Förderung nicht möglich war, so mußten die Gruben einen erheblichen Teil der Kohlen auf Lager nehmen und vielfach Feierschichten einlegen. Die Bestände der oberflächlichen Kohlengruben betragen zurzeit über eine Million Tonnen.

Die Eisenindustrie hat an der in der zweiten Hälfte des Jahres 1909 sehr langsam einziehenden Veigerung der allgemeinen Wirtschaftslage, die sich hauptsächlich in der Zunahme von Arbeit ausdrückt, noch nicht teilnehmen können. Zwar ist die lang anhaltende Abwärtsbewegung der Verkaufspreise zum Stillstand gekommen, aus den inzwischen eingetretenen geringen Preisrückgängen aber große Hoffnungen auf Wehrgehwinde der schwer um ihre Existenz ringenden oberflächlichen Eisenhütten herzuweisen, wäre unzutreffend und vorläufig.

Ueber das voraussichtliche Ergebnis der Gesellschaft im laufenden Geschäftsjahre können Angaben noch nicht erfolgen. Die zurzeit recht unerfreuliche Lage des oberflächlichen Kohlenmarktes, die zur Einlegung zahlreicher Feierschichten auf den Gruben der Gesellschaft und Ansammlung großer Halbenbestände geführt hat, wird naturgemäß das Ergebnis des zweiten Halbjahres erheblich beeinflussen.

Die Aussichten für die nächste Zukunft können deshalb als bessere noch nicht bezeichnet werden.

Tabaktrust. Nach einer New Yorker Meldung der „Frankf. Ztg.“ wurden 22 Tabakgesellschaften in Georgia und Florida mit einem Kapital von 7 Millionen Dollars fusioniert.

Aus der Frauenbewegung.

Freiinn und bürgerliche Frauen.

Im Februarheft der Zeitschrift „Die Frau“ schreibt Helene Lange über: „Reaktion im Liberalismus“. Sie beklagt die Ablehnung und Nichtbeachtung der bürgerlichen Frauenforderungen bei der liberalen Einigung und konstatiert zum Schluß: „... Seine werdende Kraft für die Rasse der Frauen wird der Freiinn nach der Fusion eingebüßt haben.“ Und was wird die Folge sein? Was werden die Damen in Zukunft tun? Helene Lange fragt: „Sollen sie weiter nach links gehen, wo ihre Liebeszeugungen im übrigen nicht liegen, wo man aber für ihre Rechte mit Entschiedenheit eintritt?“ Und sie antwortet: „Es erscheint mir fraglos, daß viele das tun werden.“

Das erscheint uns nun weniger fraglos, als fraglich. Diese Damen würden sich in einer demokratischen Partei gar nicht wohl fühlen. In der bürgerlichen Frauenbewegung ist es leicht, eine Rolle zu spielen. Weder besondere Kenntnisse, noch große Fähigkeiten gehören dazu. In der Sozialdemokratie aber heißt es, in Reich und Glied marschieren; der einzelne tritt nicht hervor — es sei denn auf Grund seiner Leistungen. Und um hier etwas zu leisten, muß man etwas mehr wissen als anderthalb Schlagwörter der bürgerlichen Frauenbewegung. Und wozu sollten die Damen auch bei uns etwas leisten wollen? Ihre „Ueberzeugungen“, also ihre Klasseninteressen, liegen ja nicht bei der Sozialdemokratie! Das aber ist der springende Punkt. Und darum wollen wir hoffen, daß die Damen ihre Drohung nicht wahr machen werden! Wir verzichten auf Ueberläufer, die ohne „Ueberzeugung“ zur Sozialdemokratie kommen. Solche Elemente betrachten wir als Schablinge schlimmer Art. Der Abmarsch dieser Nationalsozialer nach links anno 1903 genügt uns noch für eine Weile!

Die der Freiinn mit dem Radikalismus droht und von den Rechtsparteien mißachtet wird und — zu strenge kriecht, so werden auch die Damen, nachdem ihre Drohung kühl zur Kenntnis genommen wurde, sich zufrieden geben und obendrein noch für ein paar winzige Einräumungen und ein paar gewaltige Verheißungen für die Zukunft von Herzen dankbar sein.

Der Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse feierte am vergangenen Sonntag sein Stützungsfest. Es begann mit einer gut durchdachten Rede des Genossen Grundwald, der auf die bedeutungsvollen Aufgaben hinwies, die der Verein für das gesamte Proletariat zu erfüllen habe. Nicht um der Frauen willen, auch nicht um der Männer willen leiste er Bildungsarbeit, sondern darüber hinaus ginge sein Streben, durch Heranbildung der Frauen zu denkenden, selbstbewußten und selbsthandelnden Persönlichkeiten ein höheres Gemeinschaftsleben herbeizuführen, und so eine Vereinigung von Mann und Frau auf gehoberer sittlicher Stufe zu schaffen. So wirkte der Verein für den ewigkeitsgedanken. In unserer Zeit hat man sich gewöhnt, auf die Liebe und ihre Erscheinungsformen herabzusehen. Nichts ist fälscher als dies. Wissen wir doch aus der Geschichte aller Zeiten, aus den Biographien der genialsten Menschen, welche Macht die Liebe freit ausgeübt hat. Weil heute ihre Lebensäußerungen häufig ungesund und häßlich sind — dank den äußeren Verhältnissen, unter denen wir leben —, dürfen wir doch nicht verkennen, welche einen bedeutenden Energiefaktor die Liebe im Leben des Menschen darstellt. Wir alle wissen, wie stark die Schaffenskraft gerade in den Perioden der Liebe angesetzt wird, und wie vermögen uns hiernach vorzustellen, welche herborragende psychische und ökonomische Leistungen ausgelöst werden könnten, wenn einmal die Liebe — ungehindert von ökonomischem und traditionell überkommenem Zwange — sich wird entfalten dürfen. Darum sollten wir wieder den Mut haben, zu bekennen, daß wir lieben. Weder Willkür, noch Kaserei, noch Zwang ist Liebe, wie wir sie auffassen. Wohl bedeutet Liebe eine Bindung, wohl verlangt sie Aufgabe eines Stückes Persönlichkeit, doch liegt hierin keine Verkleinerung, sondern eine Erhöhung, weil die erhöhte Leistung das Verdienst der Vereinigung beider Elemente ist. Unsere gegenwärtige Zeit verhält dies alles und zeigt uns nur die häßliche Außenseite. Auch verkennen die meisten Menschen, daß jede Zeit, jedes Alter einen besonderen Ausdruck der Liebe hat, und daß ihr Wesen mit den Jahren wechselt. Es herrscht in den Ansichten über die Liebe und in ihrer Betätigung ein heilloser Wirrwarr, nicht nur in den Kreisen der Besitzenden, sondern auch im Proletariat. Darum müssen wir, die wir hohe Forderungen an die Gesellschaft stellen, auch die Forderungen gegen uns selbst nicht zu niedrig sein lassen und unsere Jugend dahin aufklären, daß ihre Liebe nicht unabhängig ist von Zeit und Alter. Liebe in ihrer reinen und hohen Form ist ein unendlich wichtiger Erziehungsfaktor. Sie bindet und stärkt, sie steigert das Pflichtbewußtsein; darum sollte man sie nicht belächeln, noch weniger bekämpfen oder gar verheimlichen, sondern versuchen, sie zu immer höheren Formen zu ent-

**Widern.** In diesem Sinne dient der Bildungsbereich für Frauen und Mädchen einer hohen kulturellen Aufgabe, weil er den Intellekt der Frauen stärkt und ihnen durch Vermittlung von ethischer und ästhetischer Kultur innere Bereicherung bringt. So ist er ebenso ein Verein der Männer wie der Frauen, denn er wirkt reorganisierend ein auf das Liebesverhältnis zwischen Mann und Frau, er beeinflusst so auch indirekt die kommende Generation und hilft so, die Ziele der Arbeiterbewegung, die Höherentwicklung der Menschheit, zu verwirklichen.

## Verfammlungen.

### Das Stellenvermittlergesetz und die Gastwirtsgehilfen!

Vor kurzem ist dem Reichstag der Entwurf eines Stellenvermittlergesetzes unterbreitet worden. Er hat im Plenum die erste Lesung bereits passiert und unterliegt jetzt der Kommissionsberatung. Durch das Gesetz soll vor allem die gewerbmäßige Stellenvermittlung getroffen werden. Aus den Reihen der Gastwirtsgehilfen, der Bäcker, Schlächter und der Diensthilfen werden seit Jahrzehnten die bittersten Klagen laut über die Ausbeutung, der die Stellejuchenden durch die gewerbmäßigen Stellenvermittler ausgeübt sind. Nun sind zwar im Laufe der Jahre von den Landeszentralbehörden mehrfach Verordnungen erlassen worden, durch die der Betrieb der gewerbmäßigen Stellenvermittler reglementiert und kontrolliert werden sollte. Diese Verordnungen haben aber einen durchschlagenden Erfolg nicht erzielt. Sie sind im Gegenteil vielfach die Ursache gewesen, daß sich Stellenvermittler, um sich den gesetzlichen Bestimmungen zu entziehen, einfach dazu übergingen, Vereine zu gründen. Aufgabe der Gesetzgebung müßte demnach jetzt sein, diese Scheingründungen zu treffen.

Das wirksamste und einzigste Mittel, die mit der gewerbmäßigen Stellenvermittlung verbundenen Uebelstände zu beseitigen, wäre das gänzliche Verbot jeder gewerbmäßigen Stellenvermittlung. Hand in Hand damit müßte gehen die obligatorische Einführung öffentlicher, von gemeinnützigem Gesichtspunkte aus geleiteter, paritätisch verwalteter Arbeitsnachweise. Die Sache ist übrigens vollkommen spruchreif. In den süddeutschen Staaten ist schon ein ganzes Netz kommunaler Arbeitsnachweise mit den verschiedensten Fachabteilungen vorhanden, in zahlreichen Bezirken bestehen zwischen Unternehmern und Arbeitern Tarifverträge, durch die auch der Arbeitsnachweis eine Regelung erfahren hat. Es bliebe nur übrig, von Gesetzes wegen zu bestimmen, daß diese Arbeitsnachweise in jedem Falle gemeinsam von Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu verwalten sind. Damit wären die Zwangsarbeitsnachweise der Reichsbarone oder sonstigen Schatzkammer mit einem Schlage beseitigt, wenigstens wäre ihnen der Giftzahn ausgebrochen. Aber freilich, so etwas darf unsere Regierung gegen den Willen der Industriebarone nicht unternehmen. Sie kommt deswegen mit Halbmäßen daher, indem sie ein Gesetz unterbreitet, das die gewerbmäßigen Stellenvermittler zwar etwas schärfer anfaßt, die schädliche Institution aber weiter bestehen läßt. Man hätte diese 7305 Stellenvermittler, die es nach der Zahlung von 1907 in Deutschland gibt, sehr wohl ohne Entschädigung beseitigen können, nachdem man ihnen nach einer

etwa 5jährigen Karenzzeit jeden weiteren Geschäftsbetrieb verboten hätte.

Diese Forderungen wurden auch in einer großen öffentlichen Versammlung der Berliner Gastwirtsgehilfen verlesen, die am Donnerstagnachmittag in den „Industriefesthallen“ abgehalten wurde und von circa 600 Personen besucht war.

Der Genosse Robert Schmidt, der einzige Abgeordnete, der auf die Einladung, die an alle Fraktionen des Reichstags ergangen war, an der Versammlung teilnahm, mußte die Forderung der Versammlung leider zuschanden machen, indem er mitteilte, daß die Reichstagskommission bereits über die grundsätzliche Frage entschieden, daß sie die Aufhebung der gewerbmäßigen Stellenvermittlung und die obligatorische Einführung öffentlicher Arbeitsnachweise abgelehnt habe.

Der Referent Genosse Boehsch begründete in ausführlicher Weise die unten folgende Resolution, die auch einstimmig angenommen wurde. — In der Diskussion sprachen auch die Vertreter anderer Berufsvereinigungen, die sich ganz auf den Boden der Forderungen des Verbandes deutscher Gastwirtsgehilfen stellten. Dasselbe geschah durch ein Schreiben vom Nationalen Komitee der Gasthausangehörigen (ein Komitee der sogenannten „nationalgesinnten“ Gastwirtsgehilfenvereinigungen). Somit sind hier alle Richtungen der Gehilfenschaft einig, Regierung und Reichstag haben kein Recht, so behaupten, diese „radikalen“ Forderungen gingen nur von den „sozialdemokratischen“ Gehilfen aus.

Die Resolution hat folgenden Wortlaut:

Die heutige öffentliche Versammlung der gastwirtschaftlichen Angestellten hält den dem Reichstag unterbreiteten Entwurf des Stellenvermittlergesetzes für nicht weitgehend genug; sie erblickt vielmehr in der gänzlichen Beseitigung jeder gewerbmäßig betriebenen Stellenvermittlung bei gleichzeitiger obligatorischer Errichtung öffentlicher, von gemeinnützigem Gesichtspunkte aus geleiteter gebührenfreier Arbeitsnachweise die einzige und gründliche Lösung des Problems.

Unter Aufrechterhaltung dieses grundsätzlichen Standpunktes hält die Versammlung bezüglich des Entwurfs folgende Mindestforderungen beim Abänderungen für geboten:

Den öffentlichen Arbeitsnachweisen sind die „paritätischen Facharbeitsnachweise“ für bestimmte Berufe, sowie die „Tarifämter“ gleichzustellen.

Die Bestimmungen, daß den Stellenvermittlern die Taten festgesetzt werden „Sünden“, muß zwingender Natur werden.

Die Gebühren sind von den Arbeitgebern allein zu tragen, mindestens aber ist zu verlangen, daß bei der Halbierung der Gebühren der Anteil, den der Arbeitnehmer zu tragen hat, in keinem Falle höher sein darf als der, den der Arbeitgeber zu leisten hat.

Zu fordern ist ferner, daß der Anspruch des Stellenvermittlers auf die vom Arbeitnehmer zu zahlende Hälfte erlischt, wenn dieser die Stellung aus bestimmten Gründen nicht antritt bezogen antreten kann.

Gastwirte und sonstige Geschäftskreise dürfen selbst gebührenfreie Vermittlungen nicht mehr betreiben.

Um die Scheingründungen von Vereinen zum Zwecke der Umgehung des Gesetzes zu verhindern, ist zu bestimmen, daß an Orten, wo das Bedürfnis für ein bestimmtes Gewerbe durch einen in Artikel 3 vorgesehenen Nachweis als gedeckt gilt, auch Interessentenachweise (Arbeitgeber-, Arbeitnehmer-

nachweise) für den betreffenden Bezirk nicht mehr errichtet werden dürfen.

Schließlich ist die Erneuerung der von den Bundesstaaten erlassenen Verordnungen zu fordern.

## Vermischtes.

### Bank im Theater.

Wie aus Lemberg gemeldet wird, wurden im Theater in Keszegow infolge von Gasausströmungen während der Vorstellung plötzlich 33 Personen ohnmächtig. Unter den übrigen Theaterbesuchern entstand deswegen eine große Panik, welche schließlich durch das Erlöschen der Beleuchtung noch größer wurde. Einigen beherzten Personen gelang es später, das Publikum zu beruhigen und die ohnmächtigen Personen aus dem Theaterraum zu schaffen, so daß keine weiteren Unglücksfälle zu verzeichnen sind.

### Vom Hochwasser.

Pariser Meldung zufolge war die Seine gestern Abend an der Kusterlihrücke auf die Höhe von 4,86 Meter gestiegen. Der Schaden, der durch das Hochwasser in Paris und in der Gegend verursacht worden ist, wird nunmehr auf 50 Millionen Frank veranschlagt. Im Departement Seine Seine beträgt der Schaden circa 5 Millionen Frank.

### Folgeschwere Explosion.

Einige Minenarbeiter, die in einer Fabrik in Genboog einen neuen Sprengstoff, genannt Bellignit, herstellten, wurden, einer Meldung aus Glasgow zufolge, das Opfer einer furchtbaren Explosion. Drei Gebäude wurden vollständig zerstört, drei Personen wurden getötet, 6 schwer und eine größere Anzahl leichter verletzt.

### Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am		seit		Wasserstand	am		seit	
	24.	23.	24.	23.		24.	23.	24.	23.
	cm	cm	cm	cm		cm	cm	cm	cm
Remel, Mühl	414	+9			Saale, Großh.	267	+31		
Wegel, Ansternburg	87	+42			Havel, Spandau	124	0		
Reichel, Thom	182	+6			Havel, Rathenow	153	-1		
Ober, Rathbor	322	+2			Spree, Sternberg	88	0		
Strofen	108	+1			Berlow	152	+1		
Frankfurt	178	-2			Weser, Minden	220	+56		
Garthe, Schrum	186	-6			Weser, Minden	227	+25		
Rega, Landsberg	186	+2			Rhein, Neuwied	500	+14		
Rega, Nordam	34	+14			Rhein, Neuwied	343	+20		
Elbe, Leimeritz	87	+31			Rhein, Neuwied	476	+46		
Elbe, Dresden	-55	+17			Weser, Verden	180	-5		
Elbe, Dresden	218	+2			Weser, Verden	270	+7		
Elbe, Magdeburg	176	-2			Weser, Verden	425	+47		

+) + bedeutet Hoch, - Nied. - \*) Unterpegel. - \*) Elbstand. Die diesmalige Anschwellung der Mosel hat ungefähr die Höhe des mittleren Hochwassers. Bei Trier sei das Wasser heute morgen beim Wasserstand 416 cm schon wieder, bei Koblenz war mit 522 cm gerade der Höchststand erreicht. — Die Anschwellung des Rheins ist ganz unmerklich.

**Sozialdemokratischer Wahlverein**  
für den  
**4. Berliner Reichstagswahlkreis**  
Görlitzer Viertel,  
Bezirk 224. Teil II.  
Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß unser Genosse, der Schankwirt  
**Emil Baumgärtner**  
Reichenberger Str. 107,  
gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Sonntag, den 27. Februar, nach-  
mittags 4 Uhr, von der Leichen-  
halle des Michaeliskirchhofes in  
Rixdorf, Hermannstraße, aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
Der Vorstand.

**Sozialdemokrat. Wahlverein**  
**Rixdorf.**  
Am 23. Februar verstarb unser  
Mitglied, der Milchhändler  
**Berthold Heinrich**  
(9. Bezirk.)  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute  
nachmittags 2 Uhr, von der Halle  
des Thomas-Kirchhofes (Hermann-  
straße) aus statt.  
224/8 Der Vorstand.

**Zentralverband**  
**deutscher Brauerei-Arbeiter.**  
Zahlstelle Berlin.  
Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß am 23. Februar unser Kollege  
der Flaschen-Kellerarbeiter  
**Berthold Heinrich**  
(Brauerei Hoppeldt)  
nach langem Leiden verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute  
Sonntag, nachmittags 2 Uhr,  
von der Leichenhalle des Thomas-  
Kirchhofes in Rixdorf, Hermann-  
straße, aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
42/5 Die Ortsverwaltung.

**Deutscher**  
**Metallarbeiter-Vorband**  
Verwaltungsstelle Berlin.  
**Todes-Anzeige.**  
Den Kollegen zur Nachricht, daß  
unser Mitglied, der Schlosser  
**Wilhelm Tuschy**  
am 21. Februar freiwillig aus dem  
Leben geschieden ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Sonntag, den 27. Februar, nach-  
mittags 3 Uhr, von der Leichen-  
halle des Dankes-Kirchhofes in  
Reinickendorf, Scharnweberstraße,  
aus statt.  
Rege Beteiligung erwartet  
Die Ortsverwaltung.

Am 24. d. M. verschied nach  
langem, schmerzlichen Leiden mein  
lieber, guter Mann  
**Emil Baumgärtner**  
im Alter von 44 Jahren.  
Dies zeigt teilnehmend an  
**Clara Baumgärtner**  
nebst Kindern.  
Die Beerdigung findet am  
Sonntag, nachmittags 4 Uhr auf  
Michaeliskirchhof, Rixdorf, Hermann-  
straße 191-193, statt. 44312

**Deutscher**  
**Transportarbeiter-Vorband.**  
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.  
Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß unser Kollege, der Fensterputzer  
**August Kölln**  
am 23. d. Mts. im Alter von  
29 Jahren verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet morgen,  
Sonntag, den 27. Februar, nach-  
mittags 2 Uhr, vom Trauerhause,  
Reichenberger Straße 22, aus nach  
dem Michaeliskirchhof in Nordend-  
Nieder-Schönhausen statt. 60/13  
Um rege Beteiligung ersucht  
Die Bezirksverwaltung.

Neu aufgenommen:  
**Einsegnungs-Stiefel**  
Einheitspreis M. 12.50  
Ein guter Stiefel, der bequem sitzt, höchst  
ausseht und Haltbarkeit mit billigem Preis  
verbindet — das ist der Salamanderstiefel.  
Fordern Sie Musterbuch V

**Jugend-**  
**Liederbuch**  
  
Preis: kartoniert 20 Pfennig  
gebunden 30 Pfennig  
Zu beziehen durch:  
**Expedition des „Vorwärts“**  
Berlin SW.  
Lindenstraße 69 (Laden).

Wir empfehlen ein Buch von  
**August Bebel.**  
Neueste Aufnahme.  
Tadellose Ausführung.  
Bildgröße 30 x 40 cm  
Kartongröße 60 x 90 cm.  
Preis 2.50 M.  
**Expedition des „Vorwärts“**  
Berlin SW. 68,  
Lindenstraße 69, Laden.

**Soeben erschienen!**  
**Die Städteordnung**  
für die sechs östlichen  
Provinzen der preussischen  
Monarchie.  
Erfasst von Paul Hirsch.  
Preis gebunden 3 Mark.  
**Expedition des „Vorwärts“**  
Berlin SW. 68, Lindenstr. 69.

**Verband der freien Gast- und**  
**Schankwirte Deutschlands.**  
Zahlstelle Berlin.  
Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß der Kollege  
**Emil Baumgärtner**  
Reichenberger Str. 107, Bezirk 4)  
am 24. Februar verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Sonntag, den 27. d. M., nach-  
mittags 4 Uhr, von der Leichen-  
halle des St. Michaeliskirchhofes  
in Rixdorf, Hermannstraße 191,  
aus statt.

**Todes-Anzeige.**  
Allen Verwandten, Freunden,  
Bekanntem und Parteilosen die  
traurige Nachricht, daß meine  
liebe Frau  
**Alma Schmidt** geb. Sörner  
am Donnerstag, den 24. d. Mts.,  
nach kurzem, schmerzlichen im  
26. Lebensjahre verstorben ist.  
Um stille Teilnahme bitte!  
**Paul Schmidt,**  
Schankwirt, Pappel-Allee 64.  
Die Beerdigung findet Sonntag,  
den 28. d. M., nachmittags 4 Uhr,  
von der Halle des Michaeliskirchhofes  
in Reinickendorf, Scharnweberstraße  
aus statt.

Den Kollegen zur Nachricht,  
daß die Frau des Kol. Schmidt  
**Alma Schmidt**  
geb. Sörner  
(Pappelallee 64, Bezirk 3)  
verstorben ist.  
Ehre ihrem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Son-  
ntag, den 28. d. M., nachmittags  
4 Uhr, von der Leichenhalle des  
Gethemone-Kirchhofes in Nord-  
end aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
Die Ortsverwaltung.

Allen Verwandten, Freunden und  
Bekanntem die traurige Nachricht,  
daß mein herzenguter Mann  
und unser lieber Vater, der  
Schlosser  
**Wilhelm Tuschy**  
im Alter von 46 Jahren ver-  
storben ist.  
Die Beerdigung findet am  
Sonntag, den 27. Februar, nach-  
mittags 3 Uhr, von der Leichen-  
halle des Dankes-Kirchhofes in  
Reinickendorf, Scharnweberstraße  
aus statt.  
Die trauernden Hinterbliebenen.  
Franziska Tuschy nebst Kindern.

**Dankagung.**  
Für die vielen Beweise herzlicher  
Teilnahme bei der Beerdigung meines  
Mannes und meines guten Vaters  
lagen mir hierdurch allen, insbeson-  
dere den Herren Kollegen meiner  
berühmten Dank.  
Die trauernde Witwe  
**Bartha Kolbe**  
nebst Kindern.

**Blumen- und Kranzbinderei**  
von **Robert Meyer,**  
nur **Mariannen-Straße 2.**

**Salamander**  
Schuhfabrik, m. b. H. Berlin.  
W. 6 Friedrich-Strasse 182 NW, Wilsnacker Strasse  
C. König-Strasse 47 Koko Turm-Strasse 9  
SW. Friedrich-Strasse 231 W. Tauentzien-Strasse 15  
C. Rosenhaier Tor N. Bad-Strasse 20  
W. Potsdamer Strasse 5 Spandau, Breite Strasse 80

**Zur Einsegnung!**  
**Anzüge** aus schwarzen  
Kammgarn- u.  
Wollstoffen  
Mk. 21.50, 17.50, 14.50  
**Anzüge** aus dunkelblauem  
Kammgarn-  
Cheviot, ein- und  
zweireihig Formen  
Mk. 28.50, 24.50, 18.50  
**Anzüge** aus tief-schwarzen in  
Kammgarn- u. Tuch-  
Kammgarn - Stoffen.  
Pa. Verarbeitung.  
Mk. 36.00, 30.50, 24.50  
**Anzüge** vor Prüfung  
aus haltbaren, modern  
gemusterten Stoffen.  
Mk. 22.50, 19.00, 17.50  
Nur eigene Konfektion. — Prima Rohhaar-Verarbeitung.  
**M. Schulmeister**  
BERLIN SO., Dresdenerstraße 4, Hochbahn-Station  
Kottbuscher Tor.

# Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.

Bureau: Engelauer 14/15.

Zel. IV Nr. 3578 u. 10623.

## Einsetzer!

Die Branchen-Versammlung am Sonntag findet nicht statt. Die Kommission.

## Bodenleger!

Montag, den 28. Februar, um 5 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelauer 15, Saal I:

## Branchen-Versammlung

Tages-Ordnung:

1. Bericht über die Verhandlung betreffs Tarifvertrag. 2. Rechnung vom Streit. 3. Branchenangelegenheiten. Um zahlreichen Besuch ersucht Die Kommission.

## Konsumgenossenschaft von Adlershof u. Umg.

Eingetr. Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.

Sonntag, den 6. März 1910, nachm. 2 1/2 Uhr:

## Außerordentliche General-Versammlung

in Echners Sport-Restaurant, Adlershof, am Bahnhof.

Tages-Ordnung:

1. Beratung des Statutenentwurfs betr. Errichtung des Genossenschaftsrates. 2. Antrag der Genossen in Ober-Schöneweide auf Einführung der Sonntagsschließung in den Verkaufsstellen. 3. Wahl des 3. Vorstandsmitgliedes und eines Aufsichtsratsmitgliedes. 4. Anträge der Mitglieder. Vorträge zur Generalversammlung müssen bis zum 24. Februar 1910 beim Vorstände schriftlich eingereicht sein. Legitimationskarte oder Mitgliedsbuch legitimiert. Der Vorstand. Hermann Silberbrandt. Wilhelm Kuhl.

## Partei-Expeditionen:

Zentrum: Albert Dahnisch, Auguststr. 60, Eingang Joachimstraße.  
 2. Wahlkreis, Westen: Gustav Schmidt, Kirchhofstr. 14, Hofpartei.  
 Süden und Südwesten: Hermann Berner, Gneissaustr. 72, Laden.  
 3. Wahlkreis, St. Pauli, Brunnstr. 31, Hof rechts part.  
 4. Wahlkreis, Osten: Robert Wengels, Andreasstraße 17. - Wilhelm Rann, Petersburgerplatz 4 (Laden).  
 4. Wahlkreis, Südosten: Paul Böhm, Laufferplatz 14/15 (Laden).  
 5. Wahlkreis, Leo Sucht, Jannaustraße 13 (Hof).  
 6. Wahlkreis (Moabit und Hansaviertel): Karl Anders, Salzweberstr. 8, im Laden.  
 Wedding: Karl Weig, Kajakstr. 49.  
 Rosenthaler und Oranienburger Vorstadt: Hermann Ralsche, Bernauerstr. 9, vom part.  
 Gesundbrunnen: J. Lepp, Stettinerstr. 10.  
 Schönhauser Vorstadt: Karl Wars, Lohsestr. 123.  
 Adlershof: Karl Schwarze, Hoffmannstr. 9.  
 Alt-Glenteke: Wilhelm Dürr, Ruhowerstr. 83 II.  
 Baumgartenweg: H. Hornig, Marienbaderstr. 18, I.  
 Bernau, Röntgenal, Zepernick, Schönau und Schönbrück: Heinrich Brose, Dohlestr. 74, part.  
 Bohnsdorf und Falkenberg: Alois Lauf, Bohnsdorf, Genossenschaftshaus "Paradies".  
 Charlottenburg: Gustav Scharnberg, Eichenheimerstraße 1, Ecke Geiselstraße, Laden.  
 Eichwalde, Zeuthen, Miersdorf und Hankels Ablage: Oskar Rahl, Eichwalde, Stubenrauchstr. 99.  
 Erkner: Ernst Hoffmann, Friedrichshagener Chaussee.  
 Fredersdorf-Petershagen: E. Häselbarth, Petershagen.  
 Friedenu-Sieglitz-Südende: H. Bernier, Schloßstr. 119, Hof I, in Sieglitz. Behaltungen nehmen entgegen in Sieglitz: H. Rohl, Döppelstr. 32, und H. Schellhase, Hornstr. 15a.  
 Friedrichshagen: Ernst Berimann, Friedrichstr. 67.  
 Grünau: Franz Klein, Bahnhofstr. 6 III.  
 Johannisthal: Helmut Rüter, Ködellstr. 9, II.  
 Karlshorst: Richard Rüter, Ködellstr. 9, II.  
 Königs-Wusterhausen: Friedrich Soumann, Bahnhofstr. 13.  
 Köpenick: Emil Ehler, Heegerstr. 6, Laden.  
 Lichtenberg, Friedrichsfelde, Wilhelmsberg: Otto Sattel, Kronprinzenstraße 4, I.  
 Mahldorf und Kaulsdorf: Hugo Scheibe, Mahldorf, Halberstraße 14.  
 Mariendorf: August Zeit, Chaussee 206, Hof.  
 Nieder-Schöneweide: Max Friede, Strießerstr. 14 II.  
 Nowawes: Wilhelm Hoppe, Gelebrichstr. 7.  
 Ober-Schöneweide: August Henjes, Laufferstr. 2, I.  
 Pankow-Niederschönhausen: Otto Rihmann, Mühlenstraße 30.  
 Reinickendorf-Ost, Wilhelmsruh und Schönholz: H. Gurth, Ramestr. 12, I.  
 Rixdorf: W. Helwig, Redarstraße 2, im Laden.  
 Rummelsburg, Boxhagen: H. Rosenkrantz, Alt-Boxhagen 50.  
 Schmargendorf: Gustav Saminsky, Gmostraße 2.  
 Schöneberg: Wilhelm Baumler, Marlin Lutherstr. 51, im Laden.  
 Spandau: H. Köppen, Jagowstr. 9.  
 Tegel, Borsigwalde, Wittenau, Waldmannslust, Bernsdorf und Reinickendorf-West: Paul Riehn, Borsigwalde, Mühlstraße 10.  
 Teltow: Wilhelm Bönig, Teltow, Jellendorfer Str. 4.  
 Tempelhof: Albert Tzsch, Friedrich Wilhelmstr. 30.  
 Treptow: Rob. Gramenz, Riechholzstraße 412, Laden.  
 Weißensee: H. Rühmann, Sedanstr. 106, partiere.  
 Wilmerdorf-Halensee: Wiltrud, Gasteiner Str. 4.  
 Sämtliche Parteiliteratur sowie alle wissenschaftlichen Werke werden geliefert.

Annahme von Inseraten für den „Vorwärts“.  
 Bitte ausschneiden. 345/1

# Zentralverband der Maurer Deutschlands

Zweigverein Berlin.

## Sektion der Putzer.

Sonntag, 27. Februar, vorm. 10 Uhr, in Dräsel's Festsaal, Neue Friedrichstr. 35:

## Außerordentliche Mitglieder-Versammlung.

1. Berichterstattung der Delegierten vom XI. Verbandstage. 2. Diskussion. 3. Bekanntgabe des Wahlergebnisses von der Vorstandswahl. 4. Antrag des Vorstandes. 5. Berchiedenes.

Es ist Pflicht eines jeden Mitgliedes, in dieser Versammlung zu erscheinen. Mitgliedsbuch legitimiert. Der Vorstand. J. A.: E. Schulze.

# Verband der baugewerbl. Hilfsarbeiter Deutschlands.

Zweigverein Berlin und Umgegend.

Sonntag, den 27. Februar, vormittags 10 Uhr, in den Urminhallen, Kommandantenstr. 58-59:

## Außerordentliche General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Bericht der Delegierten vom Verbandstag. 2. Diskussion. Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung ist es Pflicht eines jeden Kollegen, in dieser Versammlung zu erscheinen. Mitgliedsbuch legitimiert, ohne dasselbe kein Einlass. Der Zweigvereinsvorstand.

# Deutscher Transportarbeiter-Verband

Bezirksverwaltung Groß-Berlin.

Mitglieder des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes aus sämtlichen Brauereien u. Niederlagen Berlins u. Umg.

Sonntag, den 27. Februar, mittags 1 1/2 Uhr:

## Große Versammlung

im Gewerkschaftshause, Engelauer 14-15, Saal 4:

Tages-Ordnung:

1. Tätigkeitsbericht der Branchenleitung. 2. Diskussion. 3. Neuwahl der Branchenleitung. 4. Mitteilungen. Kollegen! In Rücksicht auf die Wichtigkeit der Tagesordnung erwarten wir, daß alle in Frage kommenden Kollegen erscheinen. Keiner darf fehlen! Mitgliedsbuch legitimiert, ohne dasselbe kein Eintritt. Die Branchenleitung.

wöchentliche Teilzahlung liefert elegante fertige Herren- u. Knaben-Garderobe. Ersta für Maß. Maß-Anfertigung. Feinste Verarbeitung. unter Leitung erstklassiger Schneidermeister.

**J. Kurzberg**  
 40 Rosenthaler Str. 40  
 I. Etage, direkt am Hackeschen Markt  
 Kein Waren-Kredit-Haus!  
 Bei Barzahlung 10% Rabatt

Enorm billiger Verkauf elegant. Monatsgarderoben früher 50-90 M., jetzt 12-25 M.  
 Deutsches Bekleidungshaus, Große Frankfurterstraße 89, nur 1 Treppe, kein Laden. Rahmgeb. wird vergütet.

**Kautabake - 5 Pfg.-Rollen**  
 der Firma **Fischer & Herwig, Hann. Münden.**  
 Erstklassige Fabrikat.  
 Hauptniederlage:  
**Max Ziegenhals, Berlin NO., Neue Königstr. 70**  
 Amt VII, 3047.

Die reellsten und billigsten **Möbel**  
 und Polsterwaren auf Teilzahlung zu Kassapreisen und Zinsvergütung erhält man in der seit 33 Jahren bestehenden Möbel-fabrik unter 10jähriger Garantie **C. Schulz, StraÙe 5.**

Überall erhältlich wo das Plakat aushängt. Keine Verwechslung mit österreichischem (galizisch.) Petroleum

Jeder Arbeiter, jeder Handwerker sollte zur Arbeit die Lederhose **Herkules** tragen.  
 = Unerreichte = Leistungsfähigkeit. **Allein-Vorkauf.**  
 Sehr starkes Leder in grauen u. braunen Streifen, auch einfarbig. Am Bund aus einem Stück gearbeitet, wodurch besondere Haltbarkeit bedingt ist. Sehr feste Kappnähte, stark Garn.  
 Schwere Leder-Pilot-Taschen. Große Flecken unmont. Trotz dieser vielen und anderer Vorzüge kostet die Herkules-Hose 4 M. 50 normale Mannes-C.

Berufs- u. Schutzkleidung für alle Zweige der Gewerbe u. Industrie, Sanitätsdienst usw.  
**BAER SOHN**  
 Spezial-Haus größten Maßstabes  
 Chausseestr. 29-30 - Brückenstr. 25  
 Gr. Frankfurterstr. 20  
 Schönberg, Hauptstr. 18.  
 Haupt-Katalog gratis u. franko.

lieben Onkel Ernst  
 in Treptow, Neue Königstr. 61  
 am Wintermarkt:  
 Großer Schokoladen-Krater.

**A. B. Koch**  
 Kohlen-Erfreitagshandlung  
 Gegründet 1838.  
 Haupt-Kontor Berlin O. 24,  
 Petersburger Straße 1  
 (gegenüber Warschauer Straße).  
 Telephon Nr. 7 Nr. 2040 u. 2096.

Lagerplätze u. Verkaufsstellen  
 I. O. 24. Chk., Güterbahnhof, Gung. Mühlendörfer Str. 71, fr. Chk. Bahnh. 11.  
 II. O. 17. Chk., Güterbahnhof, Fruchtstr. 15.  
 III. N. 113. Schußstraße 28-34, Ecke Schönebergener Straße.  
 IV. N. 65. Kutenstraße 35-41, Ecke Mühlendörferstraße.  
 Treite für nur 10 Marken ab Maß von 10 Lit. an:  
 Prima Halbstein Str. 88 W.  
 Perbinant Str. 90 W.  
 Marienl. Cal. Str. 90 W.  
 Mönnerstraße und Gorb. Calen. Str. 90 W.  
 in Diamant, gefeilt, gerichtet  
 (pr. Lit. 118-120 St.) Str. 105 W.  
 Wile. Str. 105 W.  
 in Wandregal-Geb. Str. 230  
 Kofe, Holz, Stein, etc. etc. zu den billigsten Tages- u. Konsumpreisen. Anlieferung frei Keller je nach Quantum pr. Lit. 10-15 St. mehr. - Bei Originalverpackung und größeren Abhängen verlangen Sie meine Spezial-Offerte.

Geschenkt bekommen Sie neben abgebildete und noch viele andere hübsche Gegenstände, wenn Sie Gentner's Schuhcreme „Nigrin“ in Ihrem Haushalt verwenden. Alleiniger Fabrikant **Carl Gentner in Göppingen (Württemb.)** und Fabrikant des beliebten Vollhenseifenspulvers „Goldperle“ mit Geschenk in jedem Paket.

**Urania-Salonöl**  
**URANIA**  
**SALONÖL**

Bezugsquellen-Verzeichnis.

Abzählungsgeschäfte

Credit-Haus Moabit... Turnstraße 35, Ecke Waldstraße...

Labascher, S.

Spandau, Potsdamerstr. 23 I. Isakietes s. Pl. Schöneberg, Kolonnenstr. 9 am Ringbahn.

Alkoholfreie Getränke

Sinalco (Bilzbrause) Gen.-Vertreter Otto Starick

NO, Landsberger Allee 6/7. Fernruf VII. 1666 und 1664.

Bäckereien, Konditorien

Oskar Hanke's Brotbäckerei 75 Geschäfte in allen Stadtteilen Berlins...

Hankes Brotbäckerei Inh.: Paul Hanke.

Peter's Gross-Bäckerei in allen Stadtteilen und östlichen Vororten...

Th. Turban Landbrotbäckerei, Niederbarnauerstr. 4, Landeb. Allee 148.

Ulbrich Charlottenburg, 50 Filialen.

Badanstalten Argentin-Bad, Köpenicker Str. 60/61.

Bad Invalidenstr. 16. Köpenicker Bad, Köpenickerstr. 176.

Neuendorfer-Bad, Köpenickerstr. 51. Neander-Bad, Neanderstr. 12.

Prinzen-Bad, Prinzenstr. 42. Viktoria-Bad, Prinzenstr. 42.

Bandagen, Gummiwaren Lange, A. E., Brunnenstr. 167.

Wende, A., Optiker, Zimmermann, Rich., gr. Frkf. Str. 113.

Beordigungsanst., Sargm. Fuchs, Paul, Frankfurter Allee 147.

Beleucht.-Gegenstände Büttner, A., Danzigerstr. 36.

Neuendorf, O. P., L. d. Spar-Vor. Nord. Schramm, W., Richardstr. 118.

Herufabrikation Bohn, R., Invalidenstr. 125, Chausseestr. 123.

Graf & Heyn, Wilmersdorfer Str. 118/119.

Schlesinger, Hermann N.W. Turmstrasse 58 Die richtigen N. Reinkend.-Str. 48 Sachen.

Wilh. Scholem Kottbuserdamm 94, Keller.

Schuch, M., Rixdorf, Berlinerstr. 12.

Wacker, A. Kottbuserdamm 94.

Bierbrauereien, Bierdlig. Bergbrauerei Bergstr. 22.

Patzenhofer Brauerei Die Patzenhofer Flaschenbier sind in allen einschlägigen Geschäften erhältlich.

BORUSSIA Metzler.

Brauerei „Germania“ Actien-Gesellschaft. In ca. 100 eig. Ausschanklokal. 4/10 L. Baisisch 10 Pfg., kl. Weißb. 10, gr. Weißb. 20 Pfg.

Brauerei Königstadt feinste Qualitätsbiere.

Brauerei Pfefferberg, Versand- und Pilsener Bier.

Brauerei Weissensee, G. Badens. Groterjans

Malz- u. Weißbier-Brauerei Stern, N. Prinz-Allee 77, Tel.-A. Moabit, 2921.

Richter & Co., J. C. A., Weisbierbrauerei, Berlin C 54, Tel. III, 1517.

Schlossbrauerei Schöneberg. Schlossbräu - Kronenbräu in Gebinden und Flaschen.

Spandauerberg-Brauerei, Westend.

Vereins-Brauerei Rixdorf Berliner Kindl.

Vereins-Brauerei Teutonia, NW 07. Weisbier, C. Breithaupt, Fallsadenstr. 97, Tel.-A. VII, 2634.

Butter, Eier, Käse Butterhandlung J. F. Assmann

20 Filialen in Berlin O. Dänker, Otto, 11 Filialen.

Butterhandlung Fritz Muth. Schatz, Arthur, Rixdorf, Hermannstr. 39 u. 45.

Welschbier, C. Breithaupt, Fallsadenstr. 97, Tel.-A. VII, 2634.

Cacao, Chocolate Beer, Gust., Müllerstr. 155.

Cylix, G., Filialen i. allen Stadtteilen.

Seiffert, Erieb, Filialen in Berlin und Vororten.

Cigarrenhandlungen Adel, A. G., Müllerstr. 13.

Böckmann, J., Rixdorf, Brunnenstr. 137.

Frei-Bauch, Rixdorf, Hermannstr. 53.

Hennig, A. S., Camphausenstr. 13. Kerschbark, G., Kreuzbergstr. 16-20.

Müller, Paul, Bunsenstr. 38. Priegant, Wilh., Bellealliancestr. 75.

Schirmer, A., Invalidenstr. 12. T. A. G., Petersburgerstr. 5.

Teuber, Franz, Urbanstr. 55. Weber, E., Rixdorf, Hermannstr. 110.

Walters, Theod., Mühlstr. 25.

Damenkonfektion Hugo Ahronfeld, Gr. Frankf. Str. 117, Badstr. 23.

Essig, Klöber, Hälles, Metzlerstr. 23.

Cohn, Geschw., Bergmannstr. 9. Wilmersdorferstr. 57.

Dressel, Eke Festalstraße. Freundlich, Paul, Brunnenstr. 67.

Graf & Heyn, Wilmersdorfer Str. 118/119.

Hirschowitz, Hermannstr. 54. Rosenthalerstr. 16.

Link, Paul, Rixdorf, Routerstr. 63, s. d. Kaiser Friedrichstr. Damen-Mantel-Fabr.

Rosenthaler Straße 16/17. Wagner, P., Rixdorf, Bergstr. 42.

A. Kieper, Nowawes Friedriehstrasse 28.

Drogen u. Farben Gottschalk, Otto, Krautstr. 55 a.

Gronfeld, U. R., Hermannstr. 144. Helios-Drogerie, Frank. Allee 156.

Hesse, Max, Spandau, Breite Str. 52. Keune, Carl, Brunnenstr. 29.

Kronen-Drogerie, Alt-Boxhagen 48. Reges, Koppenstr. 95, a. Schloß. 49f.

Richter, R., Reinkendendorferstr. 110. Schultz, Hugo, Müllerstr. 166 a.

Photogr.-Bed.-Art., Hyg. Gummiw. Schwedenstr. 1. Kolonnenstr. 129.

Eisend Buchh., Soldatenstr. 38. Lieferant sämtl. Krankenk. T. II, 2856.

Eisen- u. Stahlw., Waffen Alm, O., Rl., Kaiser Friedrichstr. 6.

Anders, Otto, Berlin, Brunnenstr. 109. Klessling, G., Bergstr. 32.

Kniehase, A., Skaltzstr. 46 B. Lamprecht, Martin, Schwedenstr. 1.

Linde, F., Rixdorf, Friedelstr. 35/36. Pauske, Max, Rl., Berlinerstr. 92.

Rühlmann, P., Müllerstr. 40b, E. Seest. Schröder, O., Rl., Hermannstr. 69/60.

Sollach, Th., Rl., Hermannstr. 69. Wolf, Carl, Moabit, Turmstr. 48.

Wurmsee, Max, Nachf., Invalidenstr. 2. Fahrred., Nähmaschinen Baum, Emil, Schöneberg, Herberstr. 1.

Bosling, E., Kottbuserdamm 77. Daedrich, F., Rl., Kottbuserdamm 77.

Berliner Bock-Brauerei. Berliner Weißbier-Brauerei. Carl Richter, Berlin, Dalldorf, Str. 3, T. 1390.

Bier-Verlag, Gitschinerstr. 90.

Fiedler, G., Spandau, Klosterstr. 49. Hauberr, Willy, Katalog umsonst.

Sehr bill. Preise! Keine Lockartikel. Helander, E., Müllersstr. 13.

Hoppe, Lothringenstr. 40, Teilzahlung. Steglitz, Schloßstr. 118.

Krüger, Rich., Liniestr. 2. Leopold & Schulz, Danzigerstr. 29.

Pohle, Reinh., Schönebg., Hauptstr. 105. Röper, Carl, Petersb.-Str. 1 a. d. Frkf. Allee.

Röpke, G., Rl., Hohensöllernplatz 13. Fahrrad-Reiser von Rund um Berlin

Solidaria-Mitglieder Händlerpreise. Welmelesterstr. 2, I. Kein Laden.

Schönborn, Willy, Charlbg., Schulst. 5. Färbereien, Wäschereien

Carl Pollnow, Frankfurter Allee 63. 20 Filialen.

Berliner Dampf-Wäscherei Fritz Hering, Neue Königstr. 84.

Meesters, Th. Osw. Naefe

chem. Wäscherei Fbr. Britz, Rüdowerstr. 34.

Fil. Rixd., Bergstr. 74 u. 161. Rixd. Kals. Fbr.-Str. 105/243.

Friedelstr. 24. Steinmetzstr. 45.

Liebaustr. 33. Bin. Lausitzerplatz 8.

Warschauerstr. 8. Schivelbeinerstr. 38.

Beitzw. 20. Gröfstr. 82. Kastanienallee 27.

Bernhardtstr. 13. Bernauerstr. 29.

Goltzstr. 17. Aksenstr. 6.

Hauptstr. 106. Stenzel, Paul, 10 Geschäfte in Nord-Berlin.

Fischhandlungen Winkler & Bärthold, Bergstr. 5 u. 17.

Kottbuserd. 20. Fleischeren u. Wurstw. Besold, K., Rl., Hermannstr. 147.

Wurst, Speck, Schinken kaufen Sie am besten u. billigsten bei

Anton Fehlan, Gonthardstr. Stadtbahnhof Ecke Königgrub., Andreasstr. 47, Landeb.-bergerstr. 95, Königbergerstr. 6.

Landeb. Allee 30, Rixd., Bergstr. 16. Hasenstein, A. O., Badstr. 12.

Wühle, Gust., Rundenstr. 2, Turmstr. 67.

Grammophone, Sprechm. Becker, W., Wilmersdorferstr. 127, I.

Goetsch, Frd., Alt-Moabit 107, Edison, Heilmichs, E., Müllerstr. 12.

Lothringenstr. 40. Hoppe, Steglitz, Schloßstr. 118.

Hoyer, A., Bergstr. 163 I. Brunnenstr. 117.

Jahre, M., Teilzahl. restat. Juhre, M., Teilzahl. restat. Phonographen-Katz

größtes Spezialhaus. Pietsch, Hugo, Müllerstr. 163, Spezialgesch.

Rund um Berlin Weinmeisterstr. 2. Wandell, Teilzahlung gestattet.

Haus- u. Küchengeräte Graf & Heyn, Wilmersdorfer Str. 118/119.

Kamnick, Spandau, Schönewald-Str. 32. Esauß, Glas, Porzellan, Laysy, Küchen-Schreier, Dalldorfstr. 19.

Lehnert, Emil, Brunnenstr. 178. Palm, H., Frank. Chaussee 61 d.

Rohkrämer, P., Nachf., Frkf. Allee 19. Sandow, Rud., Wilmersdorfer Str. 120.

Schreier, Ad., Bergstr. 143. Wurmsee, Max, Nachf., Invalidenstr. 2.

Herren-Artikel Bazar-Brunnen, Brunnenstr. 66.

Brocks, J., Müllerstr. 129, 5/9, Rab. Brückner, Rch., Frank. Allee 34.

König, Otto, Frkf. Allee 49, Petersb.-Str. 63, Warschauerstr. 23.

Littauer, Fr., Frank. Allee Nr. 174. Mahne, Adolf, Rosenfelderstr. 3.

Hilte u. Schirme. Nord-Ost, gr. Frankf. Str. 139.

Ruben, Oscar, Brunnenstr. 60. Schlesinger, Reinkendendorferstr. 46.

Sprengel, A., Wienerstr. 14 B. Zallo, Louis, Oranienstr. 191.

Zirker, Max, Stettinerstr. 3. Herren-Artikel Amerikanische Verkaufshäuser.

Frankf. Allee 185, Rosenthalerstr. 63. Bergmann, E., Turmstr. 43.

Bier, Julius, Brunnenstr. 144. Blitz!, Goltzstr. 36.

Bohn, R., Inv.-Str. 123. Chausseestr. 123 B.

Garderehnh. Nordstern, Brunnenstr. 56. Haber, S., Invalidenstr. 112.

Herr.-Bekleidung, Krassitz, 72. Mügl. P. Hirsch, J., Hochmeisterstr. 23.

Leak & Stupack, Schön. Allee 70c. Marks, F., Bernthorstr. 1, I.

kein Laden, daher bill. Preise, Teilzahlung gestattet. Mahke, J., Föhlerstr. 38.

Ost, W., Frank. Allee 117, a. Maß. Reitzig, Ad., Frank. Allee 107.

Ringel, Sie kaufen reell auch nach Maß. St. Chausseestr. 31.

Rosner, Max, Schneidermeister, Rixd., Bergstr. 2031.

Lager fertig und nach Maß. Salberg, H., Badstr. 18, fert. u. n. Maß.

Salomon, Jul., Brunnenstr. 26. Schachmann, Louis, Brunnenstr. 61.

Schlesinger, H., Liefl. & Konsumgenossenschaft. Sie kaufen reell auch nach Maß.

Turmstr. 56 u. Reinkendendorferstr. 48.

Werner, Erich, Schönebg., Allee 184, Am Schönb. Tor.

Hüte, Mützen u. Pelzw. Bazar-Brunnen, Brunnenstr. 66.

Beise, Rud., Chausseestr. 66. Casper, Ed., Rixdorf, Bergstr. 133.

Cohn, Simon, Goltzstr. 22. Frenzel, Albert, Rixdorf, Bergstr. 133.

Graf & Heyn, Wilmersdorfer Str. 118/119.

Haase, Rich., Kantianen-Allee 26. Jacob, Oskar, Schönhauser Allee 194.

Kehr-Hüte, Friedrichshain 35 (Königstr.). Krüger, Otto, Prenzl. Allee 210.

Littauer, Fritz, Frankf. Allee 154. LOBER-HÜTE

Frankfurter Allee 193. Lucht, Paul, gr. Frankf. Str. 199.

Mandel's Hutfabrik, Chasse. 2. Nord-Ost, gr. Frankf.-Str. 120.

Papst, E., O. 17, Gr. Frankf. Str. 138. Partal, A., Frankf. Allee 149.

Prager, Hutfabrik, Prenzl. Allee 27. Rieck, Em., Gerichtstr. 62.

Ring, A., Rosenthaler Straße 19. Schlesinger, Turmstr. 58.

Schoor, Herm., Wilmersd. Str. 46. Vester, E., Damm 18/19.

Wancko, Ernst, Rixdorf, Bergstr. 6a. Wehner, H., Großwälderstr. 33.

Zimmer, H., Rl., Hermannstr. 108/109. Zöllner, Julius, Badstr. 23.

Kaufhäuser Falkenstein, Paul, Hochstädter-Str. 1.

Emil Hoegner Schöneberg

Grunewaldstr., Ecke Akazienstr. Vorwärts-Leser erhält dopp. Marken

Kaufhaus für Gelegenheitskäufe Siegfried Hirschfeld, Habsburgerstr. 7.

Ekke Hohenstaufenstr. Täglich Eingang von Partien zu enorm billigen Preisen.

Kaufhaus Gustav Pinkus

Möllerstr. 163 a, streng reelle Bedien., bill. fest. Preise.

Kaufhaus Gebr. Preuß

Reif. NW, Bunsenstr., Ecke Huttenstr. Beste Beausage für sämtl. Manufakturwaren. Spez. Damenkonfektion. Größt. reelle Bedien. Liefer. sämtl. Sparr.

Neison, Bernh., Amsterdamstr. 16. Wilde, J., Frankf. Chaussee 140.

Kohlen, Koks, Briquettes Loebell, L., Kohlenbahnhof, Wedding.

Siemon, A. R., Kohlenhbf. Wedding. Kolonialwaren

Barz, Wilh., NO, Weberstr. 9. Gruse, O., Rl., Bergstr. 101.

Hapke, Martin, Gabriel Maxstr. 6. Heinrich, R., Rixdorf, Bergstr. 25/26.

Kals.-Friedr.-Str. 24a. Hentschel, Otto, Romintenstr. 23.

Horn, Otto, Rl., Kals.-Friedr.-Str. 230. Kelm, Max, Köpenickerstr. 21.

Kerker, Willy, Rasthenerstr. 28. Klages, Ernst, Boxh., Gärtnerstr. 24.

Kruger, Berthold, Turmstr. 74. Leppert, Fritz, Maxstr. 130c.

Lutze, Herm., Kolonnenstr. 34. Martens, Franz, V. Wismarplatz 1.

Michaelis, Paul, 5 Geschäfte in Nord-Berlin. Palkenfelderstr. 73.

Pastorius, Gebr., Weisensee. Pflüg, Louis, Brunnenstr. 147.

Ring, Otto, Rl., Hermannstr. 44. Scheffel, Christian, Warschauerstr. 68.

Scheffler, Carl, Badstr. 18. Schirrmacher, R., Andreasstr. 61.

Schlenker, Emil, Huttenstr. 7. Schmidt, H., Mantelwälderstr. 109.

Sprotte, Ewald, Köpenickerstr. 7. Wilke, G., Rl., Bodesstr. 23, Eck. Jonasstr.

Krankenbedarfsartikel Fischer, Wilh., N. Swinemünd. Str. 115.

Laage, A. E., Brunnenstr. 167. Manufakturwaren

Belwe Nachf., Otto, Turmstr. 50. Graf & Heyn, Wilmersdorfer Str. 118/119.

Grünberg Nachf. M., Modewarenhaus. Hoffmann, M. Ernst, Bunsenstr. 27.

Seidel, M., Grüner Weg 45. Mehlhandlungen

Adler, M., Kolonnenstr., Frkf. Allee 87. Bethke, Georg, Muskaner-Str. 44.

Rixd., Elbest. 33, Kals.-Friedr.-Str. 64. Trepow, Gräb.-Kale 64.

Bordasch, G. Rl., Kals.-Friedr.-Str. 29. Doermann, A., Warschauerstr. 75.

Eberlein, Werner, in Nord-Berlin. Friedländer, V., Frankf. Allee 72.

Gaage, Otto, Charlottenburg. Grosse, Gebr., Frankf. Allee 188.

Heerms, H., Rl., Hermannstr. 172. Heine, R., Rixdorf, Bergstr. 25/26.

Künzel, S. A., Mantelwälderstr. 94. Kurzleben, H., Kottb. Damm 68.

C. D. Neumann, Allee Sämereien. Schleinitz, A., Mariannenstr. 14.

Markth. Marheinekepl. Markth. Dorotheenstr. Schirrmacher, R., Andreasstr. 61.

Stochhammer, F. E., Sparrstr. 17. Wienecke, O., Hohensöllernplatz 5.

Wolf, Max, Brunnenstr. 13. Möbelmagazine

Balla, Georg, Gubenstr. 32. Bauer, R., Landsberger Str. 91a.

Baumgarten, W., gr. Frkf. Str. 29. Berliner „Norden“ Ackerstr. 139.

Möbelhalle „Norden“, Invalidenstr. 118. Blesch, Spandau, Schönhauserstr. 11.

Bolle's Möbelhändl., N. Gartenstr. 96. Fabrikpr., kohl. Zählungsbnd.

Bollmann, Carl, Rl., Boddinstr. 61. Buchholz, Paul, Stromstr. 43.

Cohn, E., gr. Frankfurter Str. 33. Zusat. Teilzahlung.

Geppert, Paul, Zossenerstr. 32. Gerlicke, Fritz, Müllerstr. 145.

Glazinski, P., Reinkend. Allee 12. Gelepen, K., Köpenickerstr. 26.

Glaiser, A., Alexanderstr. 42. Gorbahn, Landsbergerstr. 82.

Holzhausen, Ad., Brunnenstr. 164. Hönnicke, Otto, Straße 20.

Hopp, Jul., Brunnenstr. 132. Janitzkow, F., Turmstr. 45.

König, A., Rl., Berlinerstr. 1

Morgen Sonntag, den 27. Februar, Flugblattverbreitung von 8 Uhr früh an. Niemand darf fehlen!

Bürgerliche Selbstentmannung.

Die Rixdorfer Stadtverordnetenversammlung beschäftigte sich am Donnerstag mit dem Antrag der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion: Den Magistrat zu ersuchen, eine Petition an den Landtag zu senden, worin dieser ersucht wird, die Bestimmung...

Ueber die Verhandlungen, deren Ergebnis wir gestern mitteilten, erhalten wir folgenden eingehenden Bericht: Stadtv. Pagels (Soz.) begründete den Antrag in eindringlicher und großzügiger Weise. Wenn irgendwo das Bürgertum aufs lebhafteste an der Neueinteilung der Wahlkreise interessiert sei, so in Rixdorf. Bei der wirtschaftlichen und kommunalen Entwicklung, die Rixdorf in den letzten Jahren genommen hat, mußte es allerwenigstens zwei eigene Kandidaten zu wählen berechtigt sein...

Während in diesen anderen Städten das Bürgertum befandete, daß es ihm ernst mit einer Wahlreform im demokratischen Sinne ist, zeigt sich hier das strikte Gegenteil. Würdeloser und feiger haben sich wohl kaum jemals die Vertreter der Bürgerschaft gezeigt, wie in diesem Falle. Wenn es noch einen Grad der Steigerung gibt, dann haben ihn die Liberalen in diesem Falle erklommen, die sich in der „Neuen Fraktion“ zusammengelagert haben. Noch bei der letzten Wahl betonten die Herren ihren liberalen Standpunkt...

Die Genossen Pagels, Wöcke, Loth und Silberstein hielten diese Stadtverordneten nach Gebühr und brandmarkten mit aller Schärfe diese würdelose Art Vertretung der Bürgerschaft. Mit Recht warfen unsere Redner die Frage auf, wie lange die Bürger sich noch einen derartigen Verrat ihrer Interessen gefallen lassen werden. Nicht einmal der Magistrat habe den Einwand erhoben, daß aus formalen Gründen dem Antrage nicht zugestimmt werden könne, daß zu behaupten brachten die „Erwählten“ des Bürgertums fertig, die — wie Genosse Pagels richtig sagte — damit päpstlicher seien als der Papst. Draufschriebene Genosse Wöcke die Handlungsweise des Herrn Winter mit den Worten: daß er sich damit zum Handlanger der Reaktion erniedrigt habe. Obgleich die Genossen Loth und Silberstein in eindringlichen Worten an den Bürgerstolz appellierten, an die Notwendigkeit der Eroberung der Selbstverwaltung erinnernden und warnten, nicht das würdelose Verhalten der Wortführer mitzumachen, um nicht noch mehr zu Selbsten den Despotismus herabzuführen, wurde nach einigen komischen Kopriolen des unermesslichen Herrn Rothmieg die Abstimmung vorgenommen. Zuvor bemerkte Stadtv. Justizrat Abraham noch, dem ersten Teile des sozialdemokratischen Antrages zustimmen zu wollen.

In namentlicher Abstimmung wurde der erste Teil des Antrages mit Stimmengleichheit (34 gegen 34) abgelehnt, für den zweiten Teil (Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen) stimmte nur ein Bürgerlicher, die Neueinteilung der Wahlkreise wurde mit 30 gegen 29 Stimmen abgelehnt.

Die Samach des Wahlrechtsraubs vom 17. Dezember 1908 hat durch diese neue vollkommene Handlung der bürgerlichen Stadtverordneten von Rixdorf sein Gegenstück gefunden.

Eingangs der Sitzung machte der Vorsitzende bekannt, daß die demokratische Vereinigung die Stadtverordnetenversammlung ersuche, dem Antrage der Sozialdemokraten zustimmen zu wollen.

Dann wurden noch einige andere Gegenstände verhandelt. Stadtv. Pagels (Soz.) erhob Protest dagegen, daß der Vor-

steher die Wertzuwachssteuer nicht auf die Tagesordnung gesetzt habe. Es wurde beschlossen, diese auf die Tagesordnung der in der nächsten Woche stattfindenden Sitzung zu bringen.

In die Hochbaudeputation wurde Stadtv. Fleischer (Soz.) gewählt, desgleichen in die Krankenhausdeputation Stadtv. Jaech (Soz.).

Gemäß dem Antrage des Magistrats wurde ohne Debatte die Aufnahme einer Anleihe von 34 Millionen Mark beschlossen. Die Begebung erfolgt später.

Der Magistrat beantragte den Bau eines Rotauslasskanals in der Rosengerstraße von der Kaiser-Friedrich-Straße bis zum Schiffahrtskanal zu beschließen und die Kosten im Betrage von 24 000 M. aus dem Extraordinarium der Kanalisationsverwaltung zu bewilligen. Stadtv. Niemeß will die Kosten nicht aus dem Reservefonds der Kanalisationsverwaltung, sondern aus Anleihemitteln gedeckt wissen. Dagegen äußerte Stadtbaurat Weigand lebhaftes Bedenken. Oberbürgermeister Kaiser ließ es an einer klaren Stellungnahme fehlen. Im Gegenteil gefiel er sich im „Einerseits und Andererseits“ und pendelte zwischen dem Magistratsantrage und dem des Herrn Niemeß hin und her. Wie hier wurde auch beim nächsten Punkte der Tagesordnung der Antrag Niemeß angenommen. In diesem Falle handelte es sich um ganze 3600 M. zur Erbauung eines Wagenschuppens auf dem Nieselgut Bobbinsfelde. Auch diese Summe sollte aus dem Reservefonds der Kanalisationsverwaltung entnommen werden. Stadtverordneter Conrad (Soz.) dachte die Tendenz des Antrages Niemeß auf. Der Zweck desselben, die Summen aus Anleihemitteln zu decken, gehe dahin, die Ausgabenposten im Etat so niedrig als möglich erscheinen zu lassen, um so beweisen zu können, daß die Einführung einer Wertzuwachssteuer nicht notwendig sei und ferner die Anliegergebühren für die Kanalisation im Interesse der Grundbesitzer herabsetzen zu können. Auch bei dieser prinzipiellen Frage zeigte sich die Unzuverlässigkeit der „Neuen Fraktion“. Nur drei ihrer Mitglieder stimmten für den Antrag des Magistrats.

Ein Antrag des Magistrats, künftig die Beschlußfähigkeit der Verwaltungsdeputationen eintreten zu lassen, wenn ein Drittel der Mitglieder anwesend ist, wurde nach längerer Debatte abgelehnt. Besonders zeigte Stadtv. Scholz (Soz.) die Gefahren und Benachteiligungen der Rechte der Stadtverordneten, die durch diesen Antrag hervorgerufen werden könnten. Beschlossen wurde gemäß dem Antrage des Stadtv. Justizrat Abraham, die Beschlußfähigkeit dann eintreten zu lassen, wenn ein Drittel der Stadtverordneten anwesend ist.

Kaddeim die Allgemeine Omnibusgesellschaft ihren Betrieb auf der Linie Hermannplatz-Rixdorf eingestellt hat, soll seitens der Stadt der Vierminutenverkehr für diese Linie durchgeführt werden. Zur Ergänzung der Betriebsmittel wurden 10 000 M. zur Verfügung gestellt. Einige Etatsüberschreitungen wurden debattelos genehmigt.

Partei-Angelegenheiten.

Charlottenburg. Am Sonntag früh Flugblattverbreitung; die Parteigenossen haben sich rechtzeitig in den bekannten Lokalen einzufinden. — Am Dienstag, abends 8 Uhr, öffentliche Versammlung im großen Saal des Volksbundes, Rosinenstr. 3. Reichstagsabgeordneter Wolfgang Heine spricht über „Soziales Strafrecht“. In Anbetracht der interessanten Tagesordnung wird ersucht, für zahlreicheren Besuch dieser Versammlung Sorge zu tragen. Der Vorstand.

Friedrichsfelde. Morgen, Sonntag, Flugblattverbreitung von den bekannten Stellen aus. Heute abend Materialausgabe.

Lankwitz. Am Sonntag, früh 8 Uhr, in allen Bezirken Flugblattverbreitung. Die Genossen des 2. Bezirks treffen sich um 8 Uhr im Lokal von Brochajka, Viktoriast. 41-43; die des 1. Bezirks bei Ebel, Nähnstr. 9. Der Vorstand.

Johannisthal. Sonntag, den 27. d. M., vormittags 8 Uhr, Flugblattverbreitung. Treffpunkt bei Albert Gohin, Konstr. 2. Der Vorstand.

Friedrichsfelde. Morgen, Sonntag, früh 8 Uhr, Flugblattverbreitung von den Bezirkslokalen aus.

Schmargendorf. Am morgigen Sonntag, früh 1/8 Uhr, vom Lokale des Genossen Adolf Pötscher, Spandauer Straße, aus Flugblattverbreitung.

Grünau. Sonntag, morgens 1/8 Uhr, Flugblattverbreitung von der Grünen Ede aus.

Niederlehme. Sonntag, den 27., nachmittags 2 1/2 Uhr, im Restaurant Bellevue, Inhaber Hermann, öffentliche Gemeindeversammlung. Tagesordnung: 1. Was leistet die Sozialdemokratie in der Gemeindevertretung? 2. Diskussion; 3. Aufstellung der Kandidaten der 2. und 3. Klasse. Hierzu Sonntag, früh 7 1/2 Uhr, vom Lokale Gustav Rod aus: Flugblattverbreitung. Der Vorstand.

Rönnigs-Wusterhausen. Sonntag, den 27. d. M., nachmittags 2 1/2 Uhr, im Lokale von Weidhorn, Altes Schützenhaus, öffentliche Gemeindeversammlung. Tagesordnung: 1. Was leistet die Sozialdemokratie in der Gemeindevertretung? 2. Diskussion; 3. Aufstellung der Kandidaten der 3. Klasse. Hierzu Sonntag, früh 7 1/2 Uhr, von den bekannten Bezirkslokalen aus Flugblattverbreitung. Gleichzeitig findet Sonntag, früh 7 1/2 Uhr, eine Wahlrechtsflugblattverbreitung für sämtliche Bezirke unseres Wahlvereins von den bekannten Bezirkslokalen aus statt. Der Vorstand.

Grüner. Sonntag, den 27. d. M., morgens 8 Uhr, vom Lokale Degebrodt aus Flugblattverbreitung.

Einwohler - Reuthen - Niedersdorf. Am Sonntag, früh 8 Uhr, findet Flugblattverbreitung von den bekannten Lokalen aus statt. Sonntag, nachmittags 3 Uhr, öffentliche Versammlung in Reuthen bei Trill. Der Vorstand.

Senja. Sonntag, den 27. Februar, nachmittags 3 Uhr, findet bei Schinke eine öffentliche Versammlung statt. Tagesordnung: 1. Vortrag der Genossin Thiel-Tempelhof über: „Die Mitarbeit der Frauen bei den Gemeindevahlen“. 2. Diskussion. Der Einberufer.

Neuenhagen a. O. Sonntag, den 27. d. M., nachmittags 4 1/2 Uhr, findet im Lokal des Herrn Zagerstern, Neuenhagen, im Dorf eine öffentliche Kommunalwählerversammlung statt. Genosse Spieckermann-Lichtenberg spricht über „Die kommenden Gemeindevahlen“. Die Genossen werden ersucht, für guten Besuch zu agieren.

Weißensee. Sonntag früh 8 Uhr findet von den bekannten Lokalen aus eine Flugblattverbreitung statt. Der Vorstand.

Pantow. Morgen, Sonntag, früh 8 Uhr, findet von den Bezirkslokalen eine Flugblattverbreitung statt. Die Bezirksleitung.

Bezirk Waldmannslust. Am Sonntag, den 27. d. M., findet in allen Orten von den bekannten Lokalen aus eine Flugblattverbreitung statt.

Am selben Tage nachmittags 4 Uhr in Birkenwerder im Lokal zum Paradiesgarten öffentliche Wählerversammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag über: Die Sozialdemokratie in der Gemeindevertretung. Referent: Gemeindebetreuer Genosse Sonnenburg-Friedrichshagen. 2. Diskussion. 3. Aufstellung unserer Kandidaten.

Reinickendorf-Ost. Morgen früh von 8 Uhr ab findet von den bekannten Stellen aus eine Flugblattverbreitung statt. Die Bezirksleitung.

Wilhelmsruh-Nieberschöndorfer-Wald. Morgen, Sonntag, früh 8 Uhr, findet von sämtlichen Bezirkslokalen aus eine Flugblattverbreitung statt. Die Bezirksleitung.

Spandau. Morgen, Sonntag, den 27. d. M., findet in den uns unterstellten Landbezirken eine Flugblattverbreitung statt. Die Genossen, welche in Besitz eines Rades sind, werden ersucht, sich recht zahlreich morgens 6 1/2 Uhr beim Genossen Emil Schubert, Kurstr. 21, einzufinden. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Von unserem städtischen Finanzwesen.

Wer am Donnerstag Gelegenheit hatte, die Darlegungen des städtischen Finanzministers in der Stadtverordnetenversammlung zu hören, mußte geradezu entsetzt sein von dem kleinlichen, engherzigen Gesichtspunkte, von dem aus unsere städtische Verwaltung beherrscht ist. Wir wollen gar nicht davon reden, daß der Kammerer so leichtsin mit einer losen Handbewegung alle möglichen und unmöglichen Projekte in die Debatte warf, die Einnahmen bringen könnten; allzu ernst darf man das nicht nehmen, obwohl zu verlangen wäre, daß von einzelnen Vertretern des Magistrats Vorschläge nur dann gemacht werden, wenn sie reiflich erwogen und auf ihre Durchführung hin eingehend geprüft sind.

Es zeigen die übrigen Ausführungen des städtischen Finanzministers, daß er so gar kein Verständnis zu haben scheint für die Aufgaben, die eine Kommune, wie vor allem Berlin eine ist, zu erfüllen hat. Hierher gehören vor allem seine Äußerungen über die Bezahlung der städtischen Angestellten und Arbeiter. Er tat gerade so, als ob die Stadt Arbeiter nur aus reinem Wohlwollen beschäftigte, nur, um sie zu versorgen und nicht deswegen, weil man die Arbeiter braucht, weil ohne sie gar kein städtischer Betrieb bestehen, keine Straße gesäubert werden kann. Und um scharf zu machen, daß die einzelnen Verwaltungen und die Stadtverordnetenversammlung die berechtigten, sehr bescheidenen Wünsche der Arbeiter ja ablehnen, operierte der Mann mit Zahlen, die er in seinem alljährlichen Finanzprospekt immer wiederholt, indem er auf die Steigerung der Ausgaben für Löhne im letzten Jahrzehnt hinweist. Mit Emphase ruft er alljährlich aus: „Sehen Sie meine Herren, um 100, 150 Prozent sind die Löhne gestiegen.“ In seinem eifrigen Bestreben, die Arbeiterwünsche abzuweisen, vergißt der Mann, anzugeben, in welcher Weise der Umfang der städtischen Betriebe gewachsen ist, in welchem Maße sich die Zahl der Arbeiter vermehrt hat. Wir möchten bald annehmen, daß geschieht absichtlich, um mit einer recht hohen Prozentziffer parodieren zu können. Würde Herr Steiniger sich auf die Darstellung der in den einzelnen Betrieben an die Arbeiter gezahlten Löhne beschränken, so würde er feststellen müssen, daß die Zulagen, die den Arbeitern im Laufe der Jahre gemacht wurden, äußerst minimale sind und in keiner Weise einen Ausgleich der vermehrten Ausgaben bedeuten, zu denen die Arbeiter durch eine reaktionäre Zoll- und Steuerpolitik der Reichsregierung genötigt sind.

Was die Vergeltungspolitik betrifft, die seit einigen Jahren unter Führung des Stadtkammerers die Stadtverordnetenversammlung betreibt, so zeigt sich immer deutlicher, daß diese engherzige Politik vollständig ziasko gemacht hat. Finanzpolitisch fallen die paar Mark, die nicht in Berlin ansässige Kranke oder andere Personen an Krankenhäuserkosten oder Schulgeld zahlen müssen, gar nicht ins Gewicht, ganz abgesehen davon, daß diese Maßnahmen andere Gemeinden zu Gegenmaßnahmen veranlassen haben. Der Kammerer verkennt auch vollständig die Sachlage. Das beweist am besten sein Hinweis auf die 30 Mädchen, die zur Entbindung im Obdach sein sollen und von denen 18 auswärtig sind. Aber Herr Kammerer! Wissen Sie denn nicht, daß in diesen Fällen die Wohnsitze der Kosten zurückerstatten müssen? Und wenn Sie darauf verweisen sollten, daß die Selbstkosten für Benutzung hiesiger Anstalten höher sind, als die von der Stadt berechneten Sätze, so kann doch derselbe Einwand von anderen Gemeinden, die in Berlin Heimatsberechtigten in ihre Anstalten aufnehmen müssen, ebenfalls erhoben werden.

Die Darlegungen über das Armenwesen wollen wir hier einstweilen ausfallen und uns besonders vorbehalten, darauf zurückzukommen.

Und dann das Auftreten des Kammerers gegen die eigenen städtischen Unternehmungen! Sprach er es auch nicht offen aus, so verstand ihn doch jeder! Diese Unternehmungen sind ihm ein Dorn im Auge. Ein Schauspiel für Götter!

Nirgends in seiner Rede großzügige Gedanken über eine vernünftige städtische Finanzpolitik. Als vor einigen Jahren Herr Steiniger Gelegenheit dazu hatte und mit einem Schläge einige Millionen für den Stadtsäckel hätte einheimen können — bei der Beratung der Wertzuwachssteuer —, ließ er diese Gelegenheit vorübergehen und überließ die Verteidigung der Magistratsvorlage fast ausschließlich dem Oberbürgermeister und — unteren Genossen. Das ist keine Finanzpolitik, die der Stadt Berlin würdig ist!

Die Ersatzpflicht der Schule.

In einer höheren Lehranstalt ist kürzlich einem Schüler ein Ueberschießer vom Rixdorfer entwendet worden. Die Schul-

Verwaltung, die um Erfah angegangen wurde, lehnte den Anspruch ab. Der Vater des Knaben klagte. Im Termin wurde festgestellt, daß es tatsächlich an genügender Aufsicht gefehlt habe und so war eine Verurteilung der Stadt vorauszu- sehen. Diese verhinderte der Vertreter der beklagten Stadt Berlin dadurch, daß er um Aussetzung der Verhandlung bat, um inzwischen dem Magistrat Gelegenheit zu geben, sich mit der Angelegenheit nochmals zu befassen. Das hat nun der Magistrat gestern getan und beschlossen, mit Rücksicht auf die besondere Lage des vorliegenden Falles den gerichtlich geforderten Erfah in angemessener Höhe zu leisten, zugleich aber geeignete Maßnahmen zur Verhütung einer Wiederholung zu treffen. Mit diesem Beschluß ist der Magistrat einer sicher zu erwartenden Verurteilung ausgewichen. Hoffentlich beschränken sich die Vorkehrungsmaßnahmen zur Verhütung von Diebstählen auf den Korridoren der Schulen nicht nur auf die höheren Schulen, sondern auf alle der Aufsicht und Verwaltung des Magistrats unterliegenden Anstalten.

#### Allgemeine Städtebau-Ausstellung 1910 in Berlin.

Der allgemeinen Städtebau-Ausstellung gingen in der letzten Woche bereits mehrere interessante Sendungen von Ausstellungsmaterial zu; u. a. auch zahlreiche Photographien, Unterichts- und Einzelpläne von der Süd-Park-Kommission in Chicago, die die größte von der drei Park-Kommissionen Chicagos ist. Sie hat innerhalb weniger Jahre mehr als 70 Millionen Mark für die Anlage und Ausgestaltung von 23 Parks und die Parks verbindenden Boulevards ausgegeben. Die Berliner wird es interessieren, wie mannigfaltig die Vorkehrungen sind, die in diesen Parks den verschiedensten sportlichen und geselligen Bedürfnissen entgegenkommen. Außer den für jeden erdenklichen Sport eingerichteten Spielflächen und Turnhallen gibt es Schwimmbassins unter freiem Himmel und in geschlossenen Räumen für den Winter, Tümpel zum Waten für Kinder, Besehallen, jedermann offen stehende Versammlungsräume in allen Größen mit angeschlossenen Restaurants usw. Diese Anlagen stellen wohl das Vollkommenste dar, was bis heute auf dem Gebiete des Volksparks geleistet worden ist.

Jagd in städtischen Parkanlagen. Interessante Jagdstreifzüge werden gegenwärtig in unseren städtischen Parkanlagen unternommen. Die Anlagen bieten nicht nur der Einwohnerschaft Erholung in Form angenehmer Spaziergänge und „einer Lunge voll“ frischer Luft, nein, sie geben auch mancherlei Getier Obdach und Nahrung. Abgesehen von den gern gesehenen scheidenden Sängern aller Arten und den minder willkommenen Insekten wimmelt es auch von Vierfüßlern. Ratten und Mäuse, Stänchen und Eichhörnchen sind es, die unsere städtischen Parkanlagen und auch den Tiergarten unsicher machen und dem Gärtnerpersonal viel Ärger und Verdruß bereiten. Alle diese Schädlinge bilden nun das jagdbare „Wild“ unserer Parks. Eichhörnchen und Kaninchen, welche als „Hochwild“ gelten können, geht man mit Pulver und Blei, den Kaninchen auch mit Netzen zu Leibe. Anders ist es bei den Mäusen und Ratten. Diesen langgeschwänzten Grauröden, deren Fortpflanzungsseifer bekanntlich ganz bedeutend ist, muß man anders beikommen, um den Schaden, den sie durch Unterminierung des Bodens und Entwurzelung von Sträuchern und anderen Pflanzen anrichten, zu verhüten. Hier tut sich eine Kolonne von fünf bis sechs Parkarbeitern zu einer Jagd auf die Schädlinge zusammen. Die Waffen sind etwas eigenartiger Natur: Ein langer Gartenschlauch, in jeder Faust ein alter Reissbesen und eine oder zwei Heckenfächer, so zieht die Jagdgesellschaft auf Deute aus und sondiert zunächst das Terrain. In ein Erdloch gesunken, dann gilt es, die übrigen zum Bau gehörigen Gänge aufzufinden und mit dem Reissbesen fest zuzuhalten. Da diese Gänge meist im Gebüsch münden, muß die Heckenfächer in Aktion treten, um im Bege stehende Zweige zu beseitigen. Sind scheinbar alle Ausgänge des Baues besetzt, dann wird der Gartenschlauch am nächsten Hydranten angeschraubt und seine Mündung in einen der Gänge versenkt. Im Augenblick ist der ganze Bau unter Wasser gesetzt. Die Reissbesen werden aber festgehalten, bis man annehmen kann, daß alle Invasen erstickt sind. Dann werden die Besen fortgenommen und mit starkem Wasserdruck die „Strecke“ an die Oberfläche gespült. Oft sind es 12, 15, 20 und mehr der gefährlichen Rager. Nun geht es zum nächsten Bau. Die Deute wird der Parkverwaltung eingeliefert und von dieser mit einigen Pfennigen pro Stück bezahlt. Nur diesem rationell geführten Vertilgungskrieg ist es zu danken, daß das Ungeheuer in unseren Parkanlagen nicht überhand nimmt und im Winter zur Plage der Anwohner wird.

Der sparsame Eisenbahnfiskus. Die altpreussische Sparfamkeit, die der verlassene Reichskanzler Bismarck einst propagierte, scheint es besonders dem Eisenbahnfiskus angetan zu haben. Es wird gepart in einer Weise, die weder im Interesse des Fiskus noch in dem des Publikums liegt. So liegen beispielsweise auf den Stationen der preussischen Staatsbahnen Fahrpreistafeln zur Benutzung des Publikums aus, zweifellos eine praktische Einrichtung, die aber zum Kergernis wird, wenn sie, wie auf dem Potsdamer und Anhalter Bahnhof, unbrauchbar werden. Die dort befindlichen Fahrpreistafeln sind nämlich so abgegriffen und verschmutzt, daß es einen anständigen Menschen eklekt, sie anzufassen. Einzelne Parteien sind durch den langen Gebrauch so unansehnlich geworden, daß man fastlich vor Scham nicht mehr die Zahlen erkennen kann. Diese Fahrpreistafeln werden täglich von Hunderten benutzt. Was für einen Eindruck muß es auf Fremde machen, wenn sie auf den Bahnhöfen der Haupt- und Residenzstadt so ekelhaft verdirbte Einrichtungen vorfinden? Mit leichter Mühe und geringen Kosten ließen sich diese Fahrpreistafeln neu und auch in mehreren Exemplaren anfertigen. Das scheint aber aus bürokratischen Sparfamkeitsrücksichten nicht zu geschehen. Vielleicht blättern die hohen und höchsten Beamten einmal selbst die Fahrpreistafeln durch, aber ohne Benutzung von Handschuhen und Eau de Cologne!

Ein gefährlicher Kautionschwindler wurde vorgestern von der Kriminalpolizei auf offener Straße festgenommen. Ein früherer Hausdiener und Kellerer Gustav Grabis, der schon wiederholt bestraft ist, gründete Ende 1909 in der Rheinsbergerstraße eine Futterwarenfabrik, aber nicht um sie zu betreiben, sondern lediglich, um sie zu einem ausgedehnten Kautionschwindel zu benutzen. Er suchte und fand eine ganze Anzahl Leute, die Kassierer seines Geschäftes werden sollten und dafür jeder mehrere 100 M. Bürgschaft stellen mußten. Grabis verstand es, die Leute, die einer von dem anderen nichts wußten, durch glänzende Vorspiegelungen so sicher zu machen, daß sie ihm ihr Geld ohne Bedenken anvertrauten. Er sagte ihnen auch ausdrücklich zu, daß es auf einer Bank hinterlegt werden sollte. Einigen seiner Kassierer verpfändete er auch noch die Ladeneinrichtung für die Bürgschaft. Es zeigte sich aber bald, daß es nichts zu kassieren gab, und als nun die Leute ihr Geld wieder verlangten, ergab sich, daß der Schwindler es für sich verbraucht hatte und daß die verpfändete Ladeneinrichtung ihm gar nicht gehörte. Grabis schädigte auf diese Weise viele kleine Leute, die zum größten Teil ihre Ersparnisse verloren. Seitdem die Schwindler uns Licht gekommen waren, hielt er sich verborgen und suchte sich durch Haarträden und wiederholte Veränderungen seiner Barttracht so unkenntlich zu machen, daß es erst nach langen und schwierigen Beobachtungen gelang, ihn zu er-

wischen. Als zwei Kriminalbeamte ihn auf offener Straße ergriffen, machte er einen Fluchtversuch und konnte erst nach einem handgemeinen Überwältigt und abgeführt werden. Grabis hat sich auch wiederholt falsche Namen beigelegt, und es ist wahrscheinlich, daß er noch mehr Leute geschädigt hat, als bis jetzt bekannt geworden. Alle Betroffenen, die noch keine Anzeige gemacht haben, können sich bei der Kriminalpolizei im Zimmer 177 melden.

#### Scharfe Schüsse auf eine Patrouille am Pulvermagazin.

Eine Schießschar, bei der drei Menschenleben auf dem Spiel standen, lag eine Anlage zugrunde, mit der sich gestern das Kriegsgericht der 2. Garde-division zu befassen hatte. In der Jungfernhöhe bei Tegel liegt das Pulvermagazin mit dem militärischen Laboratorium. Der Ort ist vollständig mit Wachtposten umgeben und besonders in der Nacht wird die Bewachung scharf durchgeführt. Am späten Abend des 2. Januar hatte der Grenadier Scherer von der 7. Kompanie des Regiments Königin Elisabeth den Posten Nr. 3 inne. Zwischen 9 und 10 Uhr tauchten in der Ferne plötzlich drei Gestalten auf, die immer näher an den Posten heran kamen. Scherer vermochte bei der starken Finsternis die Herankommenden nicht zu unterscheiden. Er war schließlich der Meinung, daß es ein Ueberfall geplant sei und gab das Pfeissignal für die Wachtposten ab. Den Herankommenden rief er dreimal „Wer da?“ zu, ohne jedoch eine Antwort zu vernehmen. Nach dem dritten Anruf lud er sein Gewehr mit scharfen Patronen und feuerte zunächst einen Schreckschuß in die Luft ab. Aber trotzdem setzten die drei herankommenden Männer ihren Weg auf den Posten zu fort. Scherer gab nun noch drei Schüsse ab. Er zielte nach den nächsten Wanderern in der Absicht, sie zu treffen. Jetzt erst bemerkte der Posten, daß sich die drei Gefährdeten zurückzogen. Er klingelte nun schleunigst nach der Hauptwache, worauf der wachhabende Unteroffizier Höfer mit mehreren Mannschaften herbeieilte. Der Posten meldete, daß ein Ueberfall geplant gewesen sei und daß er auf die Angreifenden drei scharfe Schüsse abgegeben habe. Dem Unteroffizier fiel sofort ein, daß er eine aus den Grenadiern Maruwski, Bollmer und Kemper bestehende Patrouille ausgesandt hatte, damit diese eine Streife außerhalb des Geländes vornehmen sollte. Nach den Befundungen dieser drei Grenadiere vernahmen sie auf ihrem Patrouillengang plötzlich ein Geräusch, das wie das Rollen eines Gemehrs klang. Bollmer machte den Patrouillenfürher, Maruwski, darauf aufmerksam, daß der Posten schießen werde, worauf R. dem Posten zurief: „Richt schießen, Patrouille, Parole „Groß Radab“!“ Die drei Soldaten glaubten nun, daß ihre Befürchtungen nicht eintreffen würden und daß der Posten den Paroleruf gehört habe. Sie hatten sich aber getäuscht, denn im nächsten Augenblick klang eine Kugel dicht an Bollmer vorbei. Die Bedrohten wären auch sicher erschossen worden, wenn sie nicht sofort auseinander gegangen wären und sich niedergelegt hätten. Der Patrouillenfürher wollte mit den beiden Grenadiern solange liegen bleiben, bis der Posten seinen ganzen Vorrat, fünfzehn Patronen abgeschlossen hatte. Nach dem vierten Schuß wurde es jedoch wieder still, und nun wagten sich die Grenadiere wieder in die Höhe. Scherer will die Schüsse auf eine Entfernung von etwa 50 bis 60 Schritt auf die Herankommenden abgegeben haben. Nach dem Vorfalle zeigte er eine außerordentlich starke Erregung, so daß er abgelöst werden mußte. Auf die Frage des Verhandlungsleiters, Kriegsgerichtsrat Truse, ob der Vorfalle vielleicht darauf zurückzuführen sei, daß der Angeklagte eine „Wangebüchse“ sei, erwiderte Scherer, er habe keine Furcht gehabt, sondern sicher geglaubt, man habe es auf einen Angriff abgesehen. Die Herankommenden habe er für Stralche gehalten und von dem Paroleruf nichts gehört. Die anderen auf dem Posten stehenden Grenadiere hatten nur ein Durcheinander von Schreien, Pfeifen und Schießen vernommen.

Der Vertreter der Anklage, Kriegsgerichtsrat Kochen, beantragte gegen Sch., der sich wegen rechtswidrigen Waffengebrauchs und wegen Vergehens gegen die Wachbestimmungen zu verantworten habe, die Freisprechung. Wenn der Angeklagte, der anscheinend ein etwas angiltlicher Mann sei, auch tatsächlich Gespenster gesehen habe, so konnte er doch annehmen, daß es Stralche waren, die sich viel in der Jungfernhöhe herumtreiben und sich in feindlicher Absicht näherten. Wenn der Angeklagte annehmen durfte, daß ein Angriff vorlag, so war er durchaus berechtigt, von der Schußwaffe Gebrauch zu machen. Das Gericht sprach den Angeklagten auch frei, da ihm keine Angaben, er habe bei der starken Dunkelheit die Patrouille nicht erkannt und einen Angriff befürchtet, nicht widerlegt werden konnten. Auf Grund des Rohwahrparagrafen mußte infolgedessen die Freisprechung erfolgen.

Ein ausgebrannte Kintopp. Ein Nachtwächter bemerkte gestern morgen um 4 Uhr, daß aus dem Theater Lebender Wilder in der Königstr. 1 Rauch herausdrang. Er rief die Feuerwehre zu Hilfe, die mit zwei Jagen aus der Reibel- und aus der Linienstraße anrückte. Der Brandherd befand sich im Maschinenraum des Theaters. Das Feuer war auf noch nicht geklärte Weise entstanden. Um 5 Uhr hatte die Wehre die Lösungsarbeit bewältigt. Dem Besitzer des Theaters ist, da solche Anlagen von den Feuerversicherungen nicht angenommen werden, ein Schaden von 3000 bis 4000 M. entstanden.

## Vorort-Nachrichten.

### Weißensee.

Zur Wahlrechtsdemonstration. Wie bekannt, wurde am 13. Februar aus Anlaß der imposanten Wahlrechtsdemonstration auch die hiesige Polizei etwas nervös. Der Versuch der Polizei, die friedlichen Demonstrierenden auseinanderzutreiben, mißlang. In ihrer Koppligkeit glaubten die Beamten den Demonstrationszug dadurch zur Auflösung zu bringen, daß sie vier an der Spitze des Zuges marschierende Genossen arretrierten. Der Zug bewegte sich indessen weiter bis zum Antonplatz, wo er sich dann auflöste. Wie nun mitgeteilt wird, haben die Genossen Kahl, Laubmann und Fuhrmann, die an der Spitze des Zuges marschierten, eine Anklage erhalten. Die drei Genannten sehen dem Ausgang mit aller Ruhe entgegen.

### Reinickendorf-West.

Die letzte Mitgliederversammlung ehrte zunächst das Ableben des Genossen Richard Fischer. Sodann hielt Genosse Düweil einen mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag über „Gendarm — Polizei und Militär-Wahlrecht“. Einen Antrag des Kreisf., einen Extrabeitrag von 10 Pf. monatlich zu erheben, lehnte die Versammlung gegen 7 Stimmen ab. Der 1. Mai soll in diesem Jahre mit Rücksicht darauf, daß derselbe auf einen Sonntag fällt, in zwei Lokalen, und zwar in Gördes Waldschlößchen und in den Eichhornsälen gefeiert werden. In den Jugendausflug wurde der Genosse Konowitsch gewählt. Aufgenommen wurden zehn Genossen und sechs Genossinnen.

### Oranienburg.

Der Stadtverordnetenversammlung am Mittwoch lag der Stundenplan für die geberliche Fortbildungsschule vor; demselben wurde einstimmig zugestimmt. Nach dem Plan wird der Unterricht bereits in den ersten Nachmittagsstunden gegeben. Außerdem wurde in Aussicht gestellt, daß jedenfalls später der Unterricht schon in den Vormittagsstunden beginnen werde. Dafür trat sogar ein Arbeitgeber, der Stadtverordnete Fabrikbesitzer Dehert, ein. Einem Antrage, der kaufmännischen Fortbildungsschule  $\frac{1}{2}$  der nicht durch eigene Einnahmen gedeckten Kosten zu bewilligen, wurde zugestimmt, und zwar für das Jahr 1910 bis zu 450 M. Als Gegenleistung delegiert die Versammlung ein Mitglied in den Schulvorstand. Unsere Genossen schlugen den Genossen Carlipp vor; die Mehrheit wählte den Stadtverordneten Weinhold Jansche. Es scheint, als ob man von uns überhaupt niemanden in die Kommissionen lassen will. Zwei Anträge, welche unsere Genossen schriftlich eingereicht hatten, kamen nicht zur Verlesung, weil nach der Geschäftsordnung ein Antrag mindestens 5 Unterschriften haben

muß. Da unsere Genossen nur in einer Anzahl von 4 vertreten sind, werden sie in Zukunft gezwungen sein, entweder auf Anträge zu verzichten oder aber nach einer Stimme Umshau zu halten.

Eine von zirka 300 Personen besuchte Volksversammlung lagte im „Waldhaus“-Saubhause, um Protest einzulegen gegen das preussische Wahlrecht. Genosse Hildebrand geisterte in scharfen Worten die Regierungsvorlage, die in ihrer jetzigen Fassung das Proletariat ebenso entrechtete wie vordem. Ein aus der Versammlung gestellter Antrag, wonach die sozialdemokratischen Stadtverordneten ersucht wurden, den Magistrat aufzufordern, daß dieser sich in einer Petition dem Protest gegen die Wahlrechtsvorlage anschließt, wurde angenommen. — Ein vorhergegangener Umzug nach dem Versammlungsortal erfreute sich der polizeilichen Begleitung. Zum Ueberflus waren noch 4 Gendarmen herangezogen, ohne daß dieselben jedoch Gelegenheit hatten, in Funktion zu treten.

#### Die Gemeindevahlbewegung.

Birk. Die Wahlen zur Gemeindevorstellung finden für die 3. Abteilung am Montag, den 7. März, von 2 bis 7 Uhr nachmittags, im Saale des Herrn Radab, Chausseest. 39, statt. Es sind für die 3. Abteilung drei Angelegene zu wählen. Da für die Arbeiterschaft nach den örtlichen Verhältnissen die 3. Abteilung allein in Frage kommt, ist es Pflicht aller Arbeiter und Parteigenossen, diesmal auf dem Posten zu sein, damit der Wunsch unserer Gegner, in diesem Jahre die noch von uns innegehabten Siege zu erobern, nicht erfüllt wird. Wie uns bekannt, werden es die bürgerlichen Herren nicht veräumen, diejenigen Arbeiter, welche wirtschaftlich abhängig, für sich zu bearbeiten. Ganz besonders tätig ist ein Lehrer Herr Engel, der sich bereits vor zwei Jahren in der Bekämpfung unserer Kandidaten hervorgetan hat. Jeder Parteigenosse sowie Arbeiter muß sein Wahlrecht ausüben, um somit unseren Kandidaten mit bedeutender Majorität zum Siege zu verhelfen.

Johannisthal. Eine am 22. Februar stattgefundene öffentliche Versammlung beschäftigte sich mit der bevorstehenden Gemeindevorstellungswahl. Nach einem beifällig aufgenommenen Referat des Arbeiterssekretärs Albin Moh über: „Die Forderungen der Arbeiterschaft an die Gemeindevorwaltung“, wurden für die 3. Klasse unsere bisherigen Gemeindevorsetzer, die Genossen Radumke und Pirisch, für die 2. Klasse der Restaurateur Otto Senfleben aufgestellt.

Stralau. Die Gemeindevorstellungswahlen finden am Donnerstag, den 3. März, nachmittags von 4 bis 8 $\frac{1}{2}$  Uhr im Restaurant „Storchneiß“, Alt-Stralau 18, statt. Die dritte Klasse wählt von 4 bis 7 $\frac{1}{2}$  Uhr. Die Genossen werden ersucht, sich pünktlich um 4 Uhr dort einzufinden. Kandidat der Sozialdemokratie ist: Schlosser Ernst Wessel, Markgrafendamm 13. — Außerdem findet am Mittwoch, den 2. März, abends 8 $\frac{1}{2}$  Uhr, eine öffentliche Wählerversammlung im Lokal „Alte Taberne“, Alt-Stralau 26, statt. Tagesordnung: 1. Vortrag des Gemeindevorsetzers Genossen Brunow-Oberschönweide über: „Die Sozialdemokratie in der Kommune“. Sodann Ansprache des Kandidaten Genossen Ernst Wessel. 2. Diskussion. Die Genossen werden ersucht, für diese Versammlung sowie für unseren Kandidaten rege zu agitieren.

Weißensee. In einer guibefuchten öffentlichen Wählerversammlung referierte der Stadtverordnete Genosse Grauer Lichtenberg über das Thema: „Welche Forderungen stellen wir an die Gemeindevorsetzer?“ Der Referent verbreitete sich in interessanten Ausführungen über fast alle Angelegenheiten der Kommune. Zum Schluß forderte er die Versammelten auf, dafür einzutreten, daß am Tage der Wahl die sozialdemokratischen Kandidaten mit imposanter Stimmzahl gewählt werden. Reicher Beifall wurde dem Redner gezollt. Zur Diskussion nahmen die Genossen Gemeindevorsetzer Frenz und Fuhrmann das Wort zu längerer Ausführungen, in welchen sie die örtlichen Verhältnisse beleuchteten. Zugleich hoben sie hervor, daß die bürgerlichen Vorsetzer nicht einmal den Mut hatten, der Wahlrechtsresolution zuzustimmen. Hierauf erfolgte die Aufstellung der Kandidaten der 3. Wählerklasse. Im ersten Bezirk kandidiert der Genosse Frenz und im 2. Bezirk Genosse Wethe. In der 2. Wählerklasse Wast, witz Franz Content, Maurer Otto Kohl und Rosenbauer Emil Persing. Zum Schluß nahm die Versammlung noch eine Resolution an, in der das Vorgehen der bis an die Bahne bewaffneten Polizei aus Anlaß der letzten Wahlrechtsdemonstration scharf verurteilt wird.

#### Jugendveranstaltungen.

Tegel. Der Jugendausflug veranstaltet am Sonntag, den 27. Febr., einen Besuch des Museums für Völkerverständnis unter Leitung des Genossen R. Schütte. Treffpunkt 10 Uhr bei Hölles, Bernauerstraße. Die Eltern werden gebeten, ihre ermächtigten Söhne und Töchter auf diesen Ausflug hinzuwelsen und daran teilnehmen zu lassen. Für Nachzügler Treffpunkt bis 12 Uhr mittags im Bardeesaal dritter Klasse Anhalter Bahnhof.

## Gerichts-Zeitung.

### Ein Vorspiel zu der Anholischen Morde

Beschäftigte gestern das Roabiter Strafgericht. Aus der Untersuchungshaft wurde der Gelegenheitsarbeiter Karl Oahn vorgeführt, welcher bekanntlich unter dem Verdacht steht, in Gemeinschaft mit seiner „Geliebten“, der Händlerin Frau Luise Schred gesch. Biethen, die Prostituierte Anna Anholz ermordet und dann den Leichnam zerstückelt zu haben. Oahn hatte sich nun vor der 2. Strafkammer des Vangerichts II unter der Anklage der Zuhälterei gegenüber der Frau Schred und der ermordeten Anholz zu verantworten. Den Vorsitz im Gerichtshofe führte Landgerichtsdirektor Liepmann, die Anklage vertritt Staatsanwaltstaatsanwalt Müller, der Angeklagte wird von den Rechtsanwältin Dr. Puppe und v. Palmowski verteidigt. Auf Antrag der Staatsanwaltschaft beschloß das Gericht, wegen Gefährdung der Sittlichkeit die Offenheit auszusprechen, gestattete jedoch dem Ersten Staatsanwalt Dr. Gagemann, den Kriminalkommissaren Gennat und Weis, sowie den Vertretern der Presse die Anwesenheit während der Verhandlung. Unter den vielen Fragen vorstrafen des Angeklagten befinden sich hauptsächlich solche wegen Rohheitsvergehen. Im Jahre 1904 ist er auch schon einmal wegen Zuhälterei, begangen gegenüber der Schred, zu einem Jahre Gefängnis und drei Jahren Ehrverlust verurteilt worden. Außerdem wurde er damals der Landespolizeibehörde überwiesen und befand sich bis zum Juli 1906 im Arbeitshaus Mummelsburg. Das Urteil lautete auf 2 Jahre und 6 Monate Gefängnis, 5 Jahre Ehrverlust, bei Stellung unter Polizeiaufsicht und spätere Ueberweisung an die Landespolizeibehörde. Zwei Monate Untersuchungshaft wurden für verbüßt erachtet.

### Die Rohheit eines Direktors

Beschäftigte gestern das Schöffengericht Berlin-Mitte. Vor ihm mußte sich der Direktor der Aktiengesellschaft für Sprechmaschinen „Carl Lindström“, der Kaufmann Paul Kreisfmar, in Gemeinschaft mit dem Direktor Max Strauß wegen fahrlässiger Körperverletzung und Sachbeschädigung verantworten. — Die beiden Angeklagten standen in ihrer Eigenschaft als Direktoren der genannten Aktiengesellschaft mit dem Fabrikbesitzer Lichtenstein in Weißensee in Verbindung, die ihnen durch einen Gebrauchsmusterbeschütz schützte Gehäuse für Grammophone lieferte. Zwischen beiden Firmen bestand ein Vertrag, der dahin ging, daß die Aktiengesellschaft Lindström die Gehäuse ausschließlich von der Firma Lichtenstein beziehen durfte. Vor einiger Zeit brachte L. nun in Erfahrung, daß von der Aktiengesellschaft auch anderweitig fabrizierte Gehäuse angekauft und als angeblich geköpft in den Handel gebracht sein sollten. Er strengte ein Verfahren wegen Vergehens gegen das Musterrecht an, welches zugeht noch schwebt. Die Staatsanwaltschaft nahm daraufhin in der Fabrik in der Großen Frankfurter Straße eine Hausdurchsuchung vor, bei welcher 1552 Apparate beschlagnahmt wurden. Zwischen den Angeklagten und dem Zeugen Lichtenstein, der bei dieser Beschlagnahme zugegen war,

kom es zu Streitigkeiten, bei welchen der Gut des L. absichtlich auf den Fußboden geworfen und zerrissen wurde. Der Angeklagte streifschmar ging jedoch noch weiter. Er ließ den L. die Treppe herunter und bearbeitete ihn mit Fußtritten, so daß L. beunruhigt losziehen mußte. Als sich L. nicht allein erheben konnte, verbot er in höhnlichem Tone seinen Arbeitern, dem Verletzten zu helfen, bevor er sie hierfür nicht bezahlt habe. — Das Gericht kam bezüglich des Angeklagten Strauß mangels genügend aufgeklärten Sachverhalts zu einer Freisprechung. Gegen Strauß erkannte das Gericht zu Rücksicht auf die zutage gelegte erhebliche Noth auf drei Wochen Gefängnis. Außerdem wurde dem Verletzten eine Buße von 200 Mark zugesprochen.

Gegen Gerhart Hauptmann richtete sich eine Privatklage, die gestern vor der 148. Abteilung des Schöffengerichts Berlin-Mitte verhandelt wurde. Privatkläger war der Redakteur der „Saale-Zeitung“, Martin Feuchtmayer, aus Halle a. S. Den Vorsitz führte Amtsrichter Strudmann. Gerhart Hauptmann wurde durch Justizrat Paul Jones, der Privatkläger durch Rechtsanwalt Bahn vertreten. Der Klage lag folgender Sachverhalt zugrunde: Der Privatkläger hatte Herrn Gerhart Hauptmann am 27. Oktober v. J. in Leipzig besucht, um seine Meinung über eine in den „Süddeutschen Monatsheften“ veröffentlichte abfällige Kritik über neuere Schöpfungen Hauptmanns zu hören. Ueber den Inhalt der Unterredung veröffent-

lichte Herr Feuchtmayer in der „Saale-Zeitung“ ein Feuilleton unter der Ueberschrift: „Mein Besuch bei Gerhart Hauptmann.“ In diesem Artikel wurden eigenartige Aeußerungen des Dichters über seine Stellung in der deutschen Literatur und über die deutsche Kritik veröffentlicht. Gerhart Hauptmann fandte darauf von Hannover aus an den Chefredakteur des „Berliner Tageblatts“ ein Telegramm, durch welches sich der Privatkläger beleidigt fühlte. Dem Privatkläger wurde vorgeworfen, er habe die Unterredung „erschlichen“, er wird als „Student in Geisteswissenschaften“ bezeichnet, der Artikel „lächerlich“ genannt und der Privatkläger für unfähig erklärt. Gesprochenes richtig wiedergegeben. Der Privatkläger behauptet demgegenüber, daß die von ihm in dem Feuilleton wiedergegebenen Aeußerungen des Dichters durchaus der Wahrheit entsprechen. Ferner habe er die Unterredung keineswegs „erschlichen“, ebensowenig habe er verschwiegen, daß er Journalist sei. Im Termin kam es zu einem bis zum 15. März widerrechtlichen Vergleich. Der Angeklagte erklärte durch den Mund seines Vertreters, daß ihm die Absicht einer Beleidigung des Privatklägers ferngelegen habe und er die Kosten des Verfahrens übernehme.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 27. Februar, vormittags 9 Uhr, Pappel-Allee 15-17: Freireligiöse Vorlesung. Vormittags 11 Uhr: Kleine Frankfurter Str. 6: Vortrag von Herrn Dr. Bruno Wille: „Das Sinnbild vom Samenorn.“ Damen und Herren als Gäste sehr willkommen.

Sozialdemokratischer Zentralwahlverein für den Reichstagswahlkreis Arnswalde-Gröbber, Ostbairern Berlin. Sonntag, nachmittags 3 Uhr: Mitglieder-Versammlung bei Hümmel, Kurler Str. 79.

Kranke und Sterbende der Tabakarbeiter Berlin. (G. S. Nr. 88.) Heute abend 9 Uhr, bei Grande, Weinstr. 11: General-Versammlung. Tagesordnung: Neuwahl des Vorstandes, des Ausschusses und von Krankenkontrolleuren. Uebertragung des Kassenschatzes.

Witterungsübersicht vom 25. Februar 1910, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in 5 m Höhe	Stationen	Barometer	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in 5 m Höhe
Arnswalde	754.5	SW	3	wolkig	3	Darmstadt	757.0	—	—	bedeckt	-1
Darmstadt	753.5	SW	4	wolkig	4	Petersburg	754.5	—	—	bedeckt	-1
Frankfurt	756.5	SW	4	bedeckt	4	St. Petersburg	749.5	SW	5	bedeckt	-1
Königsberg	758.5	SW	4	Regen	6	Siberien	746.5	—	—	bedeckt	-1
München	762.5	SW	2	bed. hb.	5	Wien	—	—	—	—	—
Wien	764.5	SW	1	wolkig	2						

Wetterprognose für Sonnabend, den 26. Februar 1910. Zunächst etwas mürmer, zeitweise heiter, aber sehr veränderlich mit Regenschauern und ziemlich starken südwestlichen Winden; später wieder etwas kühler.

Berliner Wetterbureau.

# Theater und Vergnügungen

**Sonnabend, den 26. Februar.**  
Anfang 7 Uhr.  
Königl. Opernhaus. Tristan und Isolde.  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Königl. Schauspielhaus. Prinz Friedrich von Homburg.  
Neues königl. Operntheater. Schloß.  
Deutsches. Judentum.  
Kamerapiele. Der gute König Dagobert. (Anf. 8 Uhr.)  
Anfang 8 Uhr.

Berliner. Toffen.  
Kessing. Das Konzert.  
Neues Schauspielhaus. Der Herr Verteidiger.  
Neues. Der Philosoph von Sanssouci.  
Weisen. Die geschiedene Frau.  
Königliche Oper. Pleurerliebe.  
Neues Operntheater. Der Graf von Luxemburg.  
Trianon. Theodora u. Cie.  
Kessing. Der große Kame.  
Kessing. Im Landenshlag.  
Thalia. Die Dollarsprinzessin.  
Schiller O. (Männer - Leserte.)  
Neue Jugend.

Schiller. Charlotteburg. Egmont.  
Friedrich. Wilhelmstadt. Großstadtluft. (Anfang 8 1/2 Uhr.)  
Nachm. 3 1/2 Uhr: Die Jungfrau von Orléans.  
Volkoper. Rhabder. Der Barbier von Sevilla. (Anfang 8 1/2 Uhr.)  
Zuflucht. Der Heldenreiter.  
Nachm. 4 Uhr: Max und Moritz.  
Köln. Die Eisenbahnräuber.  
Nachm. 4 Uhr: Schneewittchen.  
Zuflucht. Der dunkle Punkt.  
Metronom. Gallos II - Die große Szene.  
Hollid Caprice. Herr Bassettropf.  
Der Aufhänger. (Anf. 8 1/2 Uhr.)  
Kassio. Der Überganger.  
Gedr. Herrfeld. So muß man's machen. Eine Uebergangsgeschichte.  
Freddel. Kavaller. (Anf. 8 1/2 Uhr.)  
Hollid. Geschlossen.  
Nachm. 8 Uhr: Schneewittchen und Rosenrot.  
Stadttheater Moabit. Geschlossen.  
Barock. Lehengrün. (Anf. 8 1/2 Uhr.)  
Hollid. Der Nibelungen. Spezialitäten.  
Wintergarten. Spezialitäten.  
Reichshallen. Stettiner Sänger.  
Palast. Spezialitäten.  
Vossage. Spezialitäten.  
Karl Haberland. Spezialitäten.  
Waldhalla. Spezialitäten.  
Waggengarten. Spezialitäten. (Anf. 7 1/2 Uhr.)

**Urania.**  
Wissenschaftliches Theater.  
Nachmittags 5 Uhr:  
Hans Hildenbrandt: Die Photographie in natürlichen Farben.  
8 Uhr: Im Firmenglanz des Ober-Engadin.  
Hörsaal 8 Uhr:  
Dr. Gehlhoff: Die feststehenden u. fahrbaren Gleichstrommotoren im Betriebe.

**Passage-Panoptikum**  
Senegal in Berlin!  
50 wilde Weiber  
Männer, Kinder.  
Drei Negerdörfer  
Ohne Extra-Entree!

**Passage-Theater.**  
Abends 8 Uhr.  
Gussy Holl  
Lamborg  
Schneider - Duncker  
(prolongiert)  
und das neue  
Februar-Programm.  
14 Variété-Attraktionen.

**Residenz-Theater**  
Direktion: Richard Alexander.  
Abends 8 Uhr:  
Im Landenshlag.  
Schwank in 3 Akten von Hennequin und Weber.  
Morgen und folgende Tage:  
Dieselbe Vorstellung.

**Luisen-Theater.**  
Nachmittags 4 Uhr:  
Große Kinder-Vorstellung.  
Mag und Moritz.  
Vudenstück in 7 Streichen v. B. Busch.  
Abends 8 Uhr:  
Der Weilschenreißer.  
Vustspiel in 4 Akten von G. v. Moser.  
Sonntag 3 Uhr: Die Weile um die Erde in 30 Logen. 8 Uhr: Was Gott zusammenfügt.  
Montag: Was Gott zusammenfügt.

**Lesing-Theater.**  
8 Uhr: Das Konzert.  
Sonntag 3 Uhr: Gelpenfer.  
Sonntag 8 Uhr: Das Konzert.  
Montag, 8 Uhr: Tantris der Marr.  
**Berliner Theater.**  
Heute: Taifun. 8 Uhr.  
Morgen: Taifun.  
**Neues Theater.**  
Abends 8 Uhr:  
Der Philosoph von Sanssouci.  
Morgen und folgende Tage:  
Der Philosoph von Sanssouci.  
**Theater des Westens.**  
Abends 8 Uhr:  
Die geschiedene Frau.  
Sonnt. 8 1/2 Uhr: Der seltene Bauer.  
**Neues Operetten-Theater.**  
Heute und folgende Tage 8 Uhr:  
Der Graf von Luxemburg.  
Sonntag nachmittags 3 Uhr zu ermäßigten Preisen: Der Zigeunerbaron.

**Volkoper.**  
SW, Belle-Alliance-Strasse Nr. 7/8.  
**Ahasver.**  
Hierauf:  
Der Barbier von Sevilla.  
Anfang 7 1/2 Uhr.

**Schiller-Theater.**  
Schiller-Theater O. (Wallner-Theat.).  
Sonnabend, abends 8 Uhr:  
Neue Jugend. (Johan Ulfstjerna.)  
Schauspiel in 5 Akten v. Tor Hedberg.  
Deutsch von Hermann Blocher.  
Ende 10 1/2 Uhr.  
Sonntag, nachm. 3 Uhr:  
Der Herr Ministerialdirektor.  
Sonntag, abends 8 Uhr:  
Viel Lärm um nichts.  
Montag, abends 8 Uhr:  
Die Welt, in der man sich langweilt.

**Schiller-Theater (Charlottenburg).**  
Sonnabend, abends 8 Uhr:  
Egmont.  
Ein Trauerspiel in 5 Aufzügen von Johann Wolfgang v. Goethe.  
Ende 11 1/2 Uhr.  
Sonntag, nachm. 3 Uhr:  
Der Heineidbauer.  
Sonntag, abends 8 Uhr:  
Egmont.  
Montag, abends 8 Uhr:  
Der Pfarrer v. St. Georgen.

**Metropol-Theater**  
Hallo!!!  
Die große Revue!  
In 8 Bildern von Jul. Freund.  
Musik v. Paul Lincke. In Szene gesetzt von Dir. Rich. Schalts.  
Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.

**WINTERGARTEN**  
Letzte Woche!  
Großer Erfolg  
der  
Februar-Attraktionen!  
Robert Steidl!  
Vampir-Tanz!  
Marionetten-Theater!  
Morgen:  
Nachmittagsvorstellung  
Kleins Preiss. Anfang 3 1/2 Uhr.

**Reichshallen-Theater.**  
StettinerSänger  
Der Nachtwächter  
von Herpenschläse.  
v. F. Moysel  
Anfang:  
Bogen.  
8 Uhr.  
Sonntag  
7 Uhr.  
Billetts sind 8 Tage vorher.

**Folies Caprice**  
Der Luftturner.  
Neuer bunter Teil.  
Herr Wasserkropf.  
Anfang 8 1/2 Uhr. Vorder. 11-12 Uhr.

**Brauerei Friedrichshain am Königstor.**  
Größte Sehenswürdigkeit Berlins.  
Morgen  
Sonntag: „Auf der Alm.“  
Größter Bock-Jubel und Trubel.  
Der berühmteste Feiwirt  
Schorsch Ehrengreber  
mit seiner Truppe (60 Mitwirkende) aus München.  
Gratisvorlesung von 200 Wertgegenständen.  
Jeder Besucher erhält ein Los gratis.  
Anfang 4 Uhr. Entree 50 Pf.

**Arnold Scholz**  
Täglich:  
Großes Bockbierfest in den bayerischen Alpen  
Anfang 7 Uhr. Entree 30 Pf.  
Vorverkauf! Mittwoch, den 2. März 1910: Vorverkauf!  
Sommerfest in den bayerischen Alpen. Hausball.

**Opole Theater**  
Vente Woche!  
8 Uhr: Die großen Spezialitäten.  
8 1/2 Uhr:  
Der Diebeswälder.  
Operette in 3 Akten.  
Wahl von C. M. Ziehrer.  
Konrad Dreher a. G.  
und die Originalbesetzung.

**Castan's Panoptikum**  
Friedrichstr. 165, Paschorppl.  
All Ben Mohamed, Orientalischer Bankier.  
Mr. Widowski, Schwert- und Bajonettkünstler.  
Indische Witwenverbrennung.  
Täglich 7 1/2 Uhr abends. X Sonntags zwei Vorstellungen.  
Heitere Vorträge. Vollständig neues Programm.

**Metropol-Theater**  
Herrfeld  
Theater  
Kommandantenstr. 67. T. H. 4, 5083.  
Zum 18. Male:  
Eine Uebergangsgeschichte.  
Zum 117. Male:  
So muß man's machen  
mit Anton und Donat Herrfeld.  
Anfang 8 Uhr.  
Vorderkauf 11 bis 2 Uhr.  
Sonntag nachmittags 4 Uhr:  
Meine-Deine Tochter.

**ORPHEUM**  
50 BRÜCKENSTR. 2  
an der Jannowitzbrücke.  
Deutschlands größte und vornehmste Lichtbühne  
650 Sitzplätze  
Fantastische Ausstattung  
Beginn:  
Wochentags 4 Uhr.  
Sonntags 2 "

**Karl Haverland**  
Theater. ped. 8 U.  
77/79 Kommandantenstr. 77/79.  
Ab 16. dieses Monats  
ein sensationelles Programm.

**Bugenhagen**  
am Moritzplatz  
8 Uhr.  
Heute 9 1/2 Uhr rington:  
Alb. Hein gegen Alb. Sturm.  
Jila gegen Oskar Schneider.  
Altman gegen L. de Wolf.  
Im unteren Saale: Großes  
Bockbier-Kellerfest  
mit Doppelkonzert.

**Reform**  
Kind  
Das schönste Programm  
Berlins,  
laufend vom 22.-28. Februar  
u. a.: Am Hofe einer ägypt.  
Meesallen, Stunfilm 1. Rang.  
3. Platz 50 Pf.  
Stnd. 10 Pf. ohr. Nachzahlung.  
Dauervorstell. v. 4-11 Uhr.

**Sanssouci**  
Kellbuss  
Str. 6.  
Direktion Wilhelm Holmer.  
Sonntag, Montag und  
Donnerstag:  
Hoffmanns Nord. Sänger  
und Konzertsänger.  
Org. Sonnt. 5. wochent. 8 U.  
Morgen Sonntag:  
Große Elite-Soiree  
Neues hochakt. Programm.  
S. Schluß: Tanzkränzchen.

**Stadt-Theater Moabit**  
Alt-Moabit 47/48.  
Sonntag, den 27. Februar 1910:  
Wieltes Schauspiel des Franklein  
Frida Ward von Hof-Theater.  
Zum erstenmal wiederholt:  
Heimat.  
Schauspiel in 4 Akten von Hermann  
Suhermann.  
Wozla: Frise Wenz & C.

**W. Noack's Theater**  
Oranienstr. 16, am Rosenheller Tor.  
Vorträge Kinder-Vorstellung.  
Nachmittags 3 Uhr:  
Schneewittchen und Rosenrot.  
München in 5 Bildern.  
Genießvorlesung.  
Abends: Geschlossen.  
Sonntag nachm.: Dori u. Stadt.  
Abends: Der Sonnwendhof.

**Zirkus Schumann**  
Sonnabend, den 26. Februar,  
abends 7 1/2 Uhr:  
Gala-Abend.  
Reut!  
Eisenherz v. Welteringer  
a. d. Höhe, geritten von Herrn  
Romantischer  
Gustav Stensbeck als Gast.  
Mons. Romanoff  
der phänomenale Kopf.  
Kagonghi,  
der kleinste russische Reiterkünstler.  
Lebte Reutheit: The Franks  
Hingebende Akrobaten.  
Um 9 1/2 Uhr: Ende 11 Uhr:  
Die drei Rivalen.  
Große Feerie in fünf Akten aus  
der Dogenzeit.  
Sonntag in beide Vorstellungen: Die  
drei Rivalen. Nachm. 1 Kind frei,  
weitere Kinder zahl. halbe Preise.

**Zirkus Busch.**  
Heute Sonnabend, 26. Februar,  
abends 7 1/2 Uhr präz.:  
Großer Gala-Abend.  
Autroton v. Thoreso Filis, James  
Leson Filis Jan, Heinrich Filis.  
Mc Danell Co.  
Skandinavischer Sport-Act.  
Ski, Rodol und Rollschuhe.  
Mr. Jacob, Foxterrier-Dress.  
Hr. E. Schumann, Neudressuren.  
Reiterfamilie Proserpi. Sign.  
Magrini, der beste Springer  
der Welt. 9 Uhr ca.  
Die russ. Sensationsantomime  
Marja!  
Vorher das große Galaprogramm.

**Circus Sarrasani**  
Alter Botan. Garten  
Eingang Grünewaldstr.  
Sonnabend, den 26. Februar 1910:  
2 sensationelle Vorstellungen 2  
nachm. 4 u. abends 8 Uhr.  
mit gleich reichhaltigem, sensationellem Programm.  
Ab 9 1/2 Uhr: Fortsetzung der  
Ringkampf-Konkurrenz  
unter dem Protektorat des  
Herrn Prof. Reinhold Segas.  
Heute abend rington:  
Jack Lewis gegen Reckling.  
Cazeaux de Bastieux geg. Frachet.  
Van der Berg gegen Madrallil.  
Roglin gegen Bischoff.  
Halden gegen Bernard.

**Palast-Theater.**  
Direktion: Robert Dill & Karl Pirau.  
Burgstr. 24, am Bahnhof Wriez.  
Das brillante  
Februar-Programm!  
14 Attraktionen  
ersten Ranges.  
Der Ehemann vor der Tür,  
oder:  
Die überflüssige Kantippe.  
Anfang 8 Uhr.  
Entree: 50 Pf. bis 2 Mark.  
Vorzugsarten überall zu haben.

**Volks-Theater.**  
Rixdorf, Hermannstr. 20.  
Sonntag, den 27. Februar, Anf. 7 Uhr:  
Der Wülfersgatte.  
Vustspiel in 3 Akten von Kalleberg.  
Montag, den 28. Februar, Anf. 8 Uhr:  
Der zweite Schatz.  
Vustspiel in 4 Akten von  
Ludwig Ganghofer.

**Tonbild-Theater**  
Reinickendorfer Str. 26-27.  
Das schönste Programm  
Berlins,  
laufend vom 22.-28. Februar  
u. a.: Am Hofe einer ägypt.  
Meesallen, Stunfilm 1. Rang.  
3. Platz 50 Pf.  
Stnd. 10 Pf. ohr. Nachzahlung.  
Dauervorstell. v. 4-11 Uhr.

**Sanssouci**  
Kellbuss  
Str. 6.  
Direktion Wilhelm Holmer.  
Sonntag, Montag und  
Donnerstag:  
Hoffmanns Nord. Sänger  
und Konzertsänger.  
Org. Sonnt. 5. wochent. 8 U.  
Morgen Sonntag:  
Große Elite-Soiree  
Neues hochakt. Programm.  
S. Schluß: Tanzkränzchen.

**Stadt-Theater Moabit**  
Alt-Moabit 47/48.  
Sonntag, den 27. Februar 1910:  
Wieltes Schauspiel des Franklein  
Frida Ward von Hof-Theater.  
Zum erstenmal wiederholt:  
Heimat.  
Schauspiel in 4 Akten von Hermann  
Suhermann.  
Wozla: Frise Wenz & C.

**W. Noack's Theater**  
Oranienstr. 16, am Rosenheller Tor.  
Vorträge Kinder-Vorstellung.  
Nachmittags 3 Uhr:  
Schneewittchen und Rosenrot.  
München in 5 Bildern.  
Genießvorlesung.  
Abends: Geschlossen.  
Sonntag nachm.: Dori u. Stadt.  
Abends: Der Sonnwendhof.



An die deutsche Arbeiterschaft!

Die im „Deutschen Transportarbeiter-Berband“ organisierten „Einklassierer und Rassenboten“, sowie die im „Zentralverband der Handlungsgehilfen und Schiffsleute“ organisierten Reisenden und Agenten geben hierdurch bekannt, daß zurzeit von den verschiedensten Firmen der Kleinfabrikation, Nähmaschinen- und Versicherungsbranche eine außerordentlich heftige Kampagne zur Gewinnung neuer Kundenschaft gemacht wird.

Wir erlauben höflichst, derartige Geschäfte nur mit „organisierten“ Einklassierern resp. Agenten abzuschließen und machen gleichzeitig darauf aufmerksam, daß von den Organisationen für das Jahr 1910 eine graue Legitimationskarte zur Kontrolle der Mitgliedschaft herausgegeben worden ist, welche monatlich gestempelt sein muß.

graue Legitimationskarte

zur Kontrolle der Mitgliedschaft herausgegeben worden ist, welche monatlich gestempelt sein muß. Man lasse sich nicht täuschen; die „braunen“ und „grünen“ Karten haben keine Gültigkeit mehr.

Beim Kauf von Möbeln oder Nähmaschinen, sowie beim Abschluß von Feuer-, Diebstahl-, Lebens- oder Volksversicherungen verlange man stets die „graue“ Legitimationskarte.

Die Agitationskommission der Einklassierer und Rassenboten. J. A.: Friedr. Ludow, Berlin N., Fehrbelliner Str. 8. Die Agitationskommission der Reisenden und Agenten. J. A.: D. Urban, Berlin NO., Neue Königstr. 36.

Vorort-Nachrichten.

Lichtenberg.

Die Stadtverordnetenversammlung am Donnerstag stand unter dem Zeichen der Wahlrechtsvorlage. Den von unseren Genossen eingebrachten Antrag, welcher die Stadtverordnetenversammlung aufforderte, sich gegen die Wahlrechtsvorlage der Regierung zu erklären und dies durch eine Petition an das Abgeordnetenhaus zum Ausdruck zu bringen, begründete Genosse Düw. Er wies unter anderem darauf hin, daß bei der von der Regierung vorgelegten Vorlage keine Rede sein könne von einer organischen Fortentwicklung des Wahlrechts, wie es dem preussischen Volk in der Thronrede versprochen wird. Hieraus zeigte er an der Hand der Statistik, wie bei der bisherigen Wahlkreisinteilung, welche ja in der Vorlage beibehalten wird, die großen Industriezentren von dem flachen Land überverteilt werden. Auch für unseren Wahlkreis, bestehend aus Ober- und Niederbarnim sowie dem Stadtkreis Lichtenberg, treffe dies ganz besonders zu, denn während unser Kreis mit 120 818 Wählern 8 Abgeordnete wählt, somit auf einen Abgeordneten über 40 000 Wähler entfallen, sind bereits verschiedene Kreise mit circa 8000 Wählern ebenfalls in der Lage, einen Abgeordneten zu wählen. Ganz besonders ungünstig wird dieses Verhältnis jedoch, wenn man bei dieser Berechnung einen Industrieort wie Lichtenberg mit circa 80 000 Einwohnern einem dieser kleinen Landkreise gegenüberstellt. Der Redner der Bürgerlichen, Herr Rechtsanwalt Krüpf, konnte nicht umhin, die von unserem Genossen geltend gemachten Gründe gegen die Wahlrechtsvorlage anzuerkennen, jedoch erklärte er, daß seine Freunde einen Antrag ausgearbeitet hätten, welcher in einigen Punkten von dem unseren unwesentlich abweicht. Er ersuchte uns im Interesse einer einheitlichen Rundgebung, unseren Antrag zurückzugeben, welchem Wünsche auch alsdann unsere Genossen entsprächen. Der daraufhin einstimmig angenommene Antrag lautet:

Die Versammlung wolle beschließen, dem Hause der Abgeordneten die Bitte zu unterbreiten, die Wahlrechtsvorlage abzulehnen, weil diese Vorlage den billigsten Ansprüchen derjenigen preussischen Staatsbürger nicht gerecht wird, welche durch die industrielle Entwicklung der letzten Jahrzehnte in den Industriezentren in großer Zahl zusammengedrängt sind, zu denen die Stadt Lichtenberg gemäß der Beschäftigung des bei weitem überwiegenden Teiles seiner rund 80 000 Seelen umfassenden Bevölkerung gehört. Ferner den Magistrat zu ersuchen, dem Beschluß der Versammlung beizutreten.

Als nunmehr der Genosse Brühl an den Magistrat die Anfrage richtete, wie er sich denn zu diesem Antrag stelle, schweigend befugte dieser auch. Auch der von unserem Genossen direkt befragte Bürgermeister der Arbeiterstadt Lichtenberg und zugleich durch Freisinnunterstützung gewählte freikonservative Landtagsabgeordnete Rietzen hielt es nicht für notwendig, einem einstimmig von den Vertretern der Bürgerlichen angenommenen Antrag gegenüber seine Stellung zu präzisieren. Jedoch schon der folgende Punkt der Tagesordnung sollte dem Herrn Bürgermeister die Gelegenheit geben, seine Auffassung über Bürgerrechte und Selbstverwaltung den Stadtverordneten zu unterbreiten.

Unsere Genossen hatten eine Interpellation eingebracht, worin angefragt wird, was der Magistrat unternommen hat, den anscheinlich der vorjährigen Stadtsitzung angenommenen Antrag betr. Ueberlassung von Turnhallen an die in Lichtenberg domizilierenden Turnvereine zur Ausführung zu bringen.

Genosse Linke wies in seiner Begründung darauf hin, daß bis jetzt dieser Antrag, soweit er die Ueberlassung einer Turnhalle an den Arbeiter-Turnverein betreffe, nicht zur Ausführung gelangt sei. Nachdem man auf eine Eingabe des genannten Vereins von diesem die Namen der Mitglieder verlangte, wurde dem Verein nach langer Zeit mitgeteilt, daß der Magistrat nicht zuständig sei und die hierfür zuständige Schuldeputation die Ueberlassung einer Turnhalle abgelehnt habe. — Redner wies weiter darauf hin, daß man in Mummelsburg dem Antrage stattgegeben habe und dasselbe könne auch vom Lichtenberger Magistrat resp. der Schuldeputation erwartet werden. Bei der Beantwortung erklärte Bürgermeister Rietzen, daß der Magistrat sowohl wie die Schuldeputation deshalb dem Antrage nicht zugestimmt habe, weil von vornherein zu erwarten gewesen sei, daß die Regierung ihre Genehmigung versagen werde. — Unsere Genossen Brühl und Düw. wiesen nunmehr darauf hin, daß, abgesehen von dem geradezu arbeitserfindlichen Verhalten des Magistrats, hierbei noch die drüßige Nichtachtung der Stadtverordnetenversammlung in Frage komme, welche der Magistrat schon zu wiederholten Malen gezeigt habe. Auch diesmal schwiegen sich die bürgerlichen Herren wieder aus. Ferner wurde bekannt gegeben, daß die unterm 7. Januar 1910 angenommene Umfahsteuer-Ordnung sowie die Wertzuwachssteuer-Ordnung vom 12. Januar cr. die Genehmigung der Regierung erhalten haben und mit dem 12. Februar d. J. in Wirksamkeit getreten sind.

Eine von der Regierung beantragte Abänderung der Besoldungsordnung für die Lehrpersonen an den Volksschulen, betreffend die Höhe der Mietentschädigung für einzelne Lehrer sowie die Ortszulage der technischen Lehrpersonen, wurde angenommen. Der von der Stadtverordnetenversammlung beschlossenen Abänderung der Dienst- und Besoldungsordnung für die mittleren und unteren Beamten ist der Magistrat nicht beigetreten, weshalb diese Vorlage die Stadtverordneten wiederum beschäftigen mußte. Diesmal erhielt der Magistrat die richtige Antwort auch endlich einmal von einigen bürgerlichen Herren. Einer derselben gab dem Magistrat die bittere, aber berechnete Bille zu schenken, daß sich ständig mit solchen Meinigkeiten zu befassen und dann damit wiederum die Stadtverordnetenversammlung zu beglücken.

Zu den Kosten der Polizeiverwaltung, für welche bereits 90 000 Mark pro 1000 Bewo. bewilligt waren, macht sich ein weiterer Anteil in Höhe von 25 176,99 M. notwendig, so daß Lichtenberg im Staatsjahr 1909 die Polizeieidleinigkeit von 115 176,99 Mark kostet.

Für einen sich notwendig machenden Erweiterungsbau des Elektrizitätswerkes werden die hierfür notwendigen Mittel in Höhe von 666 000 M. bewilligt. — Eine Vorlage, betreffend die Erhöhung des elektrischen Kraftstrompreises für die ersten 5000 Kilowattstunden auf 16 Pf. pro Kilowattstunde und 10 Pf. für jede weitere Kilowattstunde, wurde einer Kommission von neun Stadtverordneten überwiesen. Von uns gehören die Genossen Brühl, Spiekermann und Silber derselben an.

Der an den Grundstücksverwerbsfonds zu zahlende Uebernahmepreis für das zum Bau des Realprogrammhauses bestimmte Grundstück wird auf 240 000 M. festgesetzt. Zum Schluß wurde in gemeinsamer Sitzung noch der Erwerb eines Grundstücks beschlossen. — Welch reges Interesse gerade der Wahlrechtsantrag in der Lichtenberger Bevölkerung auslöste, bemerkt, daß der Zuhörerraum vollständig überfüllt war und eine große Menschenmenge vor dem Rathaus sich ansammelte. Die jedenfalls einen Sturm auf das Rathaus beschreibende Polizei trieb die Massen auseinander und glaubte nunmehr auch das Rathaus von innen aus schützen zu müssen. Hier wurde ihr jedoch von einigen Stadtverordneten bereits auf der Treppe bedeutet, daß es nichts für sie zu tun gebe und man gern auf ihre Hilfe verzichte.

Charlottenburg.

Ein Liebesverhältnis, das seit einiger Zeit zwischen dem 15 Jahre alten Schloffer Alfred Bellert, Sophie-Charlottenstr. 5 und der 16 Jahre alten Fabrikarbeiterin Berta Wardenen, Dankestr. 45 bestand, hat in der letzten Nacht einen tragischen Abschluß gefunden. Als das jugendliche Paar gegen 1 Uhr am Ufer des Liegenssees spazieren ging, sprang das Mädchen plötzlich in den See und ging bald unter. Bellert sprang ihr nach, rief aber bald um Hilfe und wurde auch gerettet. Das Mädchen selbst ist ertrunken. Dessen Leiche wurde gestern vormittag 10 Uhr durch einen Parkwächter geborgen.

Rixdorf.

Das Opfer der Familientragödie, der Möbelpolierer Wilhelm Dieblich aus der Hermannstr. 64, ist gestern aus dem Krankenhause in Rudow als geheilt entlassen worden. Er wurde, wie gemeldet, am Sonntag, den 6. Februar d. J., nach einem häuslichen Streit von seiner Frau mit einem Rasiermesser am Hals schwer verletzt, während Frau L. aus dem Fenster ihrer im 4. Stockwerk belegenen Wohnung auf den Hof sprang, wo sie mit zerstückelten Gliedern liegen blieb. Nach der Genesung des L. ist die Kriminalpolizei von neuem mit einer Klarstellung des bisher mysteriösen Vorfalles beschäftigt.

Wilmerdorf.

Die Vermögenslage Wilmerdorfs. Nach dem Verwaltungsbericht der Stadt Wilmerdorf für das Geschäftsjahr 1908/09 wurde der Wert der bebauten Grundstücke im Besitz der Stadt für den Schluß des Rechnungsjahres auf 21 642 288 M., der Wert der unbebauten Grundstücke auf 4 889 362 M., der Wert der Grundstücke des Bebauungsplans auf 3 091 194,11 M. und der Wert der Inventarien auf 16 416 160 M. angegeben. Es kommen hierzu 5 678 899,94 M. Kapitalien usw., so daß sich ein Verstand von insgesamt 52 615 902,06 M. ergibt. Weiter beträgt das Stiftungsvermögen, ungerichtet das Grundstück der Blisse-Stiftung in der Wilhelmstraße 3 092 936,78 M. Die Schulden der Stadt stellen sich auf 30 335 438,55 M.; darunter sind 19 097 643,97 M. Anleiheschulden. Ohne das Stiftungsvermögen besitzt die Stadt mithin ein Reinerlösen von 22 280 463,50 M.

Brand auf dem Güterbahnhof Halensee. Auf dem umfangreichen Terrain des Halenseer Güterbahnhofs entstand gestern früh um 8 1/2 Uhr ein großer Brand, der der Wilmerdorfer Feuerwehrrundenlange Arbeit verursachte. Das Feuer war in einem dreistöckigen Fachwerkshuppen ausgebrochen, der etwa 30 Meter lang und 20 Meter breit ist. In diesem Schuppen befindet sich das Fliesenlager der Baumaterialienhandlung von Richard Schäfer. Im Dachgeschoss waren große Portagewerke untergebracht. Als die Gefahr bemerkt wurde, hatte das Feuer schon so an Ausbreitung gewonnen, daß nach wenigen Minuten der größte Teil des Schuppens in Flammen stand. Auf mehrfachen Alarm rückte die gesamte Wilmerdorfer Feuerwehrrunde unter Führung des Brandinspektors Dannehl an. In erster Linie galt es, die zahlreichen in der Nähe des brennenden Schuppens befindlichen Gebäude zu schützen. Der Brandinspektor ließ daher sofort mit fünf Schlauchleitungen den brennenden Schuppen unter Wasser nehmen. Nach zweistündiger Tätigkeit war die Hauptgefahr beseitigt. Während der Abbläsung stürzten Teile der Umfassungsmauern ein, wobei ein Oberfeuerwehrmann leicht verletzt wurde. Bei den Aufräumarbeiten, die sich bis Mittag hinzogen, mußten Mauern niedergebissen werden, da Einsturzgefahr vorlag. Da der Schuppen vollständig ein Raub der Flammen wurde, ist der Schaden nicht unbeträchtlich; er ist durch Versicherung gedeckt. Die Ursache ist unbekannt.

Mariendorf-Südende.

Aus der Gemeindevertretung. Vor Eintritt in die Tagesordnung stellten unsere Genossen den Antrag, die Punkte 5, 6 und 7 der Tagesordnung öffentlich zu verhandeln, da kein Grund vorliegt, die Regelung der Beamtengehälter, die Mietentschädigung für die Lehrer und die Aufschlüsselung in der geheimen Sitzung zu verhandeln. Die Öffentlichkeit habe wohl ein Interesse daran, zu erfahren, wie mit dem Geld der Steuerzahler die Gehälter der Beamten usw. geregelt werden. Der Gemeindevorsteher sprach dagegen und selbstverständlich lehnten darauf die bürgerlichen Vertreter den Antrag ab. Wegen die Aufstellung der Wählerliste lagen Einsprüche vor. So wurde Einspruch erhoben gegen die englische Gastwirtschaft, die, da es eine ausländische Gesellschaft ist, zu unrecht in der Wählerliste stehe. Würde diese Gesellschaft aus der Wählerliste gestrichen, so würde sich eine große Veränderung bei der Einteilung der Klassen zugunsten der dritten Klasse. — Obgleich die Frage nicht als gefahrt bezeichnet werden konnte, stimmte die Mehrzahl der Gemeindevertreter für die rechtmäßige Führung der Gastwirtschaft in der Wählerliste. Ebenso lagen Einsprüche zweier Gesellschaften m. b. H. vor, die, nachdem sie 10 Jahre in der Wählerliste aufgeführt waren, in diesem Jahre nicht mit eingetragen sind. Auch hier wurde der Einspruch nicht anerkannt. Gesellschaften m. b. H. sind laut Landgemeindeordnung nicht wahlberechtigt. Wenn sie zehn Jahre zur Wahl zugelassen wurden, so geschah es zu unrecht. — Im Anschluß hieran wurde von unseren Genossen der Antrag eingebracht, bei der nächsten stattfindenden Wahl den Wahlakt auf einen Sonntag zu verlegen oder aber die Wahlzeit an Wochentagen bis 9 oder 10 Uhr abends zu verlängern. Bei der Begründung wurde mit Recht angeführt, daß Kirchenwahlen, Kaufmannsgerichtswahlen usw. auch Sonntags vorgenommen werden, ohne daß sich die Polizei daran gestört hat. Für die Arbeiter ist es von großer Bedeutung, wenn die Wahlzeit günstiger gelegt wird; liegt doch die Arbeitshälfte oft sehr weit vom Wohnort entfernt und bedeutet die Ausübung des Wahlrechts stets einen Lohnausfall. Der Gemeindevorsteher erklärte, daß er die Wahlen schon so ansehe, daß die Arbeiter dabei bedrückt (T) sind. Sonntag könne er aber die Wahlen nicht stattfinden lassen. Hierauf stellten unsere Genossen den Antrag, daß, wenn der Ge-

meindevertreter wirklich daran liege, mehr Selbstverwaltung zu erlangen, an das preussische Abgeordnetenhaus dahin zu petitionieren, die Wahlrechtsvorlage in allen Formen abzulehnen und das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht zu verlangen. Dadurch ist die erste Möglichkeit vorhanden, für die Gemeinden wirklich Rechte zu erlangen. Ganz erregt erklärte der Gemeindevorsteher, solchen Antrag überhaupt nicht zuzulassen und bezeichnete es als einen Unfug, daß in anderen Gemeinden solche Anträge erst besprochen wurden. Als einer unserer Genossen noch dazu sprechen wollte, schritt ihm der Gemeindevorsteher einfach das Wort ab mit der nochmaligen Betonung, er dulde den Unfug nicht. — Mit welchem Recht der Gemeindevorsteher solche Interpellationen als Unfug bezeichnet, ist unverständlich. Hat er auch bei dem Ausdruck an seine Kollegen in größeren Städten gedacht, die diesen Unfug zuließen? — Nachdem die Gemeindevertretung noch die Aufstellung von weiteren Straßenlampen bewilligt hatte, wurde die öffentliche Sitzung geschlossen.

Ober-Schöneweide.

Der an die letzte Gemeindevertretung gelangte Antrag: an das Haus der Abgeordneten eine Petition um Ablehnung der Wahlrechtsvorlage zu richten, kam nicht zur Verhandlung, indem die Majorität gegen die Dringlichkeit stimmte. Der Antrag ist deshalb erneut gestellt worden und wird in der am Dienstag, den 1. März stattfindenden Sitzung der Vertretung behandelt werden. Bemerkenswert ist, daß schon in der letzten Sitzung der Gemeindevorsteher erklärte, den etwaigen Beschluß nicht zur Ausführung bringen zu können, da den Gemeinden ein Petitionsrecht an die Staatsregierung nicht zustehe. Der Herr scheint eine sonderbare Auffassung von dem Selbstverwaltungsrecht der Gemeinde zu haben.

Empfindlich geschädigt wurde der Hausbesitzer Kahlitz, der in der Schillerpromenade ein Haus hatte errichten lassen. In der gestrigen Nacht sind in dem noch unbewohnten Gebäude die sämtlichen Wasserleitungsrohre durchschnitten worden, so daß die Räume vollständig überflutet wurden. Der Schaden, der dem Eigentümer dadurch entstanden ist, ist sehr erheblich. Es handelt sich allem Anschein nach um einen Diebstahl.

Röpenitz.

Die Stadtverordnetenversammlung gegen die Wahlrechtsvorlage. Eine außerordentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung fand am Dienstag statt. Zur Verhandlung stand: Kenntnisnahme von dem Schreiben des Provinzialschulkollegiums betreffs des höheren Schulwesens und anderweitige Beschlußfassung. Nach den Beschlüssen der Stadtverordneten soll die Realschule zu einem Realreformgymnasium ausgebaut werden. Das Provinzialschulkollegium stellt diesem Beschlusse wohl sympathisch gegenüber, macht jedoch den Aufbau der Oberstufe von der Beschickung der oberen Klassen abhängig. Mit der Festsetzung des Schulgebäudes ist die Behörde ebenfalls nicht einverstanden. Ohne Debatte wurde dieser Eingriff in die Selbstverwaltung entgegengenommen und das Schulgeld dem Beschluß des Schulkollegiums gemäß auf 130 M. für Einheimische und 140 M. für Auswärtige festgesetzt. Ein Dringlichkeitsantrag der liberalen Fraktion bezüglich der Wahlrechtsvorlage wurde, nachdem Genosse Wolf ebenfalls für den Antrag eingetreten war und darauf hingewiesen hatte, daß die Fraktion für den Antrag stimmen würde, um eine einheitliche Rundgebung zu erhalten, trotzdem im Antrage nicht alles das gesagt ist, was wir fordern, gegen 1 Stimme angenommen. Der Antrag hat folgenden Wortlaut:

In der Erwägung, daß durch die von der Regierung dem Abgeordnetenhaus vorgelegte Wahlrechtsordnung den Interessen unserer Stadt schwere Schädigung droht, indem 1. durch die Beibehaltung der bisherigen Wahlkreisinteilung die Stadt Röpenitz als Bestandteil eines der größten Wahlkreise in ungerechtfertigter Weise zurückgesetzt wird, 2. durch Aufrechterhaltung der öffentlichen Wahl dem größten Teile unserer Mitbürger, bei denen die gegebenen Abhängigkeitsverhältnisse weit stärker wirken als in der Großstadt, die Ausübung ihres Wahlrechts tatsächlich unmöglich gemacht wird, 3. durch die von der Regierung vorgeschlagene Differenzierung der Wähler, nicht nur der Arbeiterschaft, sondern auch dem größeren Teile des Mittelstandes, der hier um seine Existenz besonders hart zu kämpfen hat, also dem Kern unserer Bevölkerung jeder Einfluß auf die Gesetzgebung abgeschnitten wird, ermächtigt die Versammlung den Magistrat in Vertretung der hiesigen Körperschaft beim Abgeordnetenhaus dahin zu wirken, daß dieser Gesetzentwurf abgelehnt wird.

Stadt. Cuny (lib.) hat sein Amt als Stadtverordneter niedergelegt. Er stand in der liberalen Fraktion auf dem linken Flügel. Mit dieser Niederlegung sind zurzeit zwei Mandatsvakanten. Die erste und zweite Abteilung werden wohl in einiger Zeit Ersatzwahlen zu vollziehen haben.

Adlershof.

Als Schöffe an Stelle des ausgeschiedenen Herrn Koch wurde in der letzten Gemeindevertretung der Richtermeister Klingensporn mit 8 gegen 6 Stimmen, welche für Herrn Koch abgegeben wurden, gewählt. Wie verlautet, wird von der Minorität der Kandidat ersucht, dem Gewählten die Bestätigung zu versagen, da derselbe Kandidat der Kaufmannsgenossenschaft ist.

Zu der Tagesordnung der Gemeindevertretung hatten unsere Genossen folgenden Dringlichkeitsantrag eingebracht:

1. Die Gemeindevertretung wolle beschließen, dem Abgeordnetenhaus eine Petition zu überreichen, welche in Rücksicht auf die Anschauungen des größten Teiles der Adlershofer Einwohner für die Wahlen zur Gemeindevertretung das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht auf Grundlage der Einwohnergemeinde fordert.

2. In Rücksicht auf den sozialen Frieden innerhalb der Adlershofer Bevölkerung wolle die Gemeindevertretung die Absendung einer Petition an das hohe Abgeordnetenhaus beschließen, in welcher für die Wahlen zu denselben das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht gefordert wird.

Die Höflichkeit unserer Genossen, diesen Antrag dem Gemeindevorsteher schon vor dem Sitzungstage zu übersenden, wurde von demselben prompt mit folgendem Schreiben beantwortet:

Adlershof, den 23. Februar 1910. Den mit dem vorherbezeichneten Schreiben überreichten Dringlichkeitsantrag der Herren Hildebrandt, Wölsing, Wätner, Laube, vom 22. d. M., kann ich nicht der Gemeindevertretung zur Beschlußfassung vorlegen. Ich lehne dies unter Hinweis auf § 102 der Landgemeindeordnung vom 8. Juli 1881 ab.

Ich bitte, den anderen Herren von diesem Bescheide Kenntnis zu geben.

Reinisch. In der Voraussetzung, daß ein Eingehen auf den Antrag unserer Genossen oder ein Aktivieren der Handlungsweise des Gemeindevorstehers von demselben auf jeden Fall unterdrückt und dadurch eine Stellungnahme der Gemeindevertretung verhindert werde, hatte die Vertreter der zweiten Abteilung den von der Stadtverordnetenversammlung und Magistrat in Röpenitz einstimmig angenommenen Wahlrechtsbeschluß als Dringlichkeitsantrag direkt vor der Sitzung gestellt. Auch diesem Antrage gegenüber berief sich der Gemeindevorsteher auf § 102 der Landgemeindeordnung, und er drohte, daß, im Falle der Antrag dennoch angenommen werde, er von seinem Einspruchsrecht Gebrauch machen würde. Genosse Hildebrandt betonte in der nun folgenden Geschäftsordnungsdebatte, der Gemeindevorsteher könne nicht nur Buchhabemensch sein, der sich hinter Paragraphen verberge, sondern er müsse auch der Meinung der Einwohnererschaft Rechnung tragen und nicht nur sich das Wohlwollen der vorgesetzten Behörde zu erhalten trachten. Nach der Anschauung des Gemeindevorstehers

würde der Gemeinde jedes Petitionsrecht genommen sein. Besonders scharfe Zurechtweisung zog sich auch der Schöffe Dr. Ehrmann zu, der die Dreistigkeit besaß, dieser Wahlreformvorlage gegenüber die Antragsteller noch anzuküßeln, indem er in ironischer Weise ausführte, daß selbstverständlich die Stellungnahme der großen Gemeinde Adlershof von welterschütternder Bedeutung für den Ausfall der Wahlrechtsberatung sei. Desgleichen erhob er den Vorwurf, daß die Vertreter der zweiten und dritten Abteilung die Minorität in brutaler Weise majorisieren. Der Herr erhielt vom Genossen Hildebrandt eine gebührende Zurechtweisung.

Da bei Annahme der Dringlichkeit eine Dreiviertelmajorität vorhanden sein muß, wurde der Antrag mit 8 gegen 4 Stimmen bei 2 Stimmenthaltungen abgelehnt. Dagegen stimmten die Gemeindevorsteher Dr. Baurath und Roske, der Schöffe Kaiser und der Gemeindevorsteher; der Abstimmung enthielten sich der Schöffe Dr. Ehemann und Gemeindevorsteher Dr. Franke. Der 2. Punkt der Tagesordnung: „Annahme der Arbeitsordnung und des Lohns für die bei der Gemeinde beschäftigten Arbeiter“ wurde auf Antrag unserer Genossen vertagt, da dieselbe den Gemeindevorstere nicht zugegangen war. Der Gemeindevorsteher entschuldigte dieses mit der Ueberbürdung der Beamten und versprach zur nächsten Sitzung die Unterlagen zu liefern.

Unter Geschäftlichem kam zur Sprache, daß der Amtsausschuß des Amtsbezirks Alt-Glienide gegenüber dem Amtsvorsteher die pensionsberechtigten Anstellung vorgenommen habe. Gegen die ordentlichen Mitglieder des Amtsausschusses, das ist der Gemeindevorsteher und die Schöffen, wurde allseitig der schwere Vorwurf erhoben, daß dieselben für diesen Beschluß gestimmt haben, trotzdem dieselben wissen, daß ein Beschluß der Gemeindevorsetzung verlegt, den Austritt der Gemeinde Adlershof aus dem Amtsbezirk anzustreben. In der pensionsberechtigten Anstellung des Amtsvorstehers liegt aber in Rücksicht des Austrittes aus dem Amtsbezirk eine schwere Belastung der Gemeinde.

### Friedrichshagen.

Referent: „Die Forderungen der Sozialdemokratie in der Gemeinde“ referierte Genosse Sonnenburg sen. in der Mitgliederversammlung des Wahlvereins. Der Referent legte dar, ein wie großes Feld die Sozialdemokratie noch in der Kommune zu bearbeiten habe. Insbesondere verbreitete sich Redner über unser Volksschulwesen. Die Diskussion war eine lebhaft und es wurde in derselben namentlich das Beerdigungswesen grell beleuchtet. Unter Vereinsangelegenheiten wurde das Verhalten unserer Polizei bei der Straßendemonstration scharf kritisiert. Unsere Genossen in der Gemeindevorsetzung wurden aufgefordert, den Gemeindevorsteher hierüber zu interpellieren. Renaufnahmen fanden 15 statt.

### Trebbin (Kreis Teltow).

In der Stadtverordnetenversammlung gedachte vor Eintritt in die Tagesordnung der Vorsteher des verstorbenen Herrn Martens, welcher früher dem Kollegium 12 Jahre angehörte. In die Kommission betreffs Bürgerrechtsgeld wurden u. a. auch die Genossen Richter und Diebisch gewählt. Bei den Vorschlägen für die Kommission betreffs Grundsteuerstelle es sich heraus, daß die früher der Kommission angehörnden Stadtv. Samuel und Ribbet ausgeschaltet worden waren. Stadtv. Samuel sowie Genosse Richter beantragten, die Mitglieder der früheren Kommission wieder zu wählen. Die nun folgende Abstimmung ergab ein noch nie dage-

wesen Bild von Beeinflussung und Schiebung, so daß der Stadtverordnete Samuel aufstand und 12 verschworenen Clique sagte, daß die Abstimmungen hier in öffentlicher Sitzung null und nichtig seien, denn die 10 Verschworenen hätten ja schon wieder eine Zusammenkunft gehabt und da sei doch festgelegt, was hier geschehen soll. Genosse Richter übte gleichfalls in dieser Angelegenheit eine scharfe Kritik. Vor der Abstimmung wiederholte Herr Haase die Namen der Mitglieder laut, darauf erhoben alle anwesenden Verschworenen die Hände geschloffen zur Abstimmung. Gewählt wurden außer den Stadtv. Konrad Schulze, Buchner, Küttner, Haase unsere Genossen Schönsee und Ritter. — In geheimer Sitzung wurde folgendes beschlossen: Die Stadtgemeinde Trebbin verleiht das Ausschließlichkeitsrecht für die Licht- und Kraftversorgung der Stadt durch die E. L. G. vom 1. April 1910 an auf die Dauer von 10 Jahren, d. h. bis 1. April 1920 unter folgenden Bedingungen: 1. Der Preis für elektrisches Licht wird auf 40 Pf. pro Kilowattstunde herabgesetzt. 2. Die Preise für Elektrizitätszähler wird auf die im Schreiben vom 28. März 1907 vorgeschlagenen Sätze reduziert. 3. Für die Dauer obiger 10 Jahre erhält die Stadt eine jährliche Vergütung von 500 M. 4. Die Straßenbeleuchtung auf der Strecke vom Bahnhof bis zum Markt Ecke Mühlenstraße wird mit 50kerzigen, über der Mitte der Straße hängenden Metallfadenslampen ausgerüstet. 5. In den anderen Straßen sollen noch vorhandene 16kerzige Lampen durch Lampen von 25 Kerzen Leuchtkraft ersetzt werden. Die Voelker Straße erhält auch Straßenbeleuchtung.

### Museen, Sammlungen, Sehenswürdigkeiten.

(Zutritt ist unentgeltlich, wenn nichts anderes vermerkt ist.)

**Altes und Neues Museum.** Am Lustgarten. Wochentags (außer Montag): April bis September 10-4, Oktober bis März 10-3. Am Sonntag und an den zweiten Weihnacht-, Oster-, Pfingstfeiertagen: April bis September 12-6, Oktober und März 12-5, November und Februar 12-4, Dezember und Januar 12-3. Am Montag und an Feiertagen (außer den zweiten Feiertagen): geschlossen.

**Aquarium.** Unter den Linden 68a. Im Sommer: täglich 9-7, im Winter: an Sonn- und Feiertagen 9-7, an Wochentagen 9-6. Eintrittsgeld: 1,00 M., an Sonn- und Feiertagen 50 Pf.; Kinder die Hälfte. Am letzten Sonntag jedes Monats 25 Pf.

**Architektur-Museum.** Technische Hochschule, Charlottenburg, Beckersstraße 151. Montag 10-3 (auch 5 1/2-7 1/2), vom Oktober bis März), Dienstag 12-3, (auch 10-12 für Studienzwecke), Mittwoch 10-12, Donnerstag 12-3 (auch 10-12 für Studienzwecke, auch 5 1/2-7 1/2, vom Oktober bis März), Freitag 10-3. Geschlossen: Sonnabend und Sonntag.

**Ausstellung für Arbeiterwohlfahrt.** Charlottenburg, Fraunhoferstraße 11/12. An allen Wochentagen (außer Montag) 10-1, am Dienstag und Donnerstag auch 6-9 abends. Sonntag 1-5.

**Baumuseum.** Siehe Verkehrsmuseum.

**Berg- und Gärtenmuseum.** Invalidenstr. 44. Wochentags (außer Sonnabend) 12-2, am Sonntag: April bis September 12-6, Oktober und März 12-5, November und Februar 12-4, Dezember und Januar 12-3.

**Botanischer Garten.** Dahlem. Unentgeltlich: Sonntag, Dienstag, Mittwoch, Freitag 2-7, Sonntag 10-7. An Wochentagen vormittags Zutritt nur gegen Erwerbung des „Pflanzers“ (beim Pförtner). (Nur im Sommer geöffnet.)

**Botanisches Museum.** Dahlem. Montag und Donnerstag 8-6, Mittwoch 9-6.

**Giltenbaumuseum.** Siehe Verkehrsmuseum.

**Kaiser Friedrich-Museum.** Ronthofstraße. Eröffnung: an den Wochentagen (außer Montag) um 10, am Montag um 1, am Sonntag und

an den zweiten Weihnacht-, Oster- und Pfingstfeiertagen um 12. Schluß an allen Tagen: April bis September um 6, Oktober und März um 5, November und Februar um 4, Dezember und Januar um 3. Eintrittsgeld: Montag 1 M., Dienstag und Mittwoch 50 Pf. Eintritt frei: an allen übrigen Tagen.

**Hygienemuseum.** Hefischstr. 4. Dienstag und Freitag 10-2; Sonntag: April bis September 1-6, Oktober und März 1-5, November und Februar 1-4, Dezember und Januar 1-3.

**Kunstgewerbe-Museum.** Prinz-Albrechtstr. 7. Besuchszeit wie beim Alten Museum.

**Landwirtschaftsmuseum.** Invalidenstr. 42. An den Wochentagen (außer Montag) 10-3. An jedem dritten Sonntag im Monat: 11-5.

**Märkisches Provinzial-Museum.** Wallstr. 50/51. Besuchszeit täglich (mit Ausnahme von Sonnabend) 10-3 Uhr. Eintritt frei. Gedruckte Führer 10 Pf.

**Neuerfindungsmuseum.** Georgenstr. 34-36. Sonnabend und Montag 11-4, Sonntag 12-3.

**National-Galerie.** Museumsinsel, an der Friedrichsbrücke. Eröffnung: an den Wochentagen (außer Donnerstag) um 10, an Donnerstag um 1, am Sonntag und an den zweiten Weihnacht-, Oster- und Pfingstfeiertagen um 12. Schluß, an allen Tagen: April bis September um 6, Oktober und März um 5, November und Februar um 4, Dezember und Januar um 3. Eintrittsgeld: Donnerstag 1 M., Freitag und Sonnabend 50 Pf. Eintritt an allen übrigen Tagen frei.

**Naturkunde-Museum.** Invalidenstr. 43. Montag, Mittwoch, Donnerstag, Sonnabend: April bis September 10-4, Oktober bis März 10-3. Am Sonntag und an den zweiten Feiertagen: wie beim Alten Museum.

**Post-Museum.** Leipzigerstr. 10/12. Montag, Dienstag, Donnerstag, Freitag 10-2. Am Sonntag und an den zweiten Feiertagen: 12-2.

**Rauch-Museum.** (Werke von Christl. Rauch.) Klosterstr. 76. Wochentags: April bis September 10-4, Oktober bis März 10-3.

**Rathaus.** Königliche. Täglich (außer Donnerstag und Freitag) 10-3, unentgeltlich. Lurnbelegung: April bis September, täglich (auch Donnerstag und Freitag) 10-3, Eintrittsgeld 20 Pf.

**Reichstagsgebäude.** Köpenickerplatz. An Wochentagen 8 1/2-9 1/2, vormittags, am Sonntag 2-4. Eintrittsgeld 50 Pf.

**Sternwarte.** Endeplatz 3a. Mittwoch und Sonnabend, im Sommer 9-11, vormittags, im Winter 10-11 vormittags.

**Sternwarte.** Dreptower Berg. Täglich von 3 Uhr nachmittags ab, im Sommer bis 12 Uhr nachts, im Winter bis 10 Uhr abends. Eintrittsgeld: 50 Pf. für Besichtigung der Sternwarte und des Astronomischen Museums, 1 M. für Beobachtung mit dem großen Fernrohr.

**Sternwarte der „Arctura“.** Invalidenstr. 57/62. Täglich 7 1/2-11 Uhr abends. Eintrittsgeld 50 Pf.

**Urania.** Sammlungen und wissenschaftliches Theater. Landstr. 48. Täglich von 10 Uhr vormittags ab. Eintrittsgeld 50 Pfennig (für Abendvorstellungen von 1 Mark an).

**Verkehrs- und Baumuseum.** Invalidenstr. 51. Sonntag 11-4, Dienstag, Donnerstag, Freitag 10-4, Mittwoch und Sonnabend 2-8.

**Völkermuseum.** Köpenickerstr. 120. Besuchszeit wie beim Alten Museum.

**Museum für deutsche Volkstrachten und Volkskunde.** Klosterstraße 36. Besuchszeit wie beim Alten und Reiten Museum.

**Zoo-Museum.** An der Schlossbrücke. Wochentags (außer Sonnabend): März bis Oktober 10-3, November bis Februar 10-2; am Sonntag und an den zweiten Feiertagen 12-3.

**Kunstlicher Marktbericht der Königl. Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. Markttag: Freitag. Zutritt genügend, Geschäft lebhaft, Preise unverändert. Bild: Zufuhr mäßig, Geschäft still, Preise unverändert. Geflügel: Zufuhr reichlich, Geschäft lebhaft, Preise schwankend. Fisch: Zufuhr genügend, Geschäft ziemlich lebhaft, Preise befriedigend. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Saisfrüchte: Zufuhr reichlich, Geschäft lebhaft, Preise vielfach verändert.**

**Möbel** ganze Wohnungseinrichtungen, Zimmer- und Küchen-Einrichtungen, sowie jedes Bild einzeln zu den billigsten Preisen in guter gediegener Arbeit empfiehlt  
**Wilh. Lambrecht,**  
Berlin SW., Simeonstr. 10.  
Verlangen Sie, bitte, Illustr. Preisliste an der ersten Katalogfrage.

Berlin, Altes Jakobstr. 124.  
**Elektro-Technikum**  
gegr. 1874. Eig. Fabrik. Elektro-, Maschinen-, Bau-, Ingenieur-, Techniker-, Werkmeister-, Monteur-Ausbild., staatl. inspiziert.  
**Neuer Abendkursus.**  
Prospekt kostenfrei.

**Herren-, Damen-, Kinderwäsche**  
eigenes Fabrikat.  
**Margarete Dietrich**  
Berlin O.,  
**Mirbachstr. 25,**  
Eingang Samariterstraße.

**Kronleuchter-Fabrik**  
Andreasstr. 38. — Telephon VII 719.  
Einzelverkauf zu Fabrikpreisen.  
Teilzahlung ohne Aufschlag gestattet.  
Alte Kronen werden in Zahlung genommen.  
Hängebrenner komplett 3,25 Mk.  
3flammige Gaskronen von 15 Mk. an.  
Zugampeln von 10 Mk. an.  
„Vorwärts“-Leser erhalten 10 Proz. Rabatt.

Zur **Prüfung und Einsegnung**  
Aus der Schule entlassen wird der Jüngling im Prüfungs- und Einsegnungs-Anzug. Die müssen ihm noch lange Dienste tun, sei es als Lehrlings-Anzug, im Bureau oder besserem Geschäft, sei es als Sonntags-Anzug. Kluge Eltern kaufen dafür nur das Beste. Meine **Anzüge für die jungen Herren** sind durchweg eigene Konfektion und stehen in Bezug auf Güte und Preiswürdigkeit an erster Stelle

Satin-Kammgarn halbw. M. 13 M. 11	Blaue-Cheviot reinwollen M. 20 M. 18
Aachener Kammgarn M. 17 M. 15	Tuchkammgarn schwarz M. 28 M. 26
Diagonal-Cheviot schw. M. 19 M. 18	Tuchkammgarn schwarz M. 32 M. 30

**Anfertigung nach Mass** v. schicken Herren-Anzügen aus erprobten englischen u. deutschen Stoffen

**Anfertigung nach Mass** unter Leitung eines erstklassigen Zuschneiders durch bewährte Schneider

**Gehrock-Anzüge für die „alten“ Herren**  
M. 70.- 60.- 55.- 50.- 45.- 42.- 39.- 37.- 34.-

**Gottlieb Weiss**  
Schöneberg, Haupt-Strasse 161  
Ecke der Stubenrauch- und Kaiser-Friedrich-Strasse.

**Kottkes Drogerie** Baumschulenweg.  
empf. ihre Spezialitäten sowie sämtl. Artikel zur Krankenpflege.

**H. Pfau, Bandagist**  
Berlin Direskenstraße 20  
amischen Bahnhof Alexanderplatz und Polizeipräsidium. — Amt VII, 13799.  
Für Damen Frauen-Bedienung. \* Lieferant für alle Krankenkassen.

Neu erschienen:  
**Aus meinem Leben.**  
Von August Bebel.  
I. Teil.  
Brosch. 1,50 M., geb. 2 M.

**Der deutsche Arbeiter** und der **Nationalismus.**  
Von Dr. Karl Renner.  
Preis 60 Pf.

Zum Gedächtnis des **Kommunistischen Manifestes.**  
Von Antonio Labriola.  
Eingeleitet und übersezt von Franz Mehring.  
Mit einem Bildnis des Verfassers.  
Preis 1 M.

**Sozialistische Bewegungen** und **Systeme bis zum Jahre 1848.**  
Von Elisabeth Luzzatto.  
Preis geb. 4 M.

**Der Jar und die auswärtige Politik.**  
Ein geheimes Memorandum d. Grafen Lambdoff, das Geheimnis Orangebuch.  
Von Wladimir Burtzew.  
Preis 2 M.

**Rußland in der Revolution.**  
Von N. Trotzky.  
Preis 6 M.

**Bericht über die Tätigkeit** der sozialdemokratischen Fraktion in der Berliner Stadtverordneten-Versammlung.  
Preis 75 Pfennig.

**Expedition des Vorwärts**  
Berlin SW. 68  
Lindenstr. 69, Laden.

**HERREN KLEIDUNG**  
**KNABEN KLEIDUNG**  
**S. LEVY, CHARLOTTENBURG**  
**SCHARRENSTR. 36**

**Rixdorf! Ausverkauf Rixdorf!**  
bis zum 26. März dieses Jahres.  
Meine Filiale in Rixdorf, Bergstraße 48, wird aufgelöst.  
Das vorhandene Warenlager, bestehend aus **besseren Herren- und Knaben-Garderoben** Berufs- sowie Arbeiterbekleidung wird zu wirklich äußerst billigen, aber streng festen Preisen in Serien-Einstellungen ausverkauft.

Serie 1-18 Herren-Jackett-Anzüge	der jetzige Preis 8,55-28,50	der frühere nachweisliche Preis 12,00-30,00 M.
Serie 20-40 Einsegnungs- u. Burschennanzüge	der jetzige Preis 5,50-18,00	der frühere nachweisliche Preis 8,50-24,00 M.
Serie 41-53 Knaben-Anzüge	der jetzige Preis 1,95-7,75	der frühere nachweisliche Preis 4,00-13,50 M.
Serie 54-67 Herren-Stoff- u. Kammgarnhosen	der jetzige Preis 1,50-9,00	der frühere nachweisliche Preis 2,25-12,00 M.
Serie 72-79 Herren-Zwirn-, engl. Leder-Manchester-Hosen	der jetzige Preis 1,55-4,00	der frühere nachweisliche Preis 2,00-7,50 M.
Serie 81-85 Knaben-Pyjacks u. Paletots	der jetzige Preis 2,95-6,95	der frühere nachweisliche Wert 4,00-11,50 M.
Serie 87-92 Herren-Rock- u. Gehrock-Anzüge	der jetzige Preis 11,50-21,50	der frühere nachweisliche Preis 17,00-42,00 M.
Serie 93-103 Herren-Winterpaletots u. Ulster	der jetzige Preis 8,90-28,50	der frühere nachweisliche Preis 12,50-40,00 M.
Serie 104-114 Herren-Sommerpaletots u. Ulster	der jetzige Preis 3,35-25,00	der frühere nachweisliche Preis 12,00-36,00 M.

Die folgenden Serien 115-180 bestehen aus Winterjoppen, Pelzjassen, Mantel-Ärten, Veruskleidung, Kavaliers-Jacken, Knaben-Jacken und Schulanzüge, Herren-Sommer- und Winterjackets, Knabenjackets und Anisoblen zc. zc. und werden auch diese Serien zu **außergewöhnlich billigen Preisen ausverkauft.**

**Heinrich Ferester Rixdorf**  
Filiale  
Nr. 48, Bergstr. Nr. 48.